DISKUS

Deutschland Ausgabe

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

7. Jahrgang – Heft 3 – Preis 10 Pfg. April 1957 Verlagsort Frankfurt a. M.

Flickwerk

Streik! Studenten auf der Straße! Das ist eine der Nachrichten, die in diesen Tagen — wenige Monate vor den Wahlen — die Schlagzeilen macht. Bisher waren es nur die Studenten der Ingenieurschulen, die nach der Warnung des VDS tatsächlich den Streik antraten, aber wie soll es weitergehen?

Wenige Studenten haben ein gutes Gefühl, in das Geschrei aller Berufsverbände nach mehr Geld auf solche Art einzustimmen, aber die „vornehme Zurückhaltung" in den vergangenen vier Jahren nach den Bundestagswahlen 1953 haben uns keinen Schritt weitergebracht. Damals hatte, wenige Tage vor der Wahl, der Bundeskanzler die Vertreter des Verbandes Deutscher Studentenschaften und der Allgemeinen Studentenausschüsse zu sich geladen und „mit großem Interesse und Wohlwollen" sich über die Not an den Hochschulen informiert. Das jedenfalls meinten optimistisch gestimmte Berichte der Studentenpresse nach diesem Besuch, die, von dem Good-Will-Versprechen Dr. Adenauers, schnell Abhilfe zu schaffen, beruhigt wieder nach Hause fuhren. Seitdem haben viele Politiker nicht mit Worten gespart, wenn es darum ging, mit gönnerhafter Stimme Aushalteparolen unter die Studenten zu bringen. Je näher die Wahl rückt, desto mehr häufen sich die Nachrichten über zu bildende parlamentarische Studienkommissionen, über Finanzierungspläne der Kultusminister, über den Darlehensplan des Bundes[illegible] Dr. Gerstenmaier und von Wirtschaftsminister Professor Erhard, der meinte: „Würden wir heute die Förderung des akademischen Nachwuchses versäumen, so könnte der Verlust später überhaupt nicht oder nur unter noch größerem Aufwand wettgemacht werden."

Manches ist seitdem geschehen. So erhöhte der Haushaltsausschuß des Bundestages den bisherigen Ansatz von 5 Millionen Mark für die Studentenförderung auf 33 Millionen Mark. Davon sollen 18 Millionen für Darlehen für Studenten, 12 Millionen für Beihilfen, 2,1 Millionen für die Studienstiftung des Deutschen Volkes und 0,9 Millionen für weitere Hochbegabtenförderung verwendet werden. Auch die Länder haben weitere Mittel, die über das bisherige Maß hinausgehen, bereitgestellt. Die Beträge des Bundes und der Länder beeindrucken zunächst, sie bleiben aber gegenüber dem Nachholbedarf Flickwerk.

Auch die einschränkende Stellungnahme des Bundeskanzlers, daß der Staat bei der Vergabe von Förderungsmitteln sich das Weisungsrecht vorbehält und den Universitäten lediglich beratende Funktionen zubilligt, macht diese Millionen-Geste zweideutig.

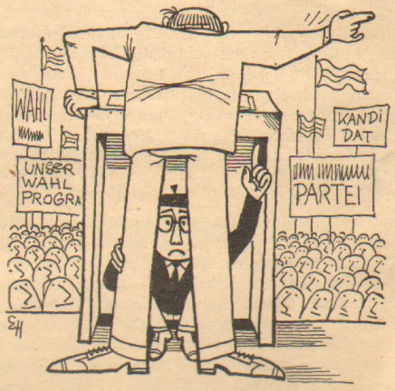
Dann kam die Streikandrohung des VDS. Bundesinnenminister Dr. Schröder beeilte sich, baldige Hilfe zu versprechen, aber es bedurfte erst des Hörerstreikes der Ingenieurstudenten, daß er sich für die Anwendung des Honnefer Modells aussprach. Damit haben wir zwar die Versicherung, daß dieser Plan nicht zu den Akten gewandert ist, aber auch nicht mehr, denn es ist noch nichts darüber gesagt, wer nun die für die Durchführung berechneten 110 Millionen DM aufbringt. Wenn Dr. Schröder sich gegen ein „Jedermann-Prog...mm" für die Studentenförderung wendet und gleichzeitig die streikenden Ingenieurstudenten darauf hinweist, daß der Bund nicht alles und jedes selbst in die Hand nehmen könne, dann kann das nur bedeuten, daß der Kompetenzstreit zwischen dem Bund und den Ländern aufs Neue beginnt, und die Entscheidung über die wenigen Wochen, die dem Bundestag in seiner letzten Sitzungsperiode noch zur Verfügung stehen, hinweg verschleppt wird. Als Resultat wird es dann allenfalls — dazu bedarf es keiner Sehergabe — eine jener Gummi-Empfehlungen an den nächsten Bundestag geben, für die sich keine Regierung — wie auch [illegible] sie beschaffen sein mag — für kompetent zu erklären [illegible] wie eben unter längst der Vergangenheit angehörenden Konstellationen und Absichten ge-

[illegible] auch die Studenten[illegible]. Die von ihnen gewählten Vertreter in den L[illegible]sverbänden[illegible] haben Jahre hindurch den Vorstand des V[illegible] nach dem Prinzip gewählt, durch das sie selbst in Amt und Würden kamen — dem Prinzip des geringsten Widerstandes und des faulen Kompromisses. Mit ihrer Angst, daß ein starker, profilierter VDS-Vorstand zu viel Macht gewinnen könnte, haben sie eine notwendige und wirksame lobby für die studentischen Interessen in Bonn verhindert. Damit haben sie die robuste Moral unseres parlamentarischen Lebens nicht durchschaut.

Das kann man noch als fehlenden politischen Instinkt ansehen, aber es zeugt von extremer politischer Kurzsichtigkeit, wenn die Universitäten Münster, Köln und Bonn wegen der Beitragserhöhung von 33 Pfennig (pro Student und Semester) ihren Austritt aus dem VDS erklären und wenige Tage später die Wiederaufnahme beantragen. Zu gern haben die Öffentlichkeit und die Bundesbehörden die Stammtischpolitik jener Hochschulen als Uneinigkeit innerhalb des Verbandes angesehen.

Anfang Mai findet in Euskirchen die Mitgliederversammlung des VDS statt. In Bonn wird man den Verlauf dieser Konferenz sehr interessiert verfolgen. Die Mitgliederversammlung hat es in der Hand durch eindeutige, klar formulierte Beschlüsse und durch die Wahl eines starken und profilierten Vorstandes zu beweisen, daß Hoffnungen, es handele sich bei der Streikandrohung zur Durchsetzung des Honnefer Modells nur um die Wichtigtuerei einiger ehrgeiziger Studentenfunktionäre, irrig sind. Mit dem Honnefer Modell ist [illegible] geschaffen worden, der [illegible] Parlamenten als Diskussionsvorlage dienen kann. Nach der Mitgliederversammlung in Euskirchen bleiben dem VDS noch knappe vier Wochen Zeit zum Handeln. Wenn es ihm nicht gelingt, durch eine zielstrebige Politik irgendeine der Fraktionen des Bundestages zu einem Dringlichkeitsantrag zu bewegen, damit der Bundestagspräsident d[illegible] Honnefer Modell doch noch auf die Tagesordnung setzt, dann werden wir wohl weitere vier Jahre warten müssen und auch im Jahre 1961 wird man einen Wahlschlager haben: Die Förderung der Hochschulen und des akademischen Nachwuchses.

Klaus M. Ellrodt



Das Märchen 1001 Million

MdB (mit lauter und wohltönender Stimme):
Wir werden ...° Millionen für die Wissenschaft auswerfen!
Studentlein (ersterbend, halb vor Hoffnung, halb vor Zweifel):
Bitte, bitte noch vor den Wahlen!

° Beliebige größere Zahl einsetzen

Saubere Demokraten

Trotz allen täglichen kleinen Ärgers läßt es sich doch recht angenehm leben in unserem Staate. Manchmal zwar erinnert man sich, daß es auch einmal eine Vergangenheit gab: Dann, wenn man zufällig den „Nacht und Nebel"-Film gesehen hat, den allerdings offizielle Stellen in geschlossene Veranstaltungen verbannt haben, oder wenn man — weil es eben Mode ist — das Tagebuch der Anne Frank gelesen oder im Theater gesehen hat. Auch gibt es noch Restbestände radikaler Parteien, vom Bundesverfassungsgericht oder von der Fünf-Prozent-Klausel gebändigt, und einige Publikationen, Bücher und Zeitschriften, deren Herausgeber und Autoren offenbar noch immer nichts gelernt haben. Denen billigt man aber im Vollbewußtsein der Beständigkeit unserer Demokratie gelegentlich Narrenfreiheit zu. Und so treiben sie ihre gefährlichen Spiele oft unbemerkt am Rande der Gesellschaft.

Die FDP in Nordrhein-Westfalen ist im Augenblick nicht gut zu sprechen auf ihre sozialistischen Koalitionskollegen. Grund für die Verstimmung ist eine kleine Schrift — von der Landesbezirksleitung des DGB in Düsseldorf herausgegeben — in der unter dem Titel „Feinde der Demokratie" eine erkleckliche Anzahl von Organisationen, Buch- und Zeitschriftenverlagen und Personen, auf den Index gesetzt worden sind. Und viele gar nicht zu Unrecht! Leider aber sind dem gewerkschaftlichen Redaktionskomitee Fehler unterlaufen, die nicht nur Verstimmung bei den Freidemokraten allein hervorgerufen haben. Denn der erstaunte Leser muß sich belehren lassen, daß nicht nur das amtliche Organ der rheinischen FDP samt seines Hauptschriftleiters, der zu allem hin noch im Landtag Sitz und Stimme hat, staatsfeindlich eingestellt ist, sondern — um nur noch ein Beispiel zu nennen — auch der Verband der Heimkehrer. Das aber läßt den Verdacht aufkommen, daß man solche Behauptungen in Umlauf gesetzt hat, um unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Rechtsradikalen auch einen Großteil der konservativen Gruppen in der Bundesrepublik unmöglich zu machen. Wohin soll es denn führen, wenn alle Interessengruppen im Staate auf eigene Faust zu erklären beginnen, was Demokratie sei? Das ist ein gefährlicher Ansatz zu totalitärem Denken!

Die Frage nach den radikalen Elementen in der Einheitsgewerkschaft stellt auch die „Deutsche Soldatenzeitung", die im Münchener „Schild-Verlag" erscheint, der ebenfalls — und keineswegs zu Unrecht — auf der gewerkschaftlichen Indexliste erscheint. Man möge nur die letzten Seiten von „Panzermeyers" Grenadiererinnerungen lesen, die im nämlichen Verlag erschienen sind, das genügt schon! Kurz, die „Deutsche Soldatenzeitung" fühlte sich in ihrer Ehre gekränkt, und ging in ihrer Märznummer mit einer bitterbösen Erwiderung zum Gegenangriff über. Näher auf den Artikel einzugehen, lohnt sich nicht. Die Methode, wie rechtsradikal nach links schießt, ist bekannt. Interessant ist nur die Rehabilitierungsliste der Rechten, die von der SRP und der HIAG über die berüchtigte „Druffel-Verlagsgesellschaft" und den „Wiking-Ruf" bis zu den Herren Dwinger und Grimm reicht. Wenn man dann noch liest, daß die heutigen bürgerlichen Schichten „durch Krieg und Entnazifizierung proletarisiert" worden seien, weiß man, was die Trompeten blasen. Eine sonderbare Nibelungentreue ist es, wenn man meint, durch das Festhalten an Nazifreundschaften und der Verbreitung rechtsradikalen Gedankengutes dem deutschen Soldatentum einen Dienst zu erweisen.

Dann wird es noch schlimmer. Unter dem Thema „Hetze in der akademischen Presse — Narrenfreiheit der Zersetzer" wird dem staunenden Leser ein ausgezeichneter Anschauungsunterricht geboten, wie man politische Brunnenvergiftung betreibt. Schade, daß man in Bonn sich nicht hat dazu entschließen können, einen Maulkorbparagraphen einzuführen. Denn die Pressefreiheit, ist nach des Soldaten-Kommentators Meinung die Wurzel allen Übels in der Bundesrepublik. Wie sonst könnte über eine so erhabene Sache, wie die Wiederbewaffnung überhaupt diskutiert werden, da doch durch das Für und Wider der Diskussion der Nimbus des Militärs insgesamt und des deutschen Offiziers besonders zerstört wird! Schuld daran haben natürlich wieder Kommunisten und Sozialisten, denen offenbar die deutsche Presse Herz und Hand geliehen hat. „Denn es ist beinahe unerträglich geworden, was fast alle westdeutschen Illustrierten und vor allem die Boulevardpresse sich auf dem Gebiet der Zersetzung leistet." Offenbar verträgt dies aber das Bundesverteidigungsministerium recht gut. Man fragt sich oft, ob nicht die Militärserienwitze, wie sie zum Beispiel in der „Neuen Illustrierte" erscheinen, nicht am besten dazu geeignet sind, dem Leser auf dem Wege des Humors eine unpathetische Uniform schmackhaft zu machen? An solchen Dingen stößt sich aber die „Soldatenzeitung" und möchte sie am liebsten verboten sehen. Heute existiert ja noch Pressefreiheit — morgen aber, wenn man sich wieder stark genug fühlt ... Aber diese Zeiten sind vorbei! Woher nimmt die Soldatenzeitung das Recht, festzustellen, was, wie man sich im „Stürmer"-Stil ausdrückt „Zersetzung", sei?

(Fortsetzung auf Seite 2)

Man sagt in Bonn...

Die große Berlin-Aufbruchsstimmung ist für Bonn wieder vorüber. Die Nervosität der Oktober- und Novembertage ist von der provisorischen Hauptstadt gewichen. Man spricht nicht mehr augenzwinkernd davon, daß der Umzug nach Berlin eines Tages ganz plötzlich vor der Tür stehen könne. Nein, alles geht wieder seinen gewohnten Gang. Die Bürokratie der Ministerien hat sich wieder in ihren Amtsstuben eingesponnen, die Miet- und Grundstückspreise rings um Bonn klettern weiter und hinter den Glas- und Betonwänden der Ministerialbauten wird unablässig, leise und geheimnisvoll an jenem hausbacken und so gar nicht extravagant wirkenden Fädchen weitergewirkt und -geflochten, das die Bonner Politik darstellt und das uns irgendwann und irgendwie einmal aus dem Labyrinth unserer verzwickten politischen Lage herausführen soll.

Augenblicklich ist dieses Fädchen bis zum Briefwechsel des Kanzlers mit dem sowjetischen Regierungschef Bulganin gediehen. Der Kanzler schreit dem Sowjetmenschen Bulganin immer wieder ins Ohr, was denn eigentlich die zurückgehaltenen Deutschen machten und daß er gar nicht daran dächte, in Gesprächen mit Ulbricht und Grotewohl Zeit zu vergeuden. Und Bulganin schreit zurück, ja, ja, der Osthandel und der Kulturaustausch wären doch sehr schöne Dinge. Das Ganze erinnert ein wenig an den hübschen Witz von jenem Radfahrer, dem ein Motorradfahrer beim Überholen mehrmals zuruft: „Hallo, Ihr Schutzblech klappert!" und der darauf antwortet: „Ich kann nichts verstehen, mein Schutzblech klappert."

Moskau hat dem neckischen Spiel jetzt eine neue Nuance hinzugefügt. Es hat wieder einmal das Stichwort „Rapallo" in die Debatte geworfen. Mit diesem Wort hat es etwas merkwürdiges auf sich. Sobald es fällt, horcht die gesamte westliche Presse außerhalb der Bundesrepublik argwöhnisch und ängstlich auf. Warum eigentlich? Auch in Deutschland selbst werden an dieses Wort immer wieder neue Hoffnungen geknüpft. Auch hier, warum: Die Sowjets wollen doch kein „Rapallo" mit einem wiedervereinigten Deutschland, ihnen geht es doch nur um ein ähnliches Verhältnis allein zu Westdeutschland. Sonst soll doch alles so bleiben. Im Gegenteil, der gegenwärtige Zustand der Spaltung unseres Landes soll uns durch „gutnachbarliche Beziehungen" zur Sowjetunion versüßt und mit dem Kitt des Ewigwährenden gesichert werden.

Auch dem Bundeskanzler und seinem Außenminister ist das natürlich klar. Die jetzt in Aussicht genommenen Handelsbesprechungen in Moskau versprechen deshalb hart zu werden. Bonn gedenkt den Erpressungsspieß jetzt ein wenig umzudrehen. Offenbar ist man im Auswärtigen Amt sehr sicher, daß Moskau augenblicklich außerordentlich viel an guten Beziehungen zur Bundesrepublik liegt. Es wird also wahrscheinlich heißen: Engere Handelsbeziehungen? Ja, gern, aber nur bei entgegenkommender Behandlung der Repatriierungsfrage. Die Nadelstichtaktik Hallsteins gegenüber den Sowjets, die ganz offensichtlich eine Retourkutsche darstellt, ließ in letzter Zeit die künftige Bonner Haltung gegenüber Moskau deutlich ahnen. Hallstein verweigerte kürzlich für den russischen Staatszirkus sowie für mehrere russische Künstler die Einreisevisen. — Falls die Russen in der Repatriierungsfrage nicht nachgeben, werden die Handelsbesprechungen kaum zu einem vernünftigen Ergebnis führen.

Wie wird man dagegen die Wiedervereinigung behandeln? Da Moskau offensichtlich von seinem gegenwärtigen Standpunkt aus durchsichtigen Gründen unter keinen Umständen abrücken kann, andererseits Bonn es wahrscheinlich nicht auf sich nehmen will, die Handelsgespräche daran scheitern zu lassen, wird man die ganze Frage vorsorglich ausklammern und in irgendeinem Kommunique mit einem belanglos-tröstlichen Satz erledigen. Die Russen werden dabei schulterklopfend darauf hinweisen, daß durch das Handelsabkommen die „politische Atmosphäre" zwischen den beiden Ländern verbessert wird.

Aber wie soll es dann mit der Wiedervereinigung weitergehen? Das hofft der Kanzler im Mai bei seinem fünften Amerika-Besuch von Außenminister Dulles zu erfahren. Dulles wartete kürzlich, ähnlich wie zuvor schon seine Schwester, mit recht dunklen und vieldeutigen Bemerkungen bezüglich der deutschen Einheit auf. Er sagte etwa, die Wiedervereinigung werde eines schönen Tages ganz überraschend kommen, so ähnlich wie im Falle Österreichs. Ob er dabei eine große Bereinigung der europäischen Landkarte im Zuge eines weltweiten Abrüstungsabkommens im Auge gehabt hat oder ob ihm Nachrichten über bevorstehende Veränderungen im Kreml vorgelegen haben, mag sein Geheimnis bleiben. Der Kanzler weiß es vielleicht.

Aber es hieße sich doch an Spekulationen klammern, wollte man auf solche Äußerungen bauen. Tatsache bleibt doch, daß nach den Ereignissen in Ungarn und Polen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kein Abkommen in der Lage sein dürfte, mag es noch so weltumspannend und umfassend sein, die Sowjets zur Aufgabe ihres Satellitenbereiches zu veranlassen. Tausend Anzeichen sprechen dafür. Die Erhaltung ihres Einflußbereiches ist für die Russen gegenwärtig zur Lebensfrage Nummer eins geworden. Alles, was sie noch zu unternehmen gewillt sind, muß diesem Ziele dienen, oder sie unternehmen es gar nicht erst.

Vor diesem Hintergrund ist die Feststellung interessant, daß sich in Bonn selbst in regierungsnahen politischen Zirkeln die Stimmen mehren, die von einer besonderen Vorliebe des Kreml für Konrad Adenauer sprechen. Man meint, für die Politik der Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes sei Adenauer den Russen lieber. Moskau werde ihm deshalb unauffällig ein bißchen Schützenhilfe bei der Wahl geben, indem es ihm etwas entgegenkomme, damit er nicht mit leeren Händen dastehe. Ollenhauer dagegen, so heißt es, sei den Russen deshalb so unangenehm, weil sich in seiner Umgebung titofreundliche Leute wie Herbert Wehner befänden, deren ganzes Trachten es sei, den kommunistischen Block nach dem Beispiel Polens aufzuweichen und Moskaus Position dadurch aus den Angeln zu heben. Diese Leute wollten dem schwachen Titoismus in einer sozialistischen westdeutschen Regierung einen festen Rückhalt geben.

Das ist sicher eine recht bestechende Theorie, die manches für sich hat und von den Sozialdemokraten liebevoll gehegt, gepflegt und weiterverbreitet wird. Aber ebensoviele könnte man vorbringen, um damit das Gegenteil zu „beweisen". Den echten Beweis jedoch kann, wie immer, wenn es um Moskau geht, keiner erbringen. Bg.

Saubere Demokraten

(Fortsetzung von Seite 1)

Nachdem man es jedoch nicht einmal für nötig befunden hat, dieses Wort zu umschreiben, sondern es offensichtlich auf alle Äußerungen in der Presse, die nicht eben den grauen Rock verherrlichen, angewandt hat, kann man sich ein Bild machen, wie es mit der politischen Bildung der Hintermänner jenes Blattes aussieht. Es wäre ihnen nur zu raten, sich zu ihren Kollegen nach Pankow zu begeben: Dort sind solche Methoden, die öffentliche Meinung einzuschüchtern, üblich.

Besonders schlecht ist man auf die Akademische Presse zu sprechen, in der „eine fast planmäßig anmutende Zersetzungstendenz gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands zu beobachten ist, obwohl der größte Teil dieser Zeitungen aus Bundesmitteln oder aus Mitteln der westdeutschen Wirtschaft finanziert wird." Belegt wird die Behauptung mit einem Auszug aus einem Artikel der Deutschen Studentenzeitung, der im Februar den Begriff „Unabhängigkeit" umschrieb und einem Auszug aus der nun schon zur Genüge bekannten Debatte über Moral und Unmoral des „Studentenkurier". Sonst hat man keine Einfälle gehabt. Wie peinlich, bei beiden Beispielen Mißgriffe getan zu haben! Oder glaubt der soldatische Artikelschreiber wirklich, daß der „Studentenkurier", vom Staat und der Industrie gefördert wird? Da kennt der betreffende Herr aber die Verhältnisse in Hamburg nicht! In Bonn dagegen weiß man bezüglich der Geldzuwendungen schon, was man tut. Und wenn versucht wird, die Definition des Begriffes „Unabhängigkeit", den (ausgerechnet) die „Deutsche Studentenzeitung" gab, zu beanstanden („Unabhängig ist eine von Bundesstellen geförderte Studentenzeitung dann, wenn sie Maßnahmen von Bundesstellen scharf kritisiert ..."), kann man nur erwidern: Es wäre vielleicht einmal ganz gut, dem betreffenden Herrn ein Stipendium zum Studium der Publizistik auszusetzen. Im übrigen: Wir brauchen die Ratschläge der Soldatenzeitung nicht!

Wer sich immer noch nicht im klaren sein sollte, wessen Geistes Kind die Leute von der Soldatenzeitung sind, dem sollte eine Äußerung eines Frankfurter Autors dieses Blattes die letzten Zweifel nehmen. Dieser Artikelschreiber, der in der zweiten Februar-Nummer über eine Diskussion mit der Bundeswehr berichtete, meinte, den Lesern mitteilen zu müssen, daß im Dritten Reich „nur" 300 000 Menschen umgekommen seien. Was dieser seltsamer Historiker jedoch damit wirklich sagen wollte, wissen bisher nur die Frankfurter Teilnehmer der Veranstaltung. Er hatte dort nämlich erklärt, daß die amtlichen Zahlen über die jüdischen Opfer des Dritten Reiches üble Propaganda seien. Demnach waren die Nazis gar nicht so schlimm und das Dritte Reich ein Abschnitt deutscher Geschichte, den wir demokratischen Banausen eben nicht zu würdigen wissen.

Wir zweifeln noch nicht daran, daß sogar die meisten der alten Soldaten diese sogenannte Soldatenzeitung abbestellten, würden sie eine richtige Vorstellung von der wirklichen Gesinnung ihrer Redakteure und Mitarbeiter haben.

Heiko Körner

...und in Deutschlands Hauptstadt

„Was sind das für Zeiten, wo ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist, weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt", der das zu mir sagte, war ein Student aus der Ostzone, Jurist, fünftes Semester, heimlich auf Besuch in West-Berlin. Er sagte es, als wir an einem dieser warmen Frühlingsabende über den Kurfürstendamm schlenderten. Die ersten Lichtreklamen blitzten gerade auf, Gedränge auf den Trottoirs, den Fahrbahnen und um die Tische auf den Caféhausterrassen: Liebespaare und solche, die es vor mehr oder weniger langer Zeit einmal waren,

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 91494

kichernde Backfische, einsame Alte und Halbstarke mit breitwattierten Satinjacken. Es schien dies die richtige Atmosphäre zu sein, um meinen Besuch zum Sprechen zu animieren. Gewiß, was er sagte, war von Einseitigkeiten und bisweilen radikaler Strenge nicht ganz frei, auch war etwas viel vom Grundsätzlichen die Rede. Gleichwohl. Hier etwa, was er sagte:

Wenn Du das Treiben hier siehst, um das ich euch ehrlich und doch ohne Verlangen beneide, möchtest Du die Brecht-Zeile abwandeln und sagen: „Was sind das für Zeiten, wo die Menschen in ein Gespräch über Bäume, Bäume, Bäume ausweichen, weil es ihnen die Möglichkeit gibt, über so viele Untaten zu schweigen". Wir alle kultivieren unsere Blindheit. Und wo wir nicht umhin können, über die Untaten selbst zu reden, tun wir es auf eine Art, die die Dinge entschärft und ihnen den Charakter der Nötigung nimmt, den sie im Roh- und Realzustand besitzen. Gewiß, das sind Abwehrmechanismen. Keiner hält es aus, sich ständig mit dem ins Ungeheuere angewachsenen Grauen zu konfrontieren. Weil die Bilder furchtbar sind, flieht er in Begriffe und Abstraktionen. Er spricht von der Armut — und weiß gar nicht, was sie bedeutet. Er spricht von der Angst — und das ist nur irgendein Wort. Er spricht von Terror, Unterdrükkung und Gewissenszwang — und auch das sind nur Begriffe, denen keine konkrete Vorstellung mehr entspricht. Noch einmal: ich weiß, das sind Abwehrmechanismen, und zu einem gewissen Grade sind sie auch verständlich. Aber verständlich doch nur bei Menschen, die schwächer sind als die Herausforderung, der sie gegenüberstehen und zumindest kleiner als die großen Prinzipien, die sie vorgeblich vertreten.

Nimm Hermann Josef Flade, von dem gerade jetzt wieder die Zeitungen bei euch voll sind. In vielen Jahren war sein Schicksal — das doch bei Gott kein Einzelfall ist, sondern nur eines unter Tausenden — das einzige, das aus der Anonymität der Häftlingsstatistiken befreit und der konkreten Vorstellung zugänglich gemacht wurde. So wie in diesem Falle müßte die westliche Presse jeden Tag das Schicksal eines Häftlings aus Waldheim, Bautzen oder Torgau darstellen. Schlagt das eurer Presse vor. Sie würde in Jahren nicht zu einem Ende kommen. Sie würden aber die Menschen zwingen, sich vorzustellen, was es im Einzelfall heißt, wenn von Armut, Angst, Terror, Unterdrückung und Gewissenszwang die Rede ist, sie würden diese toten Begriffe wieder mit Leben erfüllen und die einzelnen Grauenstatbestände aus der Versteinerung der Abstraktion lösen, wohin Schwäche und Kleinmut sie verbannt haben. Dreißigtausend Häftlinge — eine solche Zahl sagt gar nichts. Viel mehr sagen zwei Antworten, die Hermann Josef Flade, 18jährig bei der Gerichtsverhandlung im Dresdener Ballsaal, nach endlosen zermürbenden Verhören und angestrahlt von tausendkerzigen Scheinwerfern seinen Richtern gab:

„Ich bereue keinen Augenblick, daß ich die Flugblätter angefertigt und verteilt habe. Ich bin der Überzeugung, daß das System hier aktiv und passiv bekämpft werden muß. Und wenn Sie mich zum Tode verurteilen, ich liebe meine Freiheit mehr als mein Leben."

Oder jene Antwort, die Flade gab, als man ihn fragte, ob er Mitwisser gehabt habe:

„Ich habe den Entschluß allein gefaßt. Ich war mir darüber im Klaren, daß das sehr schwer bestraft würde. Es hielt mich nicht davon ab, daß ich fünfzehn bis zwanzig Jahre Zuchthaus zu erwarten hätte, wenn ich erwischt würde, und ich war der Überzeugung, daß es eine gerechte Sache sei, wenn man gegen die Maßnahmen der DDR kämpft. Ich habe fünf Jahre dazu gebraucht, um den Entschluß zu fassen, aktiv gegen die DDR zu kämpfen. Ich habe hundertprozentig auf die Gerechtigkeit meiner Sache vertraut".

Kurz bevor wir auseinandergingen, kam mein Besucher aus der Zone noch einmal auf seine Idee der Presseaktion zurück. Ich verspräche mir davon, meinte er, nicht nur Hilfe im Einzelfall wie seinerzeit bei Flade, dem dadurch ja nicht zuletzt das Leben gerettet wurde, sondern ich glaube auch, daß eine förderliche Unruhe davon ausgehen und der Gedanke der Wiedervereinigung neue Impulse erhalten würde. Und um zu unserem Ausgangspunkt zurückzukehren: Natürlich sollen die Menschen weiter über Bäume sprechen und das Schweigen über so viele Untaten nicht allzusehr fürchten, das es einschließt. Aber sie sollen auch über die Untaten sprechen. Und wenn sie über die Untaten sprechen sollen sie es ehrlich, offen und mit dem [illegible] furchtbaren Detail tun. Ohne Verlog[illegible] falsche Heroisierungen. Sag d[illegible] euch. keiner sich vorschnell[illegible] fühlen möchte, [illegible] Gedicht von [illegible] Brecht, daraus ich vorhin zitierte, „An die Nachgeborenen" gerichtet ist. Denn es spricht von den Lebenden.

Joachim Fest

DISKUS
FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Herausgeber: Alexander Böhm, Klaus M. Ellrodt, Sebastian Herkommer, Norbert Piltzing, Hanns Schreiner.
Chefredakteur: Werner Schaffernicht.
Redaktion: Horst Enders, Udo Kollatz, Hanns Schreiner, Oscar Strobel.
Korrespondent in Bonn: Gert Baumgarten.
Korrespondent in Berlin: Joachim Fest.
Geschäftsführung: Günter Schwank, Königstein/Ts., Adelheidstr. 24, Tel. 883.
Anzeigenverwaltung: Etelca Götz, Frankfurt am Main, Leerbachstraße 92, Telefon: 55 62 61.
Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung", Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 26, Tel. 77 07 41, App. 213. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.
Der DISKUS ist das Nachrichtenblatt der „Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. e. V."; auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitung hat die Vereinigung keinen Einfluß.
Druck: Druckerei Dr. Günter Zühlsdorf, Frankfurt am Main, Oederweg 39 a, Tel. 55 11 78.
Abonnements zum Preise von 1,50 DM für zwei Semester sind unter Einzahlung des Geldes bei der Geschäftsführung zu bestellen.

Fabel

Und der Hohe Rat beschloß, den Zugang zur politischen Arena nur über die Fünfprozenthürde zu gestatten.

Das verdroß die Kleinen; wollen sie später einmal nicht als Zaungäste draußen vor der Tür stehen. Und sie beschlossen (auch), sich gegenseitig „Hilfestellung zu leisten" — wie sie sich auszudrücken beliebten.

„Selbst essen macht fett!" sagte sich DP-Hellwege, ging seine eigenen Wege und verleibte sich die FVP ein; und allem Anscheine nach fühlt sie sich recht wohl und sicher dabei.

Im Süden der Bundeslande grollte es sehr vernehmlich: Wer wird (für) die Bayern Partei nehmen? Aus Niedersachsen wieherte es dieweilen verlockend. So machte sich BP-Vorsitzender Baumgartner hoffnungsfreudig auf den Weg und reiste über den „Weißwurst-Äquator" (lies: Main) gen Norden, um mit dem deftigen Niedersachsenroß ein Palaver abzuhalten. Allein, der freiheitsliebende bayerische Löwe fühlte sich zu sehr in Hannover an der Leine; er hätte sein weißblaues Halsband mit Zaumzeug und Zügel vertauschen müssen. So besann er sich seiner königlichen Abstammung und trottete nach Hause, nachdem auch seine Artgenossen in München heftig mit den Mähnen geschüttelt hatten. In ihrem Zorn setzten sie sich zusammen und einen zünftigen Wahlplakattext auf: sie erhoben murrend ihre Tatzen und schwörten den „Bonner Unterdrückern" Kampf bis auf den letzten Löwenzahn.

Doch Zorn macht bekanntlich und insonderheit in Bayern großen Durst. So erinnerte man sich des (Bier-) Seidl. Lange Zeit wurde der dick und dunkel eingebraute Gerstensaft zusammen genossen. Aber wiederum schüttelten die Lederhosenträger ihre Häupter und konstatierten: „Unbekömmlich! Zu dünn!"

Und während auf dem Bundesfelde zwischen den mannigfachsten Parteien Bekanntschaften gesucht und geschlossen werden (spätere Heirat nicht ausgeschlossen), beschlossen die wackeren Mannen von der BP, ihr eigenes Bier zu brauen, um sich für den Hürdensprung im September recht stark zu machen.

Waldemar Kunath

Falsa Demonstratio

Einen ganz besonderen Leckerbissen von Stellungnahme zu den Universitätsproblemen hatte sich das Gewerkschaftsblatt „Aufwärts" in seiner Märznummer ausgedacht. Auf die Überschrift „Wenn Studenten demonstrieren" gab der Artikel die Antwort: „Dann sollten wir mitdemonstrieren". Diese Solidaritätskundgebung mußte aber einen in Erschrecken und Erschütterung versetzen, liest man die Begründung zu diesem Demonstrationsaufruf: Natürlich muß der Student unterstützt werden, „denn soll die deutsche Universität nur noch denen offenstehen, die vom reichen Elternhause üppig finanziert das akademische Studium als eine gesellschaftliche Luxusausbildung ansehen, und die sooft daran mitschuldig sind, daß die deutsche Universität ihren Zug ins Reaktionäre nicht loszuwerden vermag?" Das ist ein Satz, bei dem der verständige Leser sich fragen muß, ob er aus Dummheit oder Bosheit geschrieben ist. Wer annimmt, daß das Gros der Studenten ihr Studium als eine „gesellschaftliche Luxusausbildung" ansehen, verkennt die Situation der deutschen Studenten völlig, und es ist eine Pflicht, d a g e g e n zu demonstrieren. Wenn Herr Keiterling, der Verfasser dieses Artikels, glaubt, an der Universität einen geeigneten Ansatzpunkt für seine Klassenkampfideale zu finden, so geht das über bloße Unkenntnis der Verhältnisse hinaus; denn die Fama vom reichen Studenten ist bisher noch von niemandem erfunden worden, und soll sie gerade von Herrn Keiterling erfunden werden, damit er genügend Acker findet die Saat seiner Zwietracht zu säen? Diese gefährlichen Spekulationen, auf die allgemeinpolitische Ebene übertragen, sind es, die das politische Klima einer jeden Demokratie verpesten müssen, und diese nicht „Aufwärts", sondern abwärts führen. Wenn Herr Keiterling weiter meint, die deutsche Universität vermöchte ihren Zug ins Reaktionäre nicht loszuwerden, so ist das eine unbewiesene Behauptung. Auf alle Fälle ist es doch gut, daß die Hochschulen von einem „Radikalismus", so wie ihn Herr Keiterling bietet, verschont sind und bleiben.

Schließlich ist es ganz amüsierlich festzustellen, wie Herr Keiterling sich seine Förderung vorstellt. Er schließt sich da einem Plane an, jedem Studenten einen Jahressold von 1200,— DM zu geben. Einleitend hatte der Verfasser aber über solche Staatsstipendien im Hinblick auf die DDR bemerkt: „Mit Hilfe dieser Förderung soll der Student . . . politisch an das Regime gekettet werden. „Wenn auch bei einem Vergleich der beiden Förderungen Staat und Staat, die Brötchengeber verschieden sind, so sei doch eines gesagt. Der Student und die Universität will nicht aus der Tasche von Väterchen Staat „bezahlt" werden, denn es geht bei der Studentenförderung zunächst um eines, die Freiheit der Universität, und die soll niemand abkaufen können.

H. Schiedermair

Hokuspokus

Einer unserer Kommilitonen der Universität Bonn, der amerikanische Student Stuart Kellogg, hat in der Bundesrepublik um Asyl nachgesucht. Dieses Gesuch ist von den deutschen Instanzen abgelehnt worden.

Während wir mit zugeschnürten Kehlen die Nachrichten über die Revolution in Ungarn verfolgten, hatte sich Kellogg dorthin auf den Weg gemacht, um den Ungarn bei der Panzerabwehr mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. (Kellogg hat seinen Dienst in der US-Armee bereits hinter sich.) Die Regierung der Vereinigten Staaten will nun gegen Kellogg gerichtlich vorgehen und wird ihm zuerst den Paß entziehen. Deswegen ersuchte Kellogg die Bundesrepublik um Asyl.

Die Bürokraten der Bundesdienststelle für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge wie auch der Beschwerdeausschuß haben sicher bei ihren Ablehnungen korrekt und in enger Auslegung der Buchstaben entschieden. Wir wünschten jedoch eine hochherzigere Auslegung der Gesetze. Wir begrüßen es, daß die Bundesrepublik ein treuer Verbündeter der Vereinigten Staaten ist, glauben aber, daß man bei Bitte um Asyl ausschließlich unter humanitären Gesichtspunkten entscheiden soll, auch wenn der Bittende Staatsangehöriger einer befreundeten Nation ist.

Unseres Wissens ist es das erste Mal, daß ein Bürger eines westlichen Staates in der Bundesrepublik um Asyl nachsucht. Soll die Bundesrepublik, die stellvertretend für ein freiheitliches Deutschland steht, gleich dem ersten, der an unsere Tür klopft, den Eintritt versagen? Wichtiger als dieser symbolische Hintergrund ist jedoch, daß es hier um einen Mann geht, der in Ungarn der Diktatur ein Ende bereiten wollte. So richtet sich die Entscheidung dieser bundesdeutschen Instanzen gegen alle ungarischen Freiheitskämpfer.

Wenn das Ansbacher Verwaltungsgericht die Anfechtungsklage unseres Kommilitonen Kellogg verhandelt, geht es nicht darum, ob Kellogg in den USA geringe oder große Nachteile zu gewärtigen hat. Es geht darum, daß die Bundesrepublik ein unzweideutiger Hort der Freiheit wird, wo derartige Fälle großzügig entschieden werden.

U. Keitel

Das Karussell

Ein Geschenk ist eine feine Sache. Zunächst freut sich der Empfänger. Und zum anderen erwächst dem Schenker die beglückende Gewißheit, Dank zu erwerben, den anderen sich zu verpflichten. Selbst das durch die Gabe ausgelöste „Sich-revanchieren-müssen" wird den Beschenkten kaum betrüben. Es ist ähnlich wie bei den Pastoren draußen im Lande: Wird einer versetzt, eine Pfarrstelle frei, dann spielen die Kollegen Karussell. Jeder möchte sich plötzlich verändern, man rückt reihum nach, alles zieht um. Am Ende sitzt jeder zwar in einem genau so weltvergessenen, dafür aber anderen Orte und ist zufriedener als zuvor.

Gewiß werden jene siebeneinhalb Millionen Deutsche Mark, die US-Amerika jüngst zum Bau von Studentenhäusern in Berlin stiftete, eine nützliche Verwendung finden. Genau so gewiß aber hat es dem deutschen Volk selbst nicht etwa an den Mitteln, allenfalls an gutem Willen gefehlt: Sonst wären die Häuser auch ungespendet längst fertig. Sollten die Amerikaner das Geld gegeben haben, um unsere Verantwortlichen mores zu lehren und sie zu beschämen? Dieses Ziel konnten sie wahrlich auch mit viel weniger Aufwand weit besser erreichen. Eine kleinere Spende hätte jenes blamable „Wenn es Dir wirklich an den paar Pfennigen fehlt, die kannst Du schließlich auch von mir haben!" noch weit deutlicher gemacht. Oder sollte die Spende gar unsere allgemeine NATO-Freudigkeit steigern? Dann wäre sie in Studentenhäusern völlig fehlinvestiert.

Vielleicht wollte Amerika gar nicht uns, sondern wirklich arme, z. B. frisch entkolonialisierte Völker unterstützen. Vielleicht hat es uns nur als Verstärker dazwischengeschaltet, um den Erfolg zu erhöhen. Die Überlegung ist gar nicht so abwegig: Amerika schenkt Deutschland etwas. Deutschland freut sich. (Daß es sich das Geschenkte auch aus eigenen Mitteln schon längst hätte leisten können, spielt dabei ja keine Rolle!) Deutschland seinerseits beschenkt England, Persien oder die vielen Länder, die jüngst von unseren Ministern bereist wurden. Eine solchermaßen ausgelöste Schenkwelle wird nach einigen Reibungsverlusten schließlich auch bei wirklich Bedürftigen ankommen. Nur sind der Effekt und das allgemeine Wohlbehagen, das internationale Klima besser, als wenn das Geld direkt dorthin überwiesen wäre.

Man muß an dieses Karussell glauben. Notfalls mit Augenzwinkern, wie die nicht mehr ganz Kleinen an den Nikolaus. Nur so vermeidet man die Peinlichkeit, Amerika der Einmischung in unseren berühmten Wahlkampf (noch dazu auf seiten der Opposition!) zu zeihen; denn deutlicher konnte kein Regierender, kein Parlamentarier auf das gestoßen werden, was schon längst seine Aufgabe gewesen wäre.

U. Kollatz

Falschmeldung

Einer wahrscheinlich falschen Meldung zufolge soll vor einigen Tagen eine Geheimkonferenz zwischen Vertretern der Regierung und den Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen nebst ihren Wahlmanagern stattgefunden haben. Das gemeinsame Anliegen dieser Zusammenkunft war eine Absprache über die Methoden der Wahlpropaganda. Anlaß für diese, von allen Beteiligten als äußerst ungewöhnlich empfundenen Übereinkunft, waren die alarmierenden, vertraulichen Nachrichten der Meinungsforschungsinstitute, daß die sogenannten „weichen" Wähler Tendenzen zeigen, den Bundestagswahlen fern zu bleiben, weil sie, nach den heftigen Anwürfen der Parteien gegeneinander, langsam kopf- und wahlscheu würden. Aber auch die treu-gläubigen Genossen, durch enthüllende Nachrichten über das Vorleben an ihren Partei-Gönnern irre geworden, würden langsam „weich" . . .

Erschreckt über diese staatsgefährlichen Anzeichen machten die Teilnehmer sich sofort daran, ihre Versprechen für einen sauberen, publikumsgerechten Wahlkampf in Form von gesiegelten Urkunden niederzulegen. Danach soll die Vergangenheit der Wahlkandidaten nicht mehr berührt werden. Die Dossiers, die die einzelnen Parteien über diesen Personenkreis angefertigt hatten, sollen in den nächsten Tagen mit Lastwagen abgefahren und auf einem Gelände außerhalb Bonns unter Aufsicht verbrannt werden. Personen mit einem fotografischen Gedächtnis haben sich sofort einer besonderen Kommission zwecks „brain-washing" vorzustellen. Alle Maßnahmen der Behörden, die auch nur den geringsten Anschein erwecken könnten, daß sie in gewissem Zusammenhang mit den Wahlvorbereitungen stehen, sind bis nach den Wahlen einzustellen. Eine Klärung des Falles Agartz vor den Wahlen hielt man allgemein für wünschenswert. Um der Öffentlichkeit schwerwiegende Verwirrungen zu ersparen, werden die Stellungnahmen für die Presse vorher zwischen den einzelnen Fraktionen abgesprochen.

Dies sei möglich geworden, weil ja die Parteien mit der Atombombe für den Wahlkampf genügend Zündstoff geliefert bekommen haben. Da dieser Streit nur von Experten geführt werden soll, hat der Bundeskanzler die Würde eines Doktors der Atomwissenschaften erhalten. Das besage der Inhalt eines Telegrammes einer amerikanischen Universität. Um die Parole „Allen ein fairer Wahlkampf" einzuhalten, hat, wie verlautet, der Bundeskanzler sich persönlich dafür verwendet, daß auch der Oppositionsführer einen Ehrendoktorhut dieser Disziplin erhält. Ferner soll das Thema Wissenschafts- und Studentenförderung wegen Unpopularität auf Eis gelegt werden.

E. L. Rot

COMMERZ- UND CREDIT-BANK
AKTIENGESELLSCHAFT
früher
COMMERZBANK
HAUPTSITZ FRANKFURT A. M.
Neue Mainzer Straße 32—36 Telefon 90431, 90441
mit 4 Stadtdepositenkassen
und Geschäftsstellen in Baden-Württemberg · Bayern · Hessen · Rheinland-Pfalz
Eigene Vertretungen in Amsterdam · Beirut · Madrid · Rio de Janeiro · Windhoek
C BANK
C BANK

Östliches und westliches Geschichtsdenken

Das Wort von der Geschichte spiegelt zweierlei wider: das Geschehen selbst und die Reflexion, die es geistig zu bewältigen versucht. Seit wir vor allem der Tatsache der unaufhebbaren Geschichtlichkeit unserer Existenz inne geworden sind, ist das Historische in dieser Doppelbedeutung zum Gegenstand eines nie erlahmenden Denkens geworden. Dieses Denken triumphiert heute mehr als je; ja, wüßten wir aus der täglichen Erfahrung nichts von der Gegensätzlichkeit unserer Welt, so würde sie uns an ihren Geschichtskonzeptionen offenbar. Denn was Ost und West heute bestimmt und trennt, enthüllt sich vor allem durch das Bild, das sie sich von der Geschichte machen.

Hierbei, scheint es, ist die östliche Welt in der Vorhand. Der historische Materialismus gibt nicht nur eine Analyse der Vergangenheit. Indem er unterstellt, daß die Produktionsverhältnisse das bestimmende Moment der Geschichte ausmachen, postuliert er zugleich, wie sich die Zukunft vollziehen soll. Damit ist einmal aus monistischer Wurzel eine Gesamtansicht der Geschichte geschöpft, die sich mit der christlichen Geschichtsphilosophie messen könnte, wäre deren Jenseitserwartung nicht in eine Diesseitsgläubigkeit verkehrt worden. Zum anderen aber ist mit ihr zugleich die Aufgabe bezeichnet, die dem Menschen zukommt. Denn bleibt es offensichtlich, daß sich die Geschichte vorausbestimmen lasse, so kann es keinen Zweifel an der notwendigen Durchsetzung der Weltrevolution durch das Proletariat geben. Seine Aufgabe besteht nach dem schlechthin „morphologischen" Gang der Produktionsverhältnisse darin, die kapitalistische Gesellschaft zu überwinden und die Geschichte mit seinem Siege gleichsam eschatologisch ausmünden zu lassen. Hier wird daher nicht nach einer Wahrheit gefragt, die vielleicht auch in der Forschung dem Einzelobjekt zugute käme. Hier hat die Geschichts„wissenschaft" lediglich zu veranschaulichen, daß in allen Erscheinungen des historischen Daseins das Gesetz des Klassenkampfes wirkt, bei dem das Sein das Bewußtsein bestimmt und nicht umgekehrt. Nun hat diese sogenannte Lehre vom Unter- und Überbau zwar entscheidende Korrekturen erfahren. Stalin selbst gestand in den fünf Briefen über die Sprache 1950 dem Überbau eine Aktivität zu, die den Marxschen Determinismus erheblich in Frage zu stellen schien. Hinzu trat, daß der nunmehr verfemte Diktator die Bedeutung des russischen Volkes vor der internationalen Sendung des Proletariats in ungebührlicher Weise herausstrich. Selbst wenn hier sogar der historische Materialismus erhebliche Umbildungen erfahren haben mag: unzweifelhaft ist jedoch nicht nur die Überzeugung geblieben, daß die Geschichte Gesetzen folgt, deren ausschließlicher Erkenntniswert sie in die Nachbarschaft der Naturwissenschaften verweist, sondern vor allem auch die Auffassung vom Marxismus als „der Wissenschaft vom Sieg des Sozialismus in allen Ländern".

Es widerspräche dem Wesen westlicher Geschichtskonzeptionen, gäben sie vor, die auf den ersten Blick eindrucksvolle Geschlossenheit des historischen Materialismus dadurch überwinden zu können, daß sie an seine Stelle ein ähnlich abgerundetes System setzten. Dafür ist ihnen nicht nur eine Auffassung von historischer Objektivität eigen, die sich auch dort von der bewußten marxistischen Parteilichkeit unterscheidet, wo sie um das subjektive Moment der Standortgebundenheit jedes Historikers wissen. Ihre Kraft, dem historischen Materialismus zu widersagen, gewinnen sie vor allem aus der Erkenntnis, daß es sich bei diesem System um eine unzulässige Verabsolutierung von Teilwahrheiten handelt. Den Geschichtskonzeptionen der Meinecke, Jaspers, Litt, Croce und Toynbee ist gemeinsam, daß Geschichtswissenschaft niemals zwingend in Geschichtsprophetie verkehrt werden kann. Für sie ist Geschichte einmal Spiegelbild tausendfältigen Geschehens, für dessen zureichende Erklärung weit mehr Faktoren als nur das Moment der Produktionsverhältnisse bemüht werden müssen. Zum anderen aber begreifen sie, trotz aller Abhängigkeiten, die das Handeln und Tun kausal beschränken, den Menschen als den entscheidenden Former und Träger geschichtlichen Daseins. Derart tritt hier die Freiheit als das bestimmende Prinzip auf, wie es sich nicht nur dem Determinismus, sondern auch der Sucht nach Generalisierung entgegenstellt. Daraus folgert, daß der historische Prozeß transparenter, umfassender, nachgestaltet wird.

Aber steht hinter alledem nicht wenigstens ein ähnliches Leitbild von Sinn und Ziel der Weltgeschichte, wie es der historische Materialismus auf seine Weise hervorzukehren vermochte? Es entspräche wiederum nicht den westlichen Geschichtskonzeptionen, versuchten sie nach der Ablehnung des historischen Mythos nunmehr einen eschatologischen Entwurf von der Geschichte. Aufgabe, ja, Ziel bleibt ihnen die Freiheit, nicht die Utopie eines seligen Endstadiums. Was sich hier niederschlägt, ist die Überzeugung, daß wir nicht um die tiefsten Geheimnisse der Geschichte wissen können. So bleibt die Ansicht im Kleinen oder, konkreter gesprochen, die Analyse unserer Epoche. Hier aber ist den genannten Geschichtsdenkern unserer Breiten nicht nur der Verlust jeder Transzendenz schmerzlich deutlich, die einst den Menschen Inhalt und Erfüllung war, hier läßt sie auch das Bewußtsein von der Endgültigkeit der uns aufgegebenen Entscheidung, zwischen Leben und Vernichtung zu wählen, nach überwindenden Auswegen suchen. Je nach Standort oder Weltanschauung, erblicken sie diese Auswege im Glauben oder in einer Freiheit, deren Echtheit und Tiefe in der verantwortungsvollen Persönlichkeit wurzeln.

Gewiß beglücken alle diese Antworten angesichts des uns Aufgegebenen nur wenig. Gewiß erwecken sie den Eindruck einer Verwirrung, die angesichts der Geschlossenheit des historischen Materialismus dunkle Aussichten zu eröffnen scheint. Allein wie die Geschichte — wenn überhaupt — nach einem Worte Rankes nur nach rückwärts gewandte Prophetie zu sein vermag, so wird die Sinngebung der Freiheit, wie sie von den westlichen Geschichtskonzeptionen ausgeht, ihres humanitären Gehaltes wegen auf die Dauer auch triumphieren.

Bodo Scheurig

Österreichs Beitrag zur Wissenschaft

Österreich ist ein Kulturstaat und dies nicht nur in den Augen derer, die daran verdienen. Immer wieder jedoch, wird die Frage laut, ob die Gegenwart denn vor der Vergangenheit dieses Landes bestehen könne. In diesem Zusammenhang übersieht man oftmals die geschichtlich gegebene Tatsache, daß das Österreich von heute, nur ein geographischer Restbestandteil dessen ist, was früher Österreich bedeutete. Wenn man heute rückblickend betrachtet, was in den verflossenen fünfzig Jahren für die Wissenschaft dieses Landes getan wurde, darf man nicht vergessen, daß zur Förderung und Erhaltung der Wissenschaft, nicht nur geistige, sondern auch finanzielle Kapazität notwendig ist.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist Wien ein Mittelpunkt wissenschaftlicher Arbeit in Europa. An seiner Universität lehren Männer von Weltruf. Um eine der überragenden Persönlichkeiten herauszugreifen, sei nur der Präsident der Akademie der Wissenschaften in Wien, Eduard Sueß genannt. Er zählt zu den ersten Geologen seiner Zeit, und ist der wissenschaftliche Schöpfer der Donauregulierung und der Hochquellenleitung. Der Physiker Ludwig Boltzmann entwickelt die elektromagnetische Licht- und die kinetische Gastheorie. Franz Exners Untersuchungen über die atmosphärische Elektrizität sind grundlegend für die weitere Forschung. Die späteren Nobelpreisträger Heß und Schrödinger sind seine Schüler. Die Entdekkung des Physikers Friedrich Hasenöhrl, daß das Gesetz der Trägheit, auch auf die elektromagnetische Strahlung angewendet werden kann, ist zweifellos ein Vorläufer der Einsteinschen Theorie von der Trägheit der Energie. Auf dem Gebiet der Mineralogie sind die Namen Becke und Tschermak, in der Zoologie Grobben und Hatschek noch heute jedem Studenten geläufig. Die Wiener medizinische Schule lockte Studenten aus der ganzen Welt in die Kaiserstadt an der Donau. Bekannte Vertreter der Wiener medizinischen Fakultät sind Eiselsberg, Nothnagel, Schaffer, Toldt, Hochstetter, Pirquet und Fuchs. Von den Geisteswissenschaftlern, seien auch nur wenige Namen genannt. Der Slawist Jagic, der Altphilologe Hartel. Auf der juristischen Fakultät lehrten Czyhlarz, Wieser, Wlassak und Menzel.

Österreichische Forscher wirkten im Ausland. 1899 bis 1911 werden kleinasiatische Inschriften eingebracht, antike Denkmäler ausgegraben. In Athen und Konstantinopel wird ein österreichisches, archäologisches Institut eingerichtet, nach dem nördlichen Nubien eine Expedition unternommen. Zur Erforschung der amerikanischen, asiatischen und afrikanischen Sprachen werden Kommissionen gebildet. Mit der Herausgabe der lateinischen Kirchenväterausgabe und des Thesaurus Linguae Latinae erwirbt sich die Wiener Akademie ein internationales Verdienst. Wohlhabende Privatleute fördern die Wissenschaft großzügig.

Vorerst sei noch bemerkt, daß eine Krone aus den Jahren vor dem ersten Weltkrieg ungefähr neun Schillinge, beziehungsweise 1,50 DM entspricht, der Kaufkraft nach sogar elf bis zwölf Schillinge, das heißt: 1,75 bis 2 DM. Für die privaten Zuwendungen sei nur ein einzelnes Beispiel herausgegriffen. Der Wiener Rechtsanwalt Dr. Karl Kuppelwieser stiftete in den Jahren 1909/10 der Akademie einen Betrag von K 500 000.— für die Errichtung und Erhaltung des Institutes für Radiumforschung.

An Subventionen für Informationsreisen der Universitätsprofessoren für das Jahr 1900 sind beispielsweise 12 000 Kronen vorgesehen, für die Professoren der Hochschule für Bodenkultur und der Technischen Hochschule werden zum selben Zweck 16 000 Kronen bewilligt. Für die Heranbildung von Lehrkräften an Hochschulen gibt der Staat beachtliche Beträge aus. Hier nur Angaben für zwei Jahre 1900: 73 200 Kronen und 1910: 92 000 Kronen.

Die Zahlen sprechen eine genügend deutliche Sprache, zumal die Forschungsgebiete in dieser Zeit noch nicht so umfangreich wie heute waren und daß der Kontakt mit der internationalen Wissenschaft noch keine hohen Ausgaben für Zeitschriften und Publikationen erforderte. Die Höreranzahl an den Universitäten war bedeutend niedriger als heute, daher waren auch die Verwaltungskosten geringer. So waren im Jahre 1898 an der philosophischen Fakultät der Wiener Universität lediglich 879 Studenten inskribiert, während 3800 Hörer 1951 und 2700 Hörer 1954 eingeschrieben waren.

Wenn wir alle namhaften Vertreter der heutigen österreichischen Wissenschaft betrachten, müssen wir feststellen, daß deren Ausbildungszeit zum großen Teil vor dem Jahre 1914 liegt. Es ist also offensichtlich, daß Österreich noch von der Substanz von vor dem ersten Weltkrieg zehrt.

Die großen Namen der Zwischenkriegszeit festigten Österreichs Ruf, als ein der Wissenschaft und Forschung aufgeschlossenes Land. Franz Pregl begründet die organische Elementaranalyse. Wagner-Jaureggs Fieberteraphie macht zum erstenmal die Behandlung der progressiven Paralyse möglich. In der Psychologie genießt Sigmund Freud Weltruf. Im gesamten deutschen Sprachraum ehrt man den Historiker Srbik und den Literaturhistoriker Franz Nadler. Leopold Wengers Forschungen in der Geschichte des römischen Rechtes finden in ganz Europa Beachtung.

Die finanzielle Unterstützung der Hochschulen nach den Kriegsjahren 1914 bis 1918 ist wesentlich geringer, wenn auch die Ausgaben für Forschung und Hochschulen im Staatshaushalt gegenüber der Monarchie meist sogar einen größeren Prozentsatz ausmachen. Die Nachwirkungen der Inflation haben alle bedeutenden Stiftungen entweder ganz zunichte gemacht oder zumindest auf eine verschwindend kleine Summe reduziert. Der Fortschritt der Wissenschaft bedingt größere Anschaffungen, vor allem in den Instituten und in der Literatur. Nur mühsam können die ärgsten Schwierigkeiten überwunden werden.

Die staatlichen Ausgaben gehen aus dem Bundesgesetzblatt hervor:

Jahr	Währungseinheiten	Hochschulen	wissenschaftl. Zwecke	Verw.-Stelle d. Wiener Hochsch.	Gesamt
1920	Kronen	36 603 010	2 339 131	—	38 942 141
1925	Schilling	11 683 743	1 040.146	101 000	13 869 629
1930	Schilling	27 129 400	4 596 700	101 000	31 827 100
1935	Schilling	20 939 300	1 323 600	103 500	22 366 400

In den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg konnte Österreich seinen Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten nur sehr bescheidene Mittel zur Verfügung stellen. Wenn auch im Budget der Posten „Hochschulen und wissenschaftliche Zwecke" nominell von Jahr zu Jahr nicht unbedeutend anstieg, so blieb zunächst der Aufwand real weit hinter den gestiegenen Bedürfnissen zurück. Erst als jene Stimmen, die vor dem Rückgang der wissenschaftlichen Kapazität Österreichs warnten, nicht mehr zum Schweigen zu bringen waren, behandelte im Frühjahr 1954 der Finanz- und Budgetausschuß des Nationalrates in einer eingehenden Enquête die Dotierung des Kulturbudgets und faßte einen Entschließungsantrag, hierfür in Zukunft mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Diesem Beschluß wurde erstmals im Jahre 1955 Rechnung getragen. Der Aufwand für Hochschulen und wissenschaftliche Zwecke wurde von 177 354 000 Schilling im Jahre 1954 auf 250 484 000 Schilling im Jahre 1955 erhöht. Es war nicht möglich, mit dieser Aufbesserung alle in den vergangenen Jahren unübersehbar gewordenen Lücken zu stopfen, doch wendete sich manches zum Besseren. Ein Überblick zeigt:

Jahr	Aufwand f. Hochschulen und wissenschaftl. Zwecke	Anteil am Gesamtbudget
1946	22 313 700	8,9‰
1950	87 084 000	8,1‰
1954	177 354 000	7,9‰
1955	250 484 000	11,0‰
1956	285 520 000	11,0‰
1957	324 976 000	10,0‰

Erfreulicherweise haben neben den staatlichen Stellen auch die Gebietskörperschaften, die Kammern und der Gewerkschaftsbund in den letzten Jahren durch Stipendien einiges zur Förderung des akademischen Nachwuchses getan. Doch alle diese Tatsachen dürfen kein Anlaß zu satter Selbstzufriedenheit sein. „Im Gegenteil, gerade im Hinblick auf die bevorstehende europäische Integration", wie Bundespräsidentschaftskandidat Professor Dr. Denk in einer Pressekonferenz ausführte, „ist die verstärkte Förderung des akademischen Nachwuchses eine unausweichliche Notwendigkeit geworden, wenn Österreich seinen Platz an der Sonne der Wissenschaft behaupten und ausbauen will."

Dolores M. Raudaschl

Zwangsemeritierung Professor Blochs

Noch immer steht das politische und kulturelle Leben der Ostblockstaaten unter der Einwirkung des ungarischen Aufstandes. Mehr denn je wird auch an den Universitäten der Sowjetzone auf sturste Orthodoxie gepocht. Nach der Ausschaltung Harichs konzentrierten sich die Vorwürfe „ideologischer Abweichung" insbesondere auf den Leipziger Philosophen Bloch.

Bloch ist wohl bislang einer der wenigen Vertreter des marxistischen Lagers gewesen, dessen Bücher auch in westlichen Intellektuellenkreisen gelesen und diskutiert werden. Es ist das in eigentümlichem Stil vorgetragene kryptoreligiöse Pathos, das Bücher wie „Subjekt — Objekt" oder „Das Prinzip Hoffnung" für viele bei uns so anziehend gemacht hat, die einerseits ihre Bindung an religiöse Kategorien verloren haben, zugleich sich aber nicht dem Nihilismus überantworten wollen, der hinter unserer vordergründigen Geborgenheit lauert. Blochs Denken ist im echten Sinne philosophisch. Nichts von den schematischen Formulierungen, wie wir sie etwa auch beim späten Lukacz finden. So konnte westliches Lob nicht ausbleiben.

Gerade das mußte Bloch in den Augen der SED-Funktionäre kompromittieren, zumal auch oppositionelle Studentenkreise in der Zone sich zu Recht oder Unrecht auf seine Lehren beriefen. Wieder einmal erweisen sich die Epigonen orthodoxer als die Moskauer Zentrale. Während man dort bemüht ist, aus der geistigen Stagnation herauszukommen und so etwas wie eine Hegel-Renaissance einsetzt und man sich von den gröbsten stalinistischen Dogmen zu befreien sucht, wird das Nachdenken über die klassischen Grundlagen des dialektischen Materialismus in der Zone ärger beschnitten als je zuvor. Es ist interessant, daß die bekannte Stalinsche Grundschrift, die jahrelang als Gipfel marxistischen Denkens gepriesen wurde, in der letzten Nummer der sowjetischen „Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge" zum „populären Abriß" herabgesetzt worden ist.

In den politisch weniger konsolidierten Satellitenstaaten ist die Philosophie in noch höherem Maße den praktisch-politischen Erfordernissen untergeordnet als etwa in der Sowjetunion. Deshalb auch das Verhalten der Ulbricht-Gruppe bei den letzten Hochschulskandalen. Die geringste Auflockerung würde das volksdemokratische Kartenhaus zum Einsturz bringen. Bemerkenswert ist im Falle Bloch, daß dessen Bücher nicht einmal in der Stalin-Ära so heftig befehdet worden sind, wie gerade jetzt. Das mag unsere These stützen, daß es um die Führung in der Zone nie so schlecht gestanden hat, wie im Augenblick, wo sie um ihrer Sicherheit willen, ihren besten ideologischen Exponenten durch Zwangseremitierung zum Schweigen bringt. Bloch hat sich selber namentlich in seinen kulturpolitischen Aufsätzen stets zu den kommunistischen Praktiken bekannt und seinen beißenden Spott über Revisionisten und Renegaten ergossen. Die Dialektik der Geschichte will es, daß sich seine Waffen nun gegen ihn selbst kehren.

A. S.

Ein Werk der Großchemie ist ohne Forschung nicht denkbar; denn sie ist die Grundlage für die Entwicklung neuer Erzeugungsverfahren. Deshalb haben die FARBWERKE HOECHST AG. und ihre Tochtergesellschaften in den letzten vier Jahren für Forschungszwecke 211 Millionen DM aufgewendet, davon allein 1955 69 Millionen DM, das sind 5,4% vom Umsatz.

Die Voraussetzungen für unsere Forschungsarbeiten sind nicht zuletzt auf die Tätigkeit der deutschen Universitäten und Hochschulen zurückzuführen, aus deren Hörsälen jetzt wieder gut ausgebildete junge Naturwissenschaftler und Techniker zu uns kommen. Darüber hinaus erkennen wir dankbar die an den Lehrstätten und Instituten betriebene Forschung an, auf der die Praxis aufbaut.

HOECHST

FARBWERKE HOECHST AG. vormals Meister Lucius & Brüning FRANKFURT (M)-HOECHST

Tutorengruppen als Beitrag zur Hochschulreform

In Frankfurt ist die Studienberatung, die für alle Fakultäten eingerichtet worden ist, einer der Versuche, in überfüllten Vorlesungen, Übungen und Seminaren das Prinzip sinnvoller, auf die enge Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden gegründeter Lehre und Ausbildung wenigstens teilweise aufrecht zu erhalten und den Kontakt nicht vollends ersticken zu lassen. Über andere Versuche, dem Problem zu begegnen, hat eine Tagung Aufschluß gegeben, die zu Ende des vergangenen Semesters von Studenten am Institut für Sozialforschung zusammen mit Vertretern der Frankfurter Juristischen Fakultät und Berliner Studenten, die seit längerer Zeit gleiche oder ähnliche Versuche unternehmen, im Europa-Haus in Marienberg veranstaltet worden ist.

Am Institut für Sozialforschung bestehen seit über einem Jahr kleine, von den Studenten gegründete Gruppen, die — dem englischen Sprachgebrauch folgend — Tutorengruppen genannt worden sind. Sie haben fortgeschrittene und mit den Studienverhältnissen vertraute Studenten zu Tutoren und kommen wöchentlich einmal zusammen, um sowohl Fragen der Methodik wissenschaftlichen Arbeitens als auch wissenschaftliche Probleme an Hand der vom Institut gebotenen Lehrveranstaltungen oder an Hand von Literatur zu besprechen. Nach den Tagungsberichten zu schließen, hat sich die Behandlung methodischer Probleme des Studiums und der wissenschaftlichen Arbeit besonders für die jüngeren Semester als außerordentlich notwendig und hilfreich erwiesen. Gleiches gilt für die Diskussion wissenschaftlicher Probleme in den Tutorengruppen, die die Einführung ins Studium und die Orientierung im Gesamtgebiet der Disziplin erleichtert und zum Verständnis und Erfolg der Lehrveranstaltungen beiträgt. Darüber hinaus aber hat die Arbeit der Tutorengruppen sowohl zu einem engeren Zusammenhalt der Studenten als auch zu einem sehr regen und individuellen Kontakt mit den Dozenten geführt, ein Erfolg, der deutlich dazu beigetragen hat, daß die einzelnen Studenten sich wesentlich aufgeschlossener und aktiver als zuvor an den Lehrveranstaltungen beteiligen. Auch folgt aus dem Gefühl, nicht mehr einer unter vielen zu sein, sondern innerhalb der Studentenschaft jetzt einen bestimmten Platz einzunehmen, nicht selten eine Haltung, die die Universität nicht mehr allein als Institution der Ausbildung, sondern auch als Gemeinschaft zu betrachten beginnt, an der es sich durch größeres Interesse an ihren Angelegenheiten, Mitarbeit an der studentischen Selbstverwaltung und anderem zu beteiligen gilt.

Diesen offensichtlichen Erfolgen stehen vor allem zwei ungelöste Probleme gegenüber. So neigt, den Berichten zufolge, ein Teil der Studenten dazu, die Tutorengruppen angesichts der Examina als Repetitorien zu betrachten und ihre Aufgabe damit nahezu ins Gegenteil freier wissenschaftlicher Arbeit und Zusammenarbeit zu verkehren. Denn so sehr sich die Gruppen mit ihrer Arbeit an die Lehrveranstaltungen anlehnen mögen, so wenig ist damit intendiert, ihnen den Charakter von Proseminaren oder ergänzenden Übungen zu geben. Solche Auffassungen, hieß es, stünden nicht nur im Widerspruch zum proklamierten Ziel, den Studenten lediglich über Anfangsschwierigkeiten hinwegzuhelfen und die Voraussetzungen für selbständige wissenschaftliche Arbeit zu schaffen, sondern würden die Tutorengruppen letzten Endes auch überfordern und ihnen Aufgaben zuweisen, die nur von Dozenten erfüllt werden könnten.

Zum andern äußert sich, abgesehen von den persönlichen Verbindungen, die sich aus der gemeinsamen wissenschaftlichen Arbeit ohnehin ergeben, schon in dem häufig vorgetragenen Wunsch, die durch wissenschaftliche Arbeit konstituierte Gemeinschaft der Tutorengruppen auch auf andere, vorzugsweise gesellige Bereiche zu übertragen, das Bestreben eines Teiles der Studenten, in den Tutorengruppen nicht nur wissenschaftlichen Rückhalt zu finden, sondern sich dort für die Dauer des Studiums auch einer „Heimat" zu versichern. Die Tendenz zur nicht mehr allein durch wissenschaftliche, sondern gleichsam auch bestimmte pädagogische Funktionen definierten Gruppe wird akzentuiert durch den gerade bei dieser Arbeit oftmals sinnfälligen Zusammenhang zwischen den Ausbildungsproblemen von Studenten und ihrer sozialen und seelischen Situation. Sollen Ausbildungsprobleme richtig verstanden und gelöst werden, so sind in der Regel persönliche, oft privateste Umstände gleichzeitig zu bedenken. Den Ausgleich zwischen wissenschaftlicher und pädagogischer Funktion oder sachlichen und persönlichen Gewichten zu finden, ist nach den Berichten der Tutoren ein allgemeines Problem, so sehr auch das Verhältnis zwischen beiden innerhalb einer Gruppe von deren Zusammensetzung und der Person des Tutors abhängen mag.

Soweit die wesentlichsten positiven und negativen Erfahrungen der bisherigen Arbeit. Doch so sehr Tutorengruppen auch immer nach Gestalt und Methodik von den besonderen Umständen der Hochschule und der Fakultät, an der sie ihre Arbeit entfalten, abhängen mögen, so wenig sind sie zugleich ohne jene Verhältnisse zu denken, denen sich heute alle westdeutschen Hochschulen ausgesetzt sehen und die alle Züge eines Notstandes anzunehmen drohen. Das krasse Mißverhältnis zwischen der Zahl der Dozenten und der Zahl der Studenten ist allgemein bekannt und statistisch belegt. Vorstellungen vom Ausmaß der Desorientierung der Studenten, die in überfüllten Lehrveranstaltungen weder eine den Aufgaben der Universität adäquate Beziehung zum Studium noch zur akademischen Gemeinschaft herzustellen vermögen, können dagegen nur an einzelnen Phänomenen, in denen es sich äußert, gewonnen werden. Schon ein übergroßes Vorlesungspensum, falsche Fächerzusammenstellungen oder die Scheu, mit alltäglichen Fragen zu Dozenten zu gehen, zählen ja zu den faulen Früchten einer Universität, die sich — mindestens in ihren meistfrequentierten Fakultäten — außerstande sieht, noch den einzelnen Studenten ins Auge zu fassen. Weit mehr aber muß den Studenten das Gefühl treffen, daß ihm der Massenbetrieb jede Chance nimmt, an seiner Universität je einen gesicherten und wohldefinierten Platz einzunehmen. Daß ihn der Wechsel aus der Unselbständigkeit und Gebundenheit der Schule und der Klassengemeinschaft zur — von ihm einstweilen nur als formal empfundenen — akademischen Selbständigkeit und Freiheit in seinem Gefühl der Konfusion und Anonymität nur bestärken kann, liegt auf der Hand. Kommt der ganze oder teilweise Verlust ökonomischer Unabhängigkeit hinzu, kann es nicht wunder nehmen, wenn der Student dazu neigt, nicht nur dem Gedanken der akademischen Gemeinschaft, sondern auch wissenschaftlichem Geist und autonomem Denken zu entsagen und sich stattdessen auf den bloßen Erwerb von Fertigkeiten und Kenntnissen zu verlegen, die ihn beruflich ausweisen. Blind folgt er den Kraftlinien der Klausuren und Examina, um schließlich diplomiert auf den Arbeitsmarkt geworfen zu werden.

Damit sind die Probleme nur angedeutet, die für die Arbeit und Funktion von Tutorengruppen unmittelbar relevant werden. Angesichts solcher Verhältnisse können sie, wollen sie ihre Möglichkeiten voll ausschöpfen, vor der Aufgabe stehen, Studenten sowohl ins Studium einzuführen und die Voraussetzungen für selbständige wissenschaftliche Arbeit zu schaffen, als auch jenen „Ort" innerhalb des akademischen Betriebs zu vermitteln, dessen der einzelne Student heute meist so dringend bedarf. Das wurde auf der Tagung überaus deutlich. Beide Funktionen, die wissenschaftliche und die pädagogische, in Einklang zu bringen, wird sicherlich langjährige Praxis und Erfahrung notwendig machen. Droht auf der einen Seite die Degradierung zum Repetitorium oder die Überforderung als Proseminar, so laufen auf der anderen Tutorengruppen als bloße „menschliche" Gemeinschaften Gefahr, ihre wissenschaftliche Aufgabe zu verraten und die sozialen Kontakte der Studenten zu usurpieren. Beides kann nicht in ihrer Absicht liegen; ganz abgesehen davon, daß es den Tutorengruppen, wenn überhaupt, nur um soziale Kontakte innerhalb der Universität gehen kann.

In dieser Form können Tutorengruppen als studentischer Beitrag zur Hochschulreform gelten. Für ihre Einrichtung ergibt sich daraus, daß sie, sollen sie ihren spezifischen Charakter und ihre Spontaneität bewahren, wesentlich der studentischen Initiative überlassen bleiben müssen, wiewohl die Universität manches als Anregung und Unterstützung beizutragen vermag. Darüber hinaus aber besitzen sie Wert als ein Modell für die künftige Regelung eines der Hauptprobleme der Universitätsreform, der Beziehung zwischen Lehrenden und Lernenden.

Carl-Christian Kaiser

95 Pf. und DM 1,50, mit Lecithin DM 1,80 — In Apotheken und Drogerien

..eine Filter-Cigarette die schmeckt

Nachrichten aus Deutschland

Erlangen. Um eine neue Form studentischer Erziehungsarbeit zu erproben, wurde in Erlangen ein von der Universität unabhängiges „Collegium Alexandrinum" gegründet, in dem Studierende des ersten und zweiten Semesters zusammengefaßt werden sollen. Dreißig Professoren aller Fakultäten haben sich für eine Lehrtätigkeit an diesem Institut zur Verfügung gestellt, das die Aufgabe hat, Akademiker mit möglichst vielseitiger und tiefer Allgemeinbildung heranzubilden und der Fachspezialisierung des heutigen Universitätsstudiums entgegenzuwirken. Das erste Studientrimester des „Collegium Alexandrinum" steht unter dem Generalthema „Geschichte und Gesellschaft — Deutschland heute".

Bonn. Der Vorstand des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft hat dargelegt, was man nach seiner Meinung — in Übereinstimmung mit den Auffassungen der gewerblichen Wirtschaft — von staatlicher Seite zur Förderung der Wissenschaft (Forschung, Lehre und akademischer Nachwuchs) getan werden müßte. Der Stifterverband hält es für erforderlich, daß dafür jährlich zusätzlich 500 Millionen DM — überwiegend vom Bund bereitgestellt werden und empfiehlt, davon 150 Millionen DM in Form von Darlehen und Stipendien zur Förderung des akademischen Nachwuchses zu verwenden, 150 Millionen DM zur Erfüllung des „Ideal-Etats" der Universitäten, 100 Millionen DM zur Vergrößerung des Lehrkörpers und zur Vermehrung des Hilfspersonals sowie zur Gehaltsaufbesserung für diese beiden Gruppen.

50 Millionen DM sollen der Deckung des Nachholbedarfs im Bereich der Forschung dienen; dieser Posten soll nach zwei bis drei Jahren weiteren 50 Millionen DM hinzugeschlagen werden, die der Stifterverband zur Erhöhung der Zuschüsse an die Hilfsorganisationen, die Organisationen der Körperschaften, den Länderfachausschuß Forschung und ähnliche Einrichtungen für erforderlich hält.

Berlin. Wer an einer ostdeutschen Universität studieren will, soll künftig nur immatrikuliert werden, wenn er nachweist, daß er ein Jahr lang in einem Produktionsbetrieb gearbeitet hat, gab ein Vertreter des Staatssekretariats für Hochschulwesen auf einer FDJ-Konferenz an der Ost-Berliner Universität bekannt. Als gleichwertig sollen absolvierte Dienstzeiten in der „Volkspolizei" oder der „Nationalen Volksarmee" gelten.

Bonn. Die neunte ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften wird mit einem Festvortrag von Prof. Dr. C. F. v. Weizäcker über das Thema „Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter" eröffnet. Der VDS hält es für notwendig, sich ohne Rücksicht auf parteipolitische Gesichtspunkte auf die Verantwortung der Wissenschaft zu einem Zeitpunkt zu besinnen, in dem die ganze Menschheit durch die Ergebnisse der Wissenschaft aufs höchste gefährdet ist. (Prof. v. Weizäcker gehört zu den Unterzeichnern der Göttinger Erklärung der Atomwissenschaftler. D. Red.)

Ein Goldfisch wäre beinahe von den Studenten der Universität von Westaustralien zum ordentlichen Mitglied des Studentenausschusses gewählt worden. Der Goldfisch im Universitätsteich, Michael David Finn genannt, erhielt mehr Stimmen als elf andere Kandidaten. Man entdeckte den Streich erst, nachdem die Stimmzettel schon verteilt waren, so daß sich der Wahlausschuß in der heiklen Situation sah, mit den Stimmen für die ordentlichen Kandidaten auch die für den Goldfisch zählen zu müssen.

Nachrichten aus aller Welt

Belgien. Delegierte aus Belgien, Holland und Luxemburg kamen im Februar in Brüssel zusammen, um über die Arbeitsweise des vor einiger Zeit errichteten Benelux-Studentenrats zu diskutieren.

Holland. Ein beträchtliches Steigen der Lebenshaltungskosten stellen die Delfter Studenten fest. Nicht nur die Lebensmittel und die Zimmer sind teurer geworden, auch die Eisenbahn hat die Fahrpreise erhöht. Gerüchten zufolge soll nun auch die staatliche Subvention der Mensamahlzeiten gekürzt werden, und zwar auf 25 cent pro Mahlzeit. Andererseits muß man auch zugeben, daß das Einkommen des Studenten in den letzten zwei Jahren größer geworden ist, entweder durch größere Zuwendungen von den Eltern oder durch höhere Löhne für die Werkstudenten. Außerdem sind die Studiengebühren nicht erheblich herabgesetzt worden. Trotzdem wird wahrscheinlich der durchschnittliche Delfter Student in diesem Jahr etwas knapper leben als 1956.

Kanada. Zu einer größeren Anzahl von Projekten, die der kanadische Nationalverband NFCUS zur Zeit verfolgt, gehören u. a. die Gewährung von Steuerbefreiung an die während der Sommerferien arbeitenden Studenten und ihre Befreiung von Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung.

Frankreich. Nach dem Beispiel ihrer Kommilitonen in Rennes haben auch die Studenten von Caen einen Feldzug gegen ungerechtfertigt hohe Mieten begonnen. „Can-Caen", die Studentenzeitung dieser Stadt, unterrichtet ihre Leser über die Gesichtspunkte, nach denen die Studenten die Höhe ihrer Miete berechnen können. Mit steuer-, straf- und zivilrechtlichen Maßnahmen soll gegen Haus- oder Wohnungseigentümer vorgegangen werden, die zu hohe Mieten fordern.

Schweden. Die Wohnungsnot unter den schwedischen Studenten wird sich im Laufe der nächsten zehn Jahre bei der zu erwartenden Erhöhung der Zahl der Studenten wesentlich verschlimmern. Wenn der Wohnungsbau in demselben Tempo weitergeführt wird, werden in einigen Jahren Tausende von Studenten ihr Studium schon aus dem Grunde nicht aufnehmen können, weil sie keine Unterkunft finden. Eine Konferenz des Nationalverbandes der schwedischen Studenten (SFS), an der auch Vertreter der staatlichen Baubehörden teilnahmen, befaßte sich vor kurzem mit dem Problem, wie man für die nächste Zukunft den Studenten Wohnraum verschaffen könne. Nach den Besprechungen des Studentenverbandes müssen allein in Uppsala innerhalb der nächsten 20 Jahre 3250 neue Wohnungen für Studenten gebaut werden.

England. Die Absicht einer Auswanderung gaben bei einer an der Universität Bristol durchgeführten Umfrage 40% der befragten Studenten zu erkennen. Dieselbe Umfrage führte kürzlich die Zeitung „Varsity" an der Universität Cambridge durch; hier betrug der Prozentsatz an künftigen Auswanderern 38,9% (Studenten) bzw. 49% (Studentinnen). Die meisten wollen nach Kanada; viele wählten auch Neuseeland und Australien, außerdem wurden Ostafrika, Mittelamerika und die Vereinigten Staaten genannt. Unzufriedenheit mit den in England zu erwartenden Berufsaussichten wurde von den meisten als Grund für die geplante Auswanderung angegeben; sie glauben, im Ausland mehr Möglichkeiten für schnelleren Aufstieg und bessere Bezahlung zu finden.

Indien. Die indischen Universitäten und Colleges sind vom Erziehungsministerium angewiesen worden, ihre Studentenzahl auf 800 zu beschränken, um auf diese Weise eine Überfüllung zu vermeiden, die als eine der Hauptgründe der Disziplinlosigkeit der Studentenschaft angesehen wird. Ferner wurde vorgeschlagen, das Verhältnis von Professoren zu Studenten auf 1:25 festzusetzen. Wie verlautet, soll das Ministerium die Absicht haben, die hierfür benötigten Geldmittel bereitzustellen; andererseits sollen allen Universitäten, die nicht entsprechende Maßnahmen zur Herabsetzung der Studentenzahl treffen, die Subsidien entzogen werden. Eine Universitätskommission unter dem Vorsitz von Dr. Radhakrishnan hatte ursprünglich die Beschränkung der Studentenzahl in Colleges auf 1500 empfohlen.

Was ist und was sein sollte

Am 4. November 1951 immatrikulierte sich Johann Armuth an der Universität in Frankfurt am Main, nachdem er einen bemerkenswerten Lebensabschnitt hinter sich gebracht hatte. Seine Geburtsstadt war Oppeln, wo sein Vater einen Frisiersalon betrieb. Als der Vater im Jahre 1938 ein kleines Einfamilienhaus in Görlitz an der Neiße geerbt hatte, zog er mit seiner Familie dorthin und eröffnete ein neues Geschäft, womit er sich und seine Angehörigen recht und schlecht über Wasser hielt. 1939 wurde er eingezogen, erkrankte 1943 auf dem Rückzug in Rußland und starb im August 1945. In den letzten Monaten des Krieges war das Haus, das einzige Eigentum der Familie, zerstört worden, und so hatte man sich nach Leipzig zu Verwandten begeben. Dort besuchte Johann Armuth nunmehr die Oberschule, wo er auch 1948 sein Abitur mit Erfolg ablegte. Sein weiterer Berufsweg wurde durch einige allzu offene Äußerungen über den politischen Charakter der Behörden seiner „Heimatstadt" unterbrochen, und Johann Armuth flüchtete nach sechsmonatigem Aufenthalt im Zuchthaus Bautzen über die Zonengrenze. Er suchte sich Arbeit, und nach mannigfaltigen Tätigkeiten als Aushilfskellner, auf dem Bau, in der Landwirtschaft, landete er in einem Chemiebetrieb im Rheinland. Anstellig und nachdenklich wie er war, galt er nach 18 Monaten als Facharbeiter und wurde später in das Laboratorium der Fabrik versetzt. An dieser Stelle vollzog sich bei ihm die Wendung zum Theoretischen, was nach mehrmonatiger Überlegung die oben erwähnte Immatrikulation zur Folge hatte. — Zwei Semester reichten die Ersparnisse. Es folgten Monate mit Werkarbeit jeglicher Art angefüllt, so daß sich Johann Armuth bald in die Zeit seiner Ankunft im Bundesgebiet zurückversetzt sah. Er unternahm deshalb den Versuch, sich um Beihilfen der öffentlichen Hand zu bewerben. Johann Armuth stellte sich beim Studentenwerk an. Er erhielt die Auskunft, daß er sich an das Fürsorgeamt wenden müsse, weil sein Vater auf Grund einer im Kriege zugezogenen Krankheit verstorben sei. Johann Armuth stellte sich beim Fürsorgeamt an. Dort wurde er gebeten, den Beweis anzutreten, daß ein Kriegsleiden den Tod seines Vaters verursacht habe. Dann erst könne eine Grundrente bewilligt werden und im Anschluß hieran die Erziehungsbeihilfe als Studierender. Nach Ausfüllen zahlreicher Formulare und einem ausgedehnten Briefwechsel mit der Mutter wartete Johann Armuth. Es verging ein weiteres Semester. Johann Armuth stellte sich wieder beim Studentenwerk an und berichtete über den Gang der Ereignisse. Man schickte ihn daraufhin zum Ausgleichsamt; einmal, weil er aus Görlitz an der Neiße stammte, und zum zweiten, weil er politischer Flüchtling aus Mitteldeutschland war. Johann Armuth stellte sich beim Lastenausgleichsamt an. Dort wurde ihm bedeutet, daß er als Heimatvertriebener nicht anerkannt werden könne, da der Wohnsitz seiner Eltern etwa 300 Meter westlich der Oder-Neiße-Grenze gestanden hätte. Um eine Beihilfe als Flüchtling aus der sowjetischen Besatzungszone zu erhalten, müsse er den Flüchtlingsausweis C erwerben. Johann Armuth stellte sich bei der Amtsstelle an, die für das Ausstellen der Flüchtlingsausweise C zuständig war. Dort wurde er belehrt, daß zu dem Zeitpunkt seiner Flucht die Kategorie der Flüchtlinge gemäß Ausweis C noch nicht eingeführt gewesen sei und man ihm insofern keinen Ausweis geben könne. Johann Armuth stellte sich wiederum beim Studentenwerk an, um nunmehr eine Beihilfe aus den allgemeinen Stipendienmitteln zu erhalten. Man berichtete ihm, daß aus diesem Fond nur Studenten unterstützt würden, die ihren ersten Wohnsitz in Hessen hätten. Für die Anerkennung als Hesse sei das Sekretariat der Universität zuständig. Johann Armuth stellte sich beim Sekretariat an. Ihm wurde wider seinen Willen klar, daß er seinen ersten Wohnsitz noch immer in Leipzig hätte und hier nur einen vorübergehenden Aufenthalt begründen könne. Johann Armuth stellte sich nunmehr beim Studentischen Schnelldienst an, um weiterhin als Werkstudent sein Geld zu verdienen.

Mag diese Geschichte auch erfunden sein, sie vollzieht sich jedoch unter anderem Namen und bei anderen Dienststellen jedoch unter anderem Namen und bei verschiedenen Dienststellen jeden Tag mehr als tausendmal in der Bundesrepublik. Eine Untersuchung im Jahre 1955 ergab, daß sich damals etwa 17 verschiedene amtliche Stellen mit der Annahme von Anträgen bedürftiger Studenten befaßten, daß der Student aus einer Gruppe von 24 verschiedenen Kategorien die bei ihm zutreffenden Eigenschaften nachweisen mußte und daß über die Anträge je nach Lage des Falles eine oder mehrere von 18 verschiedenen Amtsstellen entschieden. Hunderte von Paragraphen in Gesetzen, Ausführungsbestimmungen, Durchführungsverordnungen, Erlassen und Richtlinien befaßten sich je auf ihre Weise mit der Gewährung von Beihilfen an Studierende. Im Oktober 1955 trafen sich deshalb in Bad Honnef die Vertreter der Hochschulen, der Studentenschaft, der Kultusministerien, der zuständigen Bundesministerien und der Studentenwerke, um über die Neuordnung der Förderung von Studierenden zu beraten, eine Beratung, die übrigens nach dem ersten Weltkrieg schon einmal stattgefunden hatte. Diese Hochschulkonferenz zu Bad Honnef arbeitete ein einheitliches Modell für die Förderung des akademischen Nachwuchses aus, das zusammengefaßt etwa folgende Grundgedanken enthält:

„Die Studentenförderung muß sozial gerecht sein, d. h. sie hat ohne jeden Schematismus die Lage des einzelnen Studenten zu berücksichtigen; sie muß übersichtlich und einfach zu handhaben sein; sie muß zur rechten Zeit wirksam werden und sich gleichmäßig an allen Hochschulen des Bundesgebietes auswirken; die Kriterien für die Vergabe dürfen sich nur aus der Situation des Studenten ergeben, die Entscheidungen müssen also der Hochschule vorbehalten bleiben."

Es verging daraufhin geraume Zeit, ohne daß Wesentliches erfolgte, wenn man von zahlreichen Denkschriften, Zeitungsartikeln und den Erlassen einzelner Kultusministerien absieht. Die Bundestagssitzung vom 7. Juli 1956 brachte eine eingehende Debatte über die Förderung des technischen Nachwuchses, wobei sich alle Parteien darüber einig waren, daß nunmehr etwas Entscheidendes getan werden müsse. Am 19. Januar 1957 veröffentlichte das Deutsche Studentenwerk die Ergebnisse einer Erhebung über die soziale Lage der Studentenschaft. Aus den Zahlen ging eindeutig hervor, daß unsere Studierenden heute wirtschaftlich nicht besser dastehen als vor sechs Jahren. Im Februar 1957 drohte die Studentenschaft mit Streik. Inzwischen waren die Vorbereitungen für die Neuordnung des Stipendienwesens vorangetrieben worden. Es hatte eine umfangreiche Diskussion über die Art der Unterstützung von Studenten eingesetzt, wobei sich verschiedene Ansichten gegenüber standen. Während die eine Seite ein Studienhonorar forderte, (d. h. jeder Student erhält unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage für die ganze Studienzeit einen monatlichen Wechsel vom Staat), wollte sich die andere Seite ausschließlich auf die gabe von Darlehen beschränken und hierfür einen Darlehensfond von etwa 100 Millionen für das Bundesgebiet bilden. Keine dieser beiden extremen Ansichten setzte sich durch, und der Haushaltsausschuß des Bundestages beschloß am 28. März 1957 den Haushaltsansatz für die Studentenförderung für das Rechnungsjahr 1957 auf 33 Millionen zu erhöhen. Davon sollen 18 Millionen für Darlehen und 12 Millionen für Beihilfen an Studenten verwendet werden. Obwohl kaum ein Zweifel darüber besteht, daß diese Mittel vom Bundestag genehmigt werden, ist jedoch der Weg, den diese Gelder bis in die Hand der Studenten nehmen, noch umstritten. Das Kuratorium des Deutschen Studentenwerkes wurde gebeten, praktische Vorschläge für die Vergabe der Förderungsmittel an die Studenten auszuarbeiten. Die Anregungen, die das Kuratorium hierfür erhielt, lauten etwa so:

Johann Armuth spricht beim Studentenwerk seiner Hochschule vor. Er erhält dabei einen Antrag auf Förderung, der nach wenigen Tagen von ihm ausgefüllt wieder abgegeben wird, Bescheinigungen über seine eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse sowie über die wirtschaftliche Lage seiner Eltern, sind beigefügt. Im Studentenwerk wird dieser Antrag geprüft, und es wird die Höhe des zu zahlenden Stipendiums vorgeschlagen. Der Vorschlag stützt sich dabei auf Richtlinien, die einheitlich an allen Hochschulen des Bundesgebietes angewendet werden. Hierdurch will man erreichen, daß Johann Armuth an allen Hochschulen des Bundesgebietes das gleiche Stipendium erhalten kann. Das Studentenwerk gibt den Antrag an einen Förderungsausschuß bei der jeweiligen Fakultät weiter. Dieser Ausschuß entscheidet über den Antrag, wobei die Leistungen des Bewerbers auf seinem Studiengebiete berücksichtigt werden. Der Förderungsausschuß der Hochschule, dem Vertreter aller Fakultäten angehören, bestätigt entweder das Votum des Fakultätsausschusses, oder zieht in Zweifelsfällen die Entscheidung an sich.

Im ganzen gesehen wird zwischen einer Anfangsförderung und einer Hauptförderung unterschieden. Die Anfangsförderung stellt das eigentlich Neue an dem ganzen System dar, sie setzt bereits im ersten Semester ein und umfaßt die ersten anderthalb bis zwei Studienjahre. Die Höhe des monatlichen Stipendiums beträgt dabei etwa 150 DM, welches Geld nur während der Vorlesungszeit ausgezahlt wird. Die Anfangsförderung schließt mit einer eingehenden Prüfung der Studienleistungen ab. — Danach wird der Student in die Hauptförderung aufgenommen. Das Vollstipendium, d. h. ein Stipendium, dessen Höhe voraussetzt, daß die Eltern für die Studienkosten nicht aufkommen können, beträgt monatlich 200 DM, es wird ohne Unterbrechung während des ganzen Jahres gewährt. Am Ende der Studienzeit steht neben dem Empfang von Stipendien das Aufnehmen von Darlehen. — Die Erklärung der Westdeutschen Rektorenkonferenz vom März 1957 weist neben dem Stipendienwesen auf die Möglichkeit einer „mittelbaren" Förderung durch den Ausbau von Mensen und Wohnheimen hin. Über die Wohnungsnot in den Hochschulstädten braucht an dieser Stelle nichts gesagt werden. Die „Studentenbude" existiert nur noch an wenigen Stellen und stellt fast nur ein Requisit des 19. Jahrhunderts dar. Daneben erscheint es notwendig, an vielen Hochschulorten die Mensabetriebe weiter auszubauen. Dem Zustand, daß die Studenten in dem Keller der Universität essen müssen, daß man eine geraume Zeit damit verliert, sich bei der Essenausgabe anzustellen, um anschließend wiederum keinen Sitzplatz in den überfüllten Räumen zu finden, muß ein Ende gesetzt werden. Die Qualität der Speisen in den studentischen Gaststätten sollte durch Zuschüsse der öffentlichen Hand verbessert werden. Über Studentenhäuser, Studentenbüchereien und andere Einrichtungen ließe sich noch mancherlei sagen. — Eine Ansicht scheint sich in der letzten Zeit überall durchgesetzt zu haben, sie wurde von den Studentenwerken seit jeher vertreten, daß nämlich die Förderung der Studentenschaft mit allen ihren Maßnahmen a l s E i n h e i t gesehen werden muß. Es ist nur ein Teil erreicht, wenn man den einzelnen Studenten zwar mit Bargeld unterstützt, ihn aber in seiner Isolation verharren läßt. Die Maßnahmen der „mittelbaren" Förderung sollen im letzten dazu verhelfen, daß der Student im kleinen Kreise mit seinesgleichen zur Arbeit, zum Gespräch und zur Geselligkeit beisammen sein kann, daß er sich nicht nur als Teilnehmer akademischer Veranstaltungen belehrt und geduldet fühlt, sondern zu einem akademischen Bürger im vollen Sinne des Wortes heranwächst.

G. Kath

Mikrofilmaufnahmen
Der preisgünstige Weg zur Literaturbeschaffung
Photocopie Gesellschaft
WESTENDSTR. 47, Tel 77641

Es wird Sie interessieren . . .
was der ASMü-Sommer-Katalog auf **128 Seiten** Neues an Sport-Bekleidung, -Schuhen u. -Ausrüstung bringt.
ASMü-Katalog kostenlos!
Warenversand in alle Welt!
Sporthaus Schuster ASMÜ
MÜNCHEN · ROSENSTRASSE 6

PHILIPP HOLZMANN
AKTIENGESELLSCHAFT · FRANKFURT / MAIN
HOCHBAU - TIEFBAU - SPANNBETONBAU
INDUSTRIEBAU - STEINMETZBETRIEBE
ZIEGELEIEN

ROLF KERST
Inh.: E. Groß
Fachbuchhandlung für Rechts- und Wirtschaftswissenschaft
Klingerstraße 23 (zwischen Zeil und Gericht):
Sortiment und Antiquariat
Schloßstraße 81: Antiquariat
Aus unserem Antiquariat empfehlen wir besonders Vorauflagen von Palandt, BGB.

Der Zentral-Verlag für Dissertationen Trilsch - Düsseldorf-B, Jahnstraße 36, druckt Dissertationen preisgünstig. — Angebote unverbindlich!

De Te We
DEUTSCHE TELEPHONWERKE UND KABELINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT BERLIN
Technisches Büro · Frankfurt am Main
FERNSPRECH-ANLAGEN JEDER GRÖSSE
STARK- UND SCHWACHSTROMKABEL
UHREN UND SIGNALANLAGEN
FRANKFURT AM MAIN
Dantestraße 7
Fernsprech-Sammel-Nr. 773151

Offizier in der Bundeswehr

Ein Beruf, den viele junge Männer ernsthaft erwägen.
Wer sich dieser Aufgabe widmet, dient der Gemeinschaft seines Volkes in verantwortungsvoller Stellung.
Der Dienst in einer modernen. technisch hochentwickelten Truppe ist interessant und vielseitig.

Auch eine befristete Verpflichtung
als **OFFIZIER AUF ZEIT**
auf 3 bis 12 Jahre bietet günstige
Möglichkeiten.

Ausschneiden und in verschlossenem Briefumschlag unfrankiert einsenden!

An das BUNDESMINISTERIUM FÜR VERTEIDIGUNG (J) BONN, ERMEKEILSTRASSE

Ich bin deutscher Staatsangehöriger und interessiere mich für die Einstellung als ungedienter Bewerber für die Laufbahn des BERUFSOFFIZIERS / OFFIZIERS AUF ZEIT in der Deutschen Bundeswehr und bitte um Übersendung von Informationsmaterial.

Name und Vorname: _____ Alter: _____

Beruf: _____ Schulbildung:* _____

Wohnort: _____ Straße: _____

HEER / LUFTWAFFE / MARINE
Zutreffendes bitte unterstreichen

L/1

* Voraussetzung für die Einstellung als Offiziersbewerber ist Abitur oder entsprechender Bildungsstand. Für die Laufbahn des „Offizier auf Zeit" können auch Bewerber mit mittlerer Reife und abgeschlossener Berufsausbildung eingestellt werden.

Spaniens akademische Jugend will nicht länger schweigen

Von Hanns Eckart

Am 8. Februar 1956 drangen Hundertschaften der Falange in das Gebäude der Zentraluniversität Madrid in der Straße San Bernardo ein. Mit Stahlrohren, Sandsäcken und Gummiknüppeln versuchten sie einen Aufstand zu ersticken, der bisher mit geistigen Mitteln und mit dem Stimmrecht von Studenten gegen das falangistische Universitätssyndikat unternommen wurde. Es gab ein blutiges Gefecht zwischen den Anhängern des Systems und den Oppositionellen. Die Verletzten dieses Vormittags blieben nicht die einzigen. Am Tag darauf verbrennen Studenten öffentlich das Parteiorgan „Arriba", das sie als Bolschewisten verdächtigt hatte. Während die Führer des Universitätssyndikats (SEU) in der Medizinischen Fakultät die Ereignisse beraten, ziehen die Studenten in einem Demonstrationszug dorthin. Auf dem Weg dorthin treffen sie mit Falangisten zusammen. Die Falange stimmte ihre Hymne an, eine Schießerei beginnt. Die Falangisten sind wie die Polizei und die Armee zum Waffentragen berechtigt. Der Zwischenfall genügt der Regierung, um von einem Kommunistischen Anschlag zu sprechen, viele der Demonstranten zu verhaften und zum Teil schwer zu bestrafen und die Universitäten, deren Unterrichtsbetrieb unterbrochen ist, unter polizeiliche Bewachung zu stellen. Aber gleichzeitig werden der Erziehungsminister und der Generalsekretär der Falange ihrer Ämter enthoben.

Ein Jahr, nachdem Studenten in Madrid gegen das geistige und politische Monopol der Falange aufbegehrt und freie Wahlen für eine repräsentative Studentenvertretung gefordert hatten, sind neue Zeichen für die Unzufriedenheit spanischer Studenten mit dem politischen System zu bemerken.

Am 14. und 15. Januar stand die Polizei in den Straßen Barcelonas in Bereitschaft. Auf dem Gelände der Universität fand eine Kundgebung statt. Der Benutzerstreik gegen die Straßenbahn war die oberflächliche Ursache dafür. Einige der Studenten begannen die vorüberfahrenden Trambahnen und Omnibusse mit Steinen zu bewerfen; danach erstiegen sie den Turm des Gebäudes und läuteten eine Glocke. Eine andere Personengruppe schmähte vor dem Portal der Universität das Andenken des Gründers der Falange, José Antonio Primo de Rivera, indem sie öffentlich eine Fotografie von ihm zerriß und auf der Erde zerstreute. Danach rotteten sich plötzlich von verschiedenen Punkten des Platzes andere junge Leute „mit dem Aussehen von Studenten" zusammen und stürzten sich auf die anti-falangistischen Demonstranten. Auf dem gleichen Platz stand bewaffnete Polizei bereit, die nun das Universitätsgebäude räumte. Der Rektor selbst erschien, um sich bei dem anwesenden höheren Polizeichef für den Einsatz der Staatsgewalt zu bedanken. Außerhalb des Gebäudes verhaftete die Polizei verschiedene Personen. 34 Personen wurden festgenommen, davon 17 auf dem Universitätsgelände.

Angesichts der Vorfälle und „des Mangels an Disziplin" der Studenten beschloß der Senat der Universität Barcelona am 15. Januar einstimmig, die Vorlesungen im Hauptgebäude der Universität und in der Medizinischen Fakultät bis auf weiteres ausfallen zu lassen.

Mit diesen beiden Ereignissen wurde eine Krise der spanischen Universität sichtbar, die letztlich die schwache Stelle des falangistischen Systems aufzeigt. Denn der Aufruhr der Studenten, der aus der Friedhofsruhe des geistigen Spanien hervorbrach, war das Zeichen für den Beginn einer neuen Phase der inneren Auseinandersetzung.

Ein traditionelles Lied beklagt das Schicksal der alten Universität von Fonseca. Die Studenten sangen es, als sie am 9. Februar 1956 auf dem Boulevard Alberto Aguilera in Madrid den Falangisten gegenüberstanden:

Traurig und verlassen steht Fonseca
Traurig und verlassen steht die Universität
Und die Bücher werden
Im Leihhaus verpfändet.

Unter der Herrschaft des Generalissimus Franco ging das liberale Denken, das Spanien geistig mit dem modernen Europa verband, in die innere oder äußere Emigration.

Als das christliche Mitteleuropa noch kaum eine geistige Macht war, gediehen zwischen dem 9. und 11. Jahrhundert, am Hof des Kalifen von Cordoba im islamischen Andalusien, Philosophie und Dichtkunst, Mathematik, Astronomie und Geschichtswissenschaft, Kunst und Staatslehre. Bibliotheken von mehreren hunderttausend Bänden bargen den geistigen Besitz von Vergangenheit und Gegenwart. Die mohammedanischen, jüdischen und christlichen Gelehrten im mittelalterlichen Spanien, an den Akademien von Cordoba und Toledo, nahmen in gemeinsamer Arbeit bereits die Grundsätze der aufgeklärten Universität unserer Epoche, Toleranz und Freiheit der Forschung, vorweg. Im kastilischen Salamanca und im katalanischen Lerida blühte schon die civitas academica, als es die Universität Prag und Heidelberg noch gar nicht gab. Zur Blütezeit der Universität Salamanca studierten dort 6000 Studenten. 60 Professoren bildeten das Lehrerkollegium. Diese Universität brachte im 16. Jahrhundert jene bedeutenden Geister hervor, welche Spanien zum Mittelpunkt der westlichen Welt machten. In den darauf folgenden Jahrhunderten beengte die Kirche durch ihre inquisitorische Herrschaft das westliche Denken und die Wissenschaft in Spanien. Diese inquisitorische Tradition erlebt in der heutigen falangistischen Kulturpolitik eine späte Vollendung.

Seit der Mitte des 18. Jahrhundert kämpft die spanische Universität um ihre Befreiung vom dogmatischen scholastischen Geist. Zwangsweise Emeritation von Professoren durch die Krone, meistens auf Anraten der Kirche, waren nicht selten. Die liberale Revolution von 1868 förderte vorübergehend die Kräfte der Toleranz, aber ein weiteres Mal siegte die Restauration. In dieser drückenden Not wurde der Keim für eine Erneuerung des spanischen Bildungswesens gelegt. Unter dem bedeutenden Juristen und Volkserzieher Francisco Giner de los Rios gründeten die liberalen Professoren ohne Universität die „Institucion Libre de Ensenanza", das Institut für freie Lehre, das sich bald einen hervorragenden wissenschaftlichen Ruf erwarb.

Giner beeinflußte durch ganzheitliche Erziehungsmethoden die Pädagogik an den Grund- und Mittelschulen. Ortega y Gasset wirkte am Institut für freie Lehre. Dieses Institut hat für die spanische Kultur den Kontakt zu den europäischen Bildungsanstalten gepflegt. Kontakte wurden zu Oxford und Zürich, Göttingen und Paris geschaffen. Die Vereinigung zur Erweiterung der Studien (Junta para Amplicacion de Estudios) entsandte schließlich von 1907 an alljährlich eine Gruppe qualifizierter Studenten und Jungakademiker ins Ausland, trotz aller Angriffe der klerikalen Gegner.

1927 entstanden unter der Regierung des Generals Primo de Rivera repräsentative demokratische Studentenvertretungen (FUE), die aktiv den Kampf um die abermals bedrohte akademische Freiheit aufnahmen. Eine besonders klerikalistische Verordnung über die Prüfungen an Ordens-Hochschulen konnten die Universitäten, Studenten und Studentinnen durch offenen Widerstand zu Fall bringen.

Nur kurz war die Zeit der Republik, die auf ähnlich vulkanischem Untergrund errichtet war wie das Deutschland von Weimar. Der Bürgerkrieg von 1936 zerstörte die Ernte einer geistigen Renaissance, die Bemühung einer Generation der besten Geister Spaniens. Die Verfassung von 1931 hatte für das Land, dessen Bewohner zu einem Drittel Analphabeten waren, die kostenlose und obligatorische Grundschulbildung eingeführt. Die Erziehung war weltlich, wobei das Recht der Kirchen zur Verbreitung ihrer Lehre unberührt blieb. Die Studentenvertretungen, inzwischen zur Union Federal de Estudiantes Hispanos zusammengeschlossen, bauten in den folgenden fünf Jahren Wohnheime und Sportplätze, forcierten den internationalen Austausch und das Stipendienwesen und arbeiteten an einem geistigen Aufbau,

der gekennzeichnet wird etwa durch den berühmten Vortrag Ortega y Gassets über „Die Sendung der Universität". Noch 1947 wurden über ein Dutzend Persönlichkeiten zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie im Sinne der republikanischen FUE weiterzuarbeiten versucht hatten.

Am 29. Oktober 1933 gründete José Antonio Primo de Rivera, der Sohn des Diktators, die Falange-Bewegung, und vier Wochen später entstand ihre Studentenorganisation „Sindicato Espanol Universitario" (SEU). Die Faschisten begannen aktiv zu werden, und die Universitäten wurden von Aufruhr und Brandstiftungen heimgesucht, wobei es Verletzte und Tote gab. Die Situation kennzeichnet eine Äußerung, die der sozialistische Abgeordnete, Schöpfer der republikanischen Verfassung und Professor für Strafrecht Luis Jimenez de Asua 1934 getan haben soll: „Die Angehörigen der FUE haben niemals Waffen gebraucht. Jetzt ist es möglich, daß sie davon Gebrauch machen, und sie tun gut daran." Zwei Jahre später fiel er selbst einem Racheakt der Falange-Studenten zum Opfer — eine Tat, deren sich diese noch heute rühmen.

Der Bürgerkrieg kostete das spanische Volk mehr als eine Million Tote, er kostete Verwüstungen und den Verlust sozialer Errungenschaften. Noch immer ist der Lebensstandard der Arbeiter und Bauern niedriger als 1936, und die Löhne lagen nach einer Äußerung des Erzbischofs von Valencia noch in den letzten Jahren bis zu 50 Prozent unter dem Existenzminimum. Am schwersten aber lastet auf Spaniens Zukunft der Verlust seiner Geistesfreiheit und seiner Intelligenz. Zehntausende von Flüchtlingen aus Spanien eröffneten die große Irrfahrt der Heimatlosen und Vertriebenen dieses Jahrhunderts, und noch heute leben die besten Geister des Landes, Hochschullehrer, Künstler, Politiker, Literaten, irgendwo zwischen Paris und Mexiko City im Exil.

Mit der unheiligen Dreieinigkeit Partei — Kirche — Militär hat Franco den Liberalismus vertrieben. Der oft noch in der Mentalität der Inquisition befangenen Kirche gab er das Recht zur Beaufsichtigung des gesamten Bildungswesens. Ein Gesetz vom 29. Juli 1943 besagt: „Die Universitäten werden, beseelt von katholischem Empfinden, das ein wesentlicher Bestandteil der akademischen Tradition Spaniens ist, ihre Lehre katholischem Dogma und katholischer Moral und den Regeln des herrschenden kanonischen Rechts anpassen." „Die spanischen Universitäten nehmen den Ehrentitel und das Patronat des Heiligen Thomas von Aquin an, dessen Namenstag mit religiösen und akademischen Feierlichkeiten begangen wird." Und das Konkordat von 1953 fährt im Stile mittelalterlicher Orthodoxie fort: „Die geistlichen Orden werden frei ihrer Mission obliegen, die Erziehungsanstalten in allen Dingen der Reinheit des Glaubens, des Anstands und der religiösen Unterweisung zu beaufsichtigen. Die Mitglieder der Orden können Verbot oder Entfernung von Büchern, Schriften und anderen Dingen erwirken, die katholischem Dogma und katholischer Moral widersprechen."

Die katholische Kirche von Spanien ist in ihrer rigorosen und reaktionären Haltung mit keiner anderen in Europa zu vergleichen. Selbst in Zeiten der Restauration und unter General Primo de Rivera besaß die Kirche keine Zensurbefugnis, wie sie ihr der „Caudillo Spaniens und der Kreuzzüge" verliehen hat. Die Kirche gehört zu den Instanzen, ohne deren Genehmigung in Spanien kein Buch gedruckt werden kann — ausgenommen technische und rein wissenschaftliche Werke.

Unter dem ungünstigen Dreigestirn Partei — Kirche — Militär stehen auch die spanischen Universitäten. Wer Professor werden will, muß den Falangismus anerkennen. Das Universitätssyndikat (SEU) ist die einzige zugelassene Studentenorganisation und mithin offizielle Interessenvertretung. Die Studenten sind automatisch Mitglieder und gehören somit einer Gliederung der Falange an, deren Chef vom Staatschef eingesetzt wird und Funktionär des Erziehungsministeriums ist. Dem politischen Charakter des SEU widerspricht nicht die Aussage von SEU-Vertretern, daß die praktische Arbeit „unpolitisch" sei — da den unteren, gewählten Funktionären eigene politische Aktivitäten sogar verwehrt sind. Obwohl andere politische Studentengruppen nicht erlaubt werden, geben SEU-Funktionäre selbst indirekt die Existenz anderer (geistiger) „Gruppen" von Studenten bestimmter weltanschaulicher Richtung, etwa liberaler, zu. Den Studenten, meist der dünnen Oberschicht und der gehobenen Mittelklasse zugehörig, gewährt das System mit Bedacht eine gewisse Privilegierung. Die praktische Arbeit des Universitätssyndikates ist ungefähr dieselbe wie die der Allgemeinen Studentenausschüsse und Studentenwerke in Deutschland. Die finanzielle Unterstützung des Staates ist dabei beachtlich. Eine gewisse Zahl von Studenten wird in ein Colegio Mayor — ein Wohnheim — aufgenommen, bei freier Wohnung und Kost. In diesen Colegios vollzieht sich die „Persönlichkeitsbildung", maßgeblich von der Geistlichkeit gelenkt. Bei der Ableistung des Wehrdienstes sind die Studenten bevorzugt. Sie brauchen lediglich zwei Sommerferien lang zu dienen, wobei sie im ersten Jahr zum Feldwebel, im zweiten zum Unterleutnant avancieren, und schließlich nach dem Studium mit sechs Monaten Dienst als Offizier abgehen.

Wie wenig dennoch die wahren Bedürfnisse der Studenten erfüllt werden, zeigte das Ergebnis einer Umfrage, die 1955 unter der Ägide des Innenministeriums unter 400 Studenten von etwa zwölf Universitäten angestellt wurde. 70 Prozent der Befragten waren mit der politischen und sozialen Gestaltung ihres Vaterlandes Unzufrieden. Drei Viertel bezichtigten die Staatsverwaltung der Unfähigkeit. Ignoranz und Unmoral. Neunzig von Hundert meinten, daß sich in der Armee unfähiges und unwissendes Personal breit mache, das seine Zeit mit nutzlosem Bürokratismus verschwendet; über die Hälfte bezeichnete die Armee als unmoralisch. Das gleiche Verdikt fällte die Hälfte der Studenten gegen die Kirche, der sie äußeres Gepränge und Unterwürfigkeit gegenüber den Interessen des Besitzes vorwarfen, siebzig Prozent der Befragten besaßen kein Vertrauen zur Sozialpolitik der Kirche, und sechzig Prozent unterstellten, sie habe keinen Kontakt zu der arbeitenden Bevölkerung. Zwei Drittel der Studenten schließlich sind davon überzeugt, die Universitäten seien ihrer geistigen Führung beraubt, das beweise der geringe Stand intellektueller Ehrlichkeit und das mangelhafte Interesse der Professoren für ihre Lehraufgaben.

Im Oktober 1955 verstarb José Ortega y Gasset, der berühmte Denker des liberalen Spaniens, der „auf einer Rotationspresse geborene" Kastilier. Sein ganzes wissenschaftliches Leben war der Aufgabe gewidmet, das geistige Spanien in engem Kontakt zur freiheitlichen europäischen Tradition der Philosophie zu bringen. Dieser Ortega hatte als 29jähriger Professor der Philosophie im März 1914 von der Rampe eines Theaters in Madrid die innere Erneuerung Spaniens gefordert und Krone, Parteien, Klerus und Armee offen der geistigen Korruption beschuldigt. 1931 hatte er zusammen mit Perez de Ayala und Maranon die „Gruppe im Dienst der Republik" gegründet und dann unter dem Eindruck der Gewalttaten, welche den Bürgerkrieg einleiteten, eben dieser Republik die Treue aufgesagt. Der Gründer der Falange berief sich auf seine Ideen, während er selbst, der leidenschaftliche Individualist, als Gegner des Regimes ins Exil ging.

Obwohl der berühmte Gelehrte nach seiner späten Rückkehr zurückgezogen von der Öffentlichkeit lebte, ließ sein Tod der jungen Generation plötzlich ihre ganze Not bewußt werden. Studenten schmückten den Toten mit einem Lorbeerkranz, und einer von ihnen sprach: „Dies ist die Huldigung einer Generation von Studenten, die keine Universität hat."

Zum Gedächtnis des toten Philosophen sprach am 18. November 1955 in der Universität Madrid Gregorio Maranon. In seinem Vortrag bekannte er sich als liberal, und spontaner, brausender Beifall hunderter von Studenten antwortete ihm. Ein geistiges Aufbegehren wurde hier sichtbar, das sich längst über jene Barrieren hinweggesetzt hatte, welche die Zensur dem kranken Ortega mit dem Verbot von Würdigungen seines Werks und mit Verdächtigungen als Kommunistenfreund zu setzen versuchte.

Pedro Lain Entralgo, der Rektor der Universität Madrid, einer der angesehensten Intellektuellen in der Falangebewegung, veröffentlichte eine Schrift über die geistige Situation der Universitätsstudenten, worin er auf deren Unzufriedenheit aufmerksam machte und unverzügliche Schritte zur Verbesserung des politischen Systems und der Möglichkeiten freien Sprechens und Schreibens verlangte. Die junge Generation, die jetzt etwa sechzig Prozent der Bevölkerung ausmache, so führte Professor Lain aus, akzeptiere nicht mehr die offizielle Rechtfertigung der Zensur, daß nur durch sie ein

politisches Chaos vermieden werde. Diese Beschränkung des geistigen Lebens diene lediglich der Sicherung der oberen Klassen, deren Verhalten zu wünschen übrig lasse. Die Jugend Spaniens widersetze sich diesen Mißbräuchen und verlange nach „größerer sozialer Gerechtigkeit und angemessener Beteiligung am staatlichen Leben, sowie einer Erweiterung der Berufschancen, die heute für die Mehrheit unserer Jugend so sehr begrenzt sind".

In seiner Neujahrsbotschaft warnte der Staatschef dagegen vor einer Liberalität, der nicht Glanz und Charme fehle, von der aber ein Geruch von Freimaurerei ausgehe, wie er aus den Jahren des Unglücks vertraut sei. Die Intellektuellen hätten die Aufgabe, diesen falschen Anschauungen zu begegnen, denn: „Es genügt für uns nicht, Recht zu haben, im Kampf der Ideen kommt es darauf an, zu siegen." Zugleich warnte Franco vor den Gefahren des Radios, des Films und des gedruckten Worts, „welche teilweise die Fenster unserer Festung öffnen und damit die Reinheit unserer Mission gefährden". Den Eltern, den religiösen Orden, den Professoren trug er auf, der jungen Generation die Gefährlichkeit eitlen Selbstvertrauens zu zeigen.

Am 1. Februar 1956 richteten 3000 Studenten der Universität Madrid einen offenen Brief an den Erziehungsminister und den Generalsekretär der Falange, worin sie die Einberufung eines Nationalen Studentenkongresses für April verlangten, der den Grundstein für eine wirklich repräsentative Studentenorganisation legen sollte. Die Vertreter der Studentenschaft sollten in freier geheimer Wahl ermittelt werden; der Staat die äußeren Voraussetzungen zur Abhaltung des Kongresses schaffen. „Die Mehrheit der spanischen Studenten", so hieß es in der Resolution, „hält die gegenwärtige Lage unserer Universitäten, die in Trägheit und Erniedrigung verharren, für nicht mehr länger tragbar. Unsere materielle Verfassung ist kläglich, unser geistiger Standard mittelmäßig, eine große Gruppe der hervorragenden Wissenschaftler wurde aus ideologischen und persönlichen Gründen verbannt, und unsere Berufsaussichten sind voller Unsicherheit. SEU beruht auf einem künstlichen Aufbau, der jede echte Vertretung der Studenten verhindert. Diese Behinderung erklärt den Mißerfolg unserer Anstrengungen, die Arbeit der Universitäten zu verbessern, und das Gefühl der Demütigung, das uns stets widerfährt, sobald wir mit Studenten anderer Länder zusammentreffen."

Der Rektor der Universität Madrid gestattete freie Wahlen, die in der ersten Februar-Woche bei den Studenten des ersten Studienjahres in der Juristischen Fakultät begannen. Unter zwanzig Studentenvertretern wurde nur ein Kandidat von SEU gewählt. Das zweite Studienjahr folgte, und nur zwei Falangisten erhielten unter 20 Delegierten das Vertrauen. Am 7. Februar gab SEU bekannt, die Wahlen in den übrigen Studienjahren wären auf unbestimmte Zeit verschoben. Fünfzig Falangisten hatten sich um die Bekanntmachung herum aufgestellt, und es kam zum ersten Zusammenstoß mit den unabhängigen Studenten. Am nächsten Tag kündigte das SEU-Organ „Noticia", das sich noch kurz vorher über „Heimwehkranke, Argwöhnische, Altersschwache" lustig gemacht hatte, an, das Universitätssyndikat begrüße jede neue Unruhe, solange sie in der eigenen Organisation sich vollziehen werde „aber niemals den allergeringsten Angriff auf die Falange, Spanien oder die Gerechtigkeit ertragen". 500 bewaffnete Falangisten drangen in den Hof der Juristischen Fakultät ein, und ihre Auseinandersetzung mit der Studentenschaft wurde allzu spät von der Polizei mit Tränengas beendet.

Am 9. Februar, dem falangistischen „Tag des gefallenen Studenten", kam es zu jenem Zusammenstoß, der ein Todesopfer forderte. Die Universität wurde geschlossen, Hunderte von Studenten und einige Intellektuelle, darunter der Filmregisseur Juan Antonio Bardem, wurden verhaftet. Sieben Studenten, die als Anstifter zu dem offenen Brief galten, wurden auf die Kanarischen Inseln verbannt. Lain Entralgo und sein Kollege Antonio Tovar, Rektor der Universität Salamanca, mußten zurücktreten, aber auch der Generalsekretär, der Falange, Fernandez Cuesta und Erziehungsminister Ruiz Gimenez wurden ihrer Ämter enthoben. Fünf Zeitschriften, die noch etwas wie ein geistiges Spanien repräsentiert hatten, wurden verboten: Insula, Indice, Aldebaran, Objetivo und die literarische Studentenzeitschrift Alcala. Die akademische Jugend hatte bewiesen, daß die jahrelange Erziehung des falangistischen Systems die Freiheit nicht auslöschen konnte. Außerdem war sich die politische Führerschicht selbst nicht mehr einig über die eigenen Prinzipien. Pilar Primo de Rivera, die Schwester des Gründers der Falange, erklärte auf einer Frauenversammlung der Partei: „Wir haben versucht, in der Periode seit der großen Erhebung des Bürgerkrieges eine reinere, schönere und gerechtere Nation in Spanien zu erschaffen. Aber Mittelmäßigkeit richtet uns zugrunde. Es erscheint uns unmöglich, uns aus dem Wirrwarr von Gemeinheit und Stagnation zu erheben."

Das falangistische System soll durch den Einbau konstitutioneller Elemente die Krise überwinden. Am 1. Oktober 1956 verkündete Parteiminister Arrese auf der Gedenkfeier anläßlich des 20. Jahrestages der Ausrufung Francos zum Staatschef den Entwurf einiger bemerkenswerter Reformen, darunter die Trennung der Ämter von Staatschef und Regierungschef und die Einführung von Wahlen für bestimmte Funktionen der Staatspartei. Selbstverständlich ändert sich damit nichts an den Grundsätzen, die Außenminister Artajo bei anderer Gelegenheit (1952) mit der Unterscheidung von sogenannten substantiellen, beziehungsweise sekundären Freiheiten darlegte. Zu den substantiellen Freiheiten zählt er die Freiheit der Anbetung Gottes, der Familie und der Kindererziehung, die Freiheit der Arbeit und die Bewegungsfreiheit des Menschen in Würde und Unabhängigkeit. Die „sekundären" Freiheiten würden im Gegensatz zu diesen von der spanischen Regierung nicht gefördert. Es könne daher in Spanien keine Parteien, keine Streiks und keine Pressefreiheit im demokratischen Sinne geben.

In dieser Begrenzung werden sich daher auch Reformen halten, welche das Universitätssyndikat gegenwärtig vorbereitet; Verbote allein sind eine allzu unsichere Politik, deshalb versucht man die einmal ausgebrochene Bewegung einzufangen und umzulenken. Ein Jahr später, als es die Madrider Studenten gefordert hatten und gewiß unter anderem Vorzeichen, wird so tatsächlich ein nationaler Studentenkongreß stattfinden. 1953 war zum erstenmal ein Nationalkongreß des SEU zusammengetreten, und zwei ausländische Beobachter hatten davon zu rühmen gewußt, daß immerhin „zahlreiche Abänderungsanträge" ... angenommen worden seien. Nach der neuen Satzung, die von der beratenden Junta des SEU-Chefs gutgeheißen wurde und voraussichtlich im Mai 1957 einem Nationalkongreß des SEU zur Verabschiedung vorgelegt werden wird, soll der Nationalkongreß zum verfassungsmäßigen Kontrollorgan des SEU-Chefs werden, das jährlich einmal in Funktion tritt.

Daß damit wesentliche Kriterien demokratischen Aufbaus, wie etwa die Wahl dieses Chefs selbst, weiterhin umgangen werden, kann nicht genug betont werden. Und die Frage bleibt bestehen, ob sich die Opposition an Spaniens Universitäten durch Zugeständnisse wird zum Schweigen bringen lassen. Franco selbst dürfte wenig Vertrauen zu geistiger Auseinandersetzung verspüren. Am ersten Jahrestag des Todes von Ortega y Gasset ließ er nicht nur jede Feierlichkeit, sondern auch die üblichen Erinnerungsanzeigen in der Presse verbieten. Als Studenten jüngst für die Freiheit Ungarns demonstrierten, standen in Seitenstraßen Wasserwerfer bereit — denn die Autoritäten wußten wohl, daß eine Demonstration für die Freiheit des Donau-Landes eigentlich eine Demonstration für die unteilbare Freiheit ist. Wenn im Mai 1957 der Nationalkongreß des Universitätssyndikates abgehalten wird, werden immer noch Studenten im Gefängnis sitzen, weil sie ein Jahr zuvor einen freiheitlichen Nationalkongreß der Studenten Spaniens gefordert hatten.

4. für die Übung im Öffentlichen Recht für Vorgerückte
Kirchenrecht
ausländisches Öffentliches Recht
(weitere Spezialvorlesungen).

Im übrigen ergeben sich die Namen der vor den Übungen zu hörenden Vorlesungen aus der Bezeichnung der betreffenden Übung.

Über die erfolgreiche Teilnahme an einer Übung wird ein Zeugnis (Übungsschein) erteilt, wenn zwei schriftliche Arbeiten — unter denen sich mindestens eine Hausarbeit befinden muß — mit „ausreichend" oder besser beurteilt wurden. Jedoch können im Einzelfall auch höhere Anforderungen gestellt werden. Diese werden bei Beginn oder während der Übung bekanntgegeben. Laut Fakultätsbeschluß wird zur Übung im Bürgerlichen Recht für Anfänger seit Beginn des Wintersemester 1956/57 nur zugelassen, wer sich mindestens im 3. Fachsemester befindet.

Unter den 6 Übungsscheinen, die bei der Meldung zur 1. juristischen Staatsprüfung vorzulegen sind, sollen sich Zeugnisse über die Übungen im Bürgerlichen und Öffentlichen Recht für Vorgerückte sowie im Strafrecht befinden. Daneben werden jedoch auch die Zeugnisse aus den Übungen im Bürgerlichen und Öffentlichen Recht für Anfänger voll angerechnet.

Im Rahmen des ordnungsmäßigen Studiums der Rechte ist ein praktischer Ausbildungsdienst bei Gericht, der sich über mindestens 6 bis 8 Wochen erstreckt, für die Zulassung zur ersten juristischen Staatsprüfung erforderlich. Er soll möglichst vor dem Studium, spätestens bis zum 3. Semester während der Universitätsferien abgeleistet werden, und gilt nur mit der Erteilung eines Zeugnisses über erfolgreiche Teilnahme als abgeschlossen. Sinn des Ausbildungsdienstes ist, dem Studenten einen Einblick in den Ablauf des Zivil- und Strafverfahrens sowie in die Einrichtungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu verschaffen.

Das Studium soll keine Fachausbildung in Gesetzeskunde, sondern ein wissenschaftliches Eindringen in das Recht, die Gesetzgebung und Rechtsprechung sein. Das Recht als überzeitliche und überstaatliche Kulturerscheinung muß im Mittelpunkt stehen. Es wird daher der allgemeinen Rechtslehre, der Rechtsphilosophie in Verbindung mit der allgemeinen Philosophie, der Rechtsgeschichte und der Rechtsvergleichung entscheidende Bedeutung beigemessen. Der Bewerber soll sich mit den Grundlehren der Rechtsphilosophie der Antike, des Mittelalters, der Neuzeit und der Gegenwart aus den Quellen vertraut gemacht haben. Außerdem wird von dem Bewerber eine ausreichende Kenntnis auf dem Gebiet der Volkswirtschaftslehre einschließlich der Finanzwissenschaft und auf dem Gebiet der politischen Geschichte Deutschlands und der Welt verlangt, so daß er einen Nachweis seines Wissens in bezug auf die geisteswissenschaftlichen, soziologischen und wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart und ihre Grundlagen abgeben kann.

Der Bewerber kann sich bei dem Prüfungsamt melden, in dessen Bezirk seine Heimat ist oder er 2 Semester studiert hat.

Der Meldung sind beizufügen: a) das Reifezeugnis einer deutschen höheren Lehranstalt, b) Bescheinigungen der Universitätsbehörden über die Vorlesungen, die der Bewerber belegt hat (Studienbuch!) und über die Übungen, an denen er teilgenommen hat (Übungsscheine!), c) die Abgangszeugnisse der Universitäten und ein Führungszeugnis der letzten Universität, wenn der Bewerber ihr noch angehört, d) eine Erklärung darüber, ob der Bewerber gerichtlich oder disziplinarisch bestraft oder gegen ihn ein Verfahren anhängig ist oder gewesen ist, e) die Versicherung, daß der Bewerber um die Zulassung bisher bei keinem anderen Prüfungsamt nachgesucht hat, oder die Angabe, wann und wo dies geschehen ist, f) ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf. Der Bewerber kann aus den Prüfungsfächern eines oder mehrere bezeichnen, aus denen er die Aufgabe für die häusliche Arbeit zu erhalten wünscht.

Die Prüfung erstreckt sich auf die Allgemeinbildung, das politische Wissen und folgende Studienfächer: Rechtsphilosophie, allgemeine Rechtslehre und Methodik, Rechtsgeschichte, Verfassungsrecht, Staats- und Verwaltungsrecht, Privatrecht (einschließlich des römischen Rechts und des Handelsrechts), Arbeits- und Sozialrecht, Strafrecht, Völkerrecht und internationale Organisationen, Zivil- und Strafprozeßrecht, sowie die Grundzüge des internationalen Privatrechts, Kirchenrechts, Zwangsvollstreckungsrechts einschließlich des Konkurses, der Wirtschaftswissenschaften einschließlich der Soziologie.

Die Prüfungsgebühr beträgt 100,— DM. Sie ist an die Oberjustizkasse bei dem Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. zu zahlen. Die Bescheinigung über die Zahlung ist dem Zulassungsgesuch beizufügen. Wird der Bewerber zur Prüfung nicht zugelassen, so wird ihm der eingezahlte Betrag erstattet. Endet das Prüfungsverfahren vor dem Beginn der mündlichen Prüfung, so ermäßigt sich die Gebühr um die Hälfte; dies gilt jedoch nicht, wenn der Prüfung gemäß § 23 der Juristischen Ausbildungsordnung (Täuschungsversuch) von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen wird. Der Bewerber soll sich im Anschluß an sein Universitätsstudium, jedenfalls innerhalb dreier Monaten nach Abschluß des letzten Studienhalbjahres zur Prüfung melden. Die genauen Meldefristen werden in Frankfurt jeweils durch Aushang am Anschlagbrett der Fakultät bekanntgemacht. Der Präsident des Prüfungsamtes kann aus wichtigen Gründen eine spätere Meldung gestatten oder eine verspätete Meldung zulassen. Bei der Versäumung der Meldefrist hat der Bewerber sein Rechtsstudium ein weiteres Studienhalbjahr fortzusetzen.

Gang der Prüfung: Die erste rechtswissenschaftliche Staatsprüfung gliedert sich in drei Abschnitte: a) eine schriftliche Hausarbeit, b) 5 schriftliche Arbeiten, die unter Aufsicht anzufertigen sind, c) die mündliche Prüfung.

a) **Die häusliche Arbeit** besteht aus der schriftlichen Bearbeitung einer Aufgabe, die einem der rechtswissenschaftlichen Prüfungsgebiete entnommen ist. Sie soll dem Prüfling Gelegenheit geben, darzutun, daß er fähig ist, sich auf Grund der Gesetze unter Berücksichtigung des Schrifttums und der Rechtsprechung ein Urteil zu bilden und seine Ansicht in geordneter Gedankenfolge sprachlich gewandt zu begründen. Der Prüfling hat die häusliche Arbeit binnen 6 Wochen abzuliefern und ihr die Versicherung hinzuzufügen, daß er sie ohne fremde Hilfe angefertigt und sich anderer als der von ihm angegebenen Hilfsmittel nicht bedient habe. Zur Wahrung der Frist genügt die durch Poststempel nachgewiesene rechtzeitige Aufgabe bei einem Postamt. Der Bewerber kann die von ihm gestellte Aufgabe vor Ablauf der Frist einmal zurückgeben mit der Wirkung, daß ihm eine andere Aufgabe gestellt wird. Wird die Ablieferungsfrist versäumt, so ist die Prüfung nicht bestanden.

b) **Die 5 schriftlichen Arbeiten** hat der Prüfling im Anschluß an die Hausarbeit unter Aufsicht anzufertigen. Für jede dieser Arbeiten stehen dem Prüfling 5 Stunden zur Verfügung. An je einem Tage sind zu bearbeiten: 1. eine Aufgabe aus dem Gebiete des Bürgerlichen Rechts, 2. eine Aufgabe aus dem Gebiete des Strafrechts, 3. eine Aufgabe aus dem Gebiete des Handels-, Arbeits- oder Wirtschaftsrechts, 4. eine Aufgabe aus dem Gebiete des Staats- oder Verwaltungsrechts, 5. eine Aufgabe aus dem Gebiete der Volkswirtschaft oder aus den unter 1. und 3. bezeichneten Rechtsgebieten. (In Frankfurt a. M. wird die 5. Aufgabe im Gegensatz hierzu in der Regel aus dem Gebiete des Zivilprozeßrechts gestellt. Außerdem kann an Stelle eines praktischen Rechtsfalles auch ein Aufsatzthema gegeben werden.) Es darf nur der Gesetzestext benutzt werden. Der Gebrauch anderer Hilfsmittel ist verboten. Die Aufsicht bei der Anfertigung der Arbeiten führt ein Mitglied des Prüfungsamtes oder ein anderer Richter oder Staatsanwalt, der von dem Präsidenten des Prüfungsamtes bestellt wird. Der Prüfling hat die Arbeiten spätestens bei Ablauf der Bearbeitungsfrist mit seiner Unterschrift versehen an den Aufsichtsbeamten abzugeben. Prüflinge, die sich eines Täuschungsversuchs oder eines erheblichen Verstoßes gegen die Ordnung schuldig machen, kann der Aufsichtsbeamte von der Fortsetzung der Arbeit ausschließen. Gibt der Prüfling eine Aufsichtsarbeit nicht ab oder erscheint er ohne genügende Entschuldigung zur Anfertigung einer Arbeit nicht, so wird diese Arbeit mit ungenügend bewertet.

Die schriftlichen Arbeiten werden von allen Mitgliedern des Prüfungsausschusses vor der mündlichen Prüfung begutachtet. (wird fortgesetzt)

Übersicht über die Prüfungsordnungen

der Fachrichtungen sämtlicher Fakultäten an den Universitäten des Landes Hessen

Der DISKUS veröffentlicht an dieser Stelle in ständigem Wechsel die Prüfungsordnungen sämtlicher Fachrichtungen der Fakultäten der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Darüber hinaus gibt der DISKUS — vornehmlich für die jüngeren Semester — einige Empfehlungen zur zweckmäßigen Gestaltung des Studienganges.

PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT

A. Prüfungsordnung für das wissenschaftliche Lehramt an höheren Schulen im Lande Hessen

Die Prüfung für das wissenschaftliche Lehramt an Höheren Schulen gliedert sich in zwei Abschnitte: die wissenschaftliche Prüfung und die pädagogische Prüfung.

1. In der wissenschaftlichen Prüfung soll der Bewerber nachweisen, daß er für das Lehramt an Höheren Schulen wissenschaftlich befähigt und vorgebildet ist. Diesen Nachweis hat er nach den Forderungen dieser Prüfungsordnung zu erbringen, und zwar

a) durch eine allgemeine Prüfung in Philosophie, Pädagogik und Politik, b) durch Prüfungen in den einzelnen Unterrichtsfächern (hat der Bewerber eines der Unterrichtshauptfächer Deutsch, Latein, Griechisch, Englisch, Französisch und Mathematik gewählt, so wird er in zwei Fächern geprüft. Befindet sich unter den Fächern des Bewerbers keines der vorgenannten Hauptfächer, so wird er in drei Fächern geprüft.)

2. In der pädagogischen Prüfung soll der Bewerber zeigen, daß er den besonderen Erziehungs- und Bildungsaufgaben der Höheren Schule gewachsen ist.

Die wissenschaftliche Prüfung

wird im Anschluß an das Universitätsstudium abgelegt.

Für die Zulassung ist erforderlich der Besitz eines Reifezeugnisses, der Nachweis über ein ordnungsmäßiges Studium von mindestens acht Semestern an der Philosophischen oder Naturwissenschaftlichen Fakultät einer deutschen Hochschule, sowie eine Bescheinigung darüber, daß der Bewerber während seiner Studienzeit drei Monate den Schuldienst, davon mindestens einen Monat den an einer höheren Schule, kennengelernt hat.

Zum Nachweis eines ordnungsmäßigen Studiums wird gefordert, daß der Bewerber die notwendigen Fachvorlesungen sowie die für die allgemeine Prüfung in Philosophie, Pädagogik und Politik erforderlichen Vorlesungen gehört hat, und daß er in seinen Studienfächern sowie in Philosophie, Pädagogik und Politik an wissenschaftlichen Übungen mit Erfolg teilgenommen hat.

Bewerber, deren Reifezeugnis in Latein oder Griechisch oder Hebräisch keine Note aufweist, müssen spätestens im vierten Semester ablegen: a) das Latinum für die Studienfächer Religion, Deutsch, Geschichte, Französisch, Englisch, b) das Graecum für Religion und Latein, c) das Hebraicum für Religion.

Diese Forderungen gelten nur, wenn die Lehrbefähigung für die Oberstufe erstrebt wird. Wer die Lehrbefähigung in Deutsch erwerben will, muß nachweisen, daß er mindestens an einer sprechtechnischen Übung teilgenommen hat. Für die Fächer Erdkunde, Physik, Chemie und Biologie ist die Übung im praktischen Arbeiten durch entsprechende Bescheinigungen nachzuweisen. Die Forderung erstreckt sich für a) Erdkunde auf Teilnahme an Lehrausflügen und Übungen im Entwerfen von Kartenskizzen; b) Physik auf Arbeiten im Laboratorium mit dem Ziel, wichtige Apparate und Arbeitsmethoden kennenzulernen und Erfahrung in der Ausführung messender und darstellender physikalischer Versuche zu gewinnen; Handfertigkeit in Holz- und Metallbearbeitung sowie Glasblasen ist erwünscht; c) Chemie auf Ausführung von praktischen Arbeiten und Unterrichtsversuchen sowie auf technologische Besichtigungen; d) Biologie auf Präparieren von Pflanzen und Tieren, die mikroskopische Technik einschließlich Mikroprojektion, Projektion, Filmvorführung, Photographieren, zeichnerische Wiedergabe selbstgefertigter Präparate, Teilnahme an Lehrausflügen.

Bewerber um die Lehrbefähigung in Leibeserziehung müssen das Zeugnis über die bestandene Vorprüfung sowie Bescheinigungen des Hochschulinstitutes für Leibeserziehung über regelmäßige praktische Betätigung während ihres ganzen Studiums vorlegen.

Prüfungsgegenstände sind: für alle Bewerber Philosophie, Pädagogik und Politik in der allgemeinen Prüfung; für die einzelnen Bewerber zwei bzw. drei der folgenden Unterrichtsfächer: Religion, Deutsch, Latein, Griechisch, Hebräisch, Englisch, Französisch, Geschichte, Erdkunde, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Leibeserziehung. Hebräisch ist bei Bewerbern, die zwei Lehrbefähigungen erstreben, nur zusätzlich möglich. Außerdem können als Zusatzfächer gewählt werden, soweit dafür Prüfende vorhanden sind: Philosophie, Pädagogik, Politik, Geschichte der Kunst des Mittelalters und der Neuzeit, Musikwissenschaft, Italienisch, Spanisch.

Schriftliche Arbeiten

Zur häuslichen Bearbeitung erhält der Bewerber als Hauptarbeit eine Aufgabe aus einem seiner wissenschaftlichen Fächer für die Oberstufe, als zweite Arbeit eine aus Philosophie, Pädagogik oder Politik nach seiner Wahl. Für die Anfertigung der Arbeiten wird eine Frist von vier Monaten gesetzt, die von der Zustellung der Aufgaben an rechnet. Auf einen spätestens vierzehn Tage vor Ablauf der Frist vorgelegten begründeten Antrag hin kann der Vorsitzende eine Nachfrist von sechs Wochen bewilligen. Weitere Verlängerung ist ausgeschlossen. Wird die Frist nicht eingehalten, so gilt die Prüfung als nicht bestanden. Weist der Bewerber jedoch nach, daß er die Frist ohne sein Verschulden versäumt hat, so werden ihm auf Antrag neue Aufgaben mit derselben Frist gestellt. Wird auch für diese Arbeiten die Frist versäumt, so gilt die Prüfung endgültig als nicht bestanden. Am Schluß jeder Arbeit hat der Bewerber zu versichern, daß er sie selbständig verfaßt und keine anderen Hilfsmittel als die angegebenen benutzt hat.

In jedem Fach ist vor der mündlichen Prüfung mindestens eine schriftliche Arbeit unter Aufsicht in höchstens vier Stunden anzufertigen. In den alten Sprachen ist die Übersetzung nebst sprachlicher und sachlicher Erläuterung eines fremdsprachigen Textes zu fordern. Eine Übersetzung aus dem Deutschen in die Fremdsprache darf nicht verlangt werden. In den neueren Sprachen ist die Aufgabe so zu stellen, daß ihre Bearbeitung die Fähigkeit des Bewerbers zeigt, sich in der Fremdsprache richtig auszudrücken. Diese Fähigkeit kann erwiesen werden durch eine Abhandlung oder eine Übersetzung in die Fremdsprache oder ein Diktat eines fremdsprachigen Textes, der in der Fremdsprache zu erläutern ist. Der Bewerber um die Lehrbefähigung in Physik für die Oberstufe muß außer der physikalischen eine zweite Aufgabe aus der Mathematik bearbeiten, falls er nicht auch die Lehrbefähigung in Mathematik erstrebt. Die schriftlichen Arbeiten unter Aufsicht sind in zwei Wochen im Zusammenhang mit der mündlichen Prüfung zu erledigen.

Wenn nach den schriftlichen Arbeiten eines Bewerbers bereits feststeht, daß ein ausreichendes Ergebnis der Prüfung nicht zu erwarten ist, so kann der Vorsitzende des wissenschaftlichen Prüfungsamtes ihn von der mündlichen Prüfung zurückweisen und die Prüfung für nicht bestanden erklären. Diese Entscheidung gilt auch dann, wenn der Bewerber seinen Rücktritt von der Prüfung erklärt. Der Vorsitzende muß den Bewerber auch dann von der mündlichen Prüfung zurückweisen und die Prüfung für nicht bestanden erklären, wenn sich nachträglich an der sittlichen Unbescholtenheit des Bewerbers begründete Zweifel ergeben haben.

Zur mündlichen Prüfung und den mit ihr verbundenen Arbeiten unter Aufsicht lädt der Vorsitzende des wissenschaftlichen Prüfungsamtes den Bewerber schriftlich ein. Kann der Bewerber zu dem angegebenen Zeitpunkt nicht erscheinen, so hat er dies unter Angabe der Gründe bis spä-

stens acht Tage vor der Prüfung dem Vorsitzenden zu melden. Der Vorsitzende entscheidet, ob die vorgebrachten Gründe es rechtfertigen, den Zeitpunkt zu verschieben. Läßt der Bewerber den angesetzten Zeitpunkt ohne rechtzeitige Mitteilung verfallen, so ist die Prüfung für nicht bestanden zu erklären.

Die einzelnen Fächer der mündlichen Prüfung können auf mehrere Tage verteilt werden. Die gesamte mündliche Prüfung eines Bewerbers soll jedoch in einer Woche erledigt sein. Die Verteilung der Prüfung auf einen längeren Zeitraum ist nur auf Grund eines amtsärztlichen Zeugnisses zulässig. Die Gesamtprüfung muß in einem Monat beendet sein. Jeder Bewerber ist einzeln zu prüfen. Die Prüfungszeit für jedes Fach beträgt in der Regel eine Stunde, für die allgemeine Prüfung in Philosophie, Pädagogik und Politik 45 Minuten.

Das Ergebnis der Prüfung ist für jedes Fach unmittelbar nach jeder einzelnen mündlichen Prüfung auf Grund aller Unterlagen von den Prüfenden und den Beisitzern festzustellen und in eines der Urteile „sehr gut" (1), „gut" (2), „befriedigend" (3), „ausreichend" (4), „mangelhaft" (5) und „ungenügend" (6) zusammenzufassen. Das Gesamturteil der Prüfung ergibt sich aus den Ergebnissen der einzelnen Teilprüfungen und ist mit einer der Noten „mit Auszeichnung" (1), „gut bestanden" (2), „befriedigend bestanden" (3) und „bestanden" (4) zu bezeichnen. Hat der Bewerber die Prüfung bis auf ein Fach bestanden, so kann er innerhalb eines Jahres, vom Zeitpunkt der mündlichen Prüfung ab gerechnet, eine Ergänzungsprüfung in diesem Fach ablegen, ohne daß die Prüfung für nicht bestanden erklärt wird. Besteht der Bewerber die Ergänzungsprüfung nicht oder legt er sie nicht in der bezeichneten Zeit ab, so ist die Gesamtprüfung für nicht bestanden zu erklären. Die Ergänzungsprüfung kann nur einmal abgelegt werden. Ist die Gesamtprüfung nicht bestanden, so kann sie einmal vor dem wissenschaftlichen Prüfungsamt, vor dem die erste Prüfung abgelegt wurde, wiederholt werden. Für die Wiederholungsprüfung können die schriftlichen Hausarbeiten angerechnet werden. Auch sonst können ausreichende Leistungen der ersten Prüfung in den einzelnen Fächern berücksichtigt werden. Die Wiederholung muß spätestens zwei Jahre nach der ersten mündlichen Prüfung erfolgen.

Geistliche, die nach Ablegung aller zur Bekleidung ihres Amtes erforderlichen Prüfungen und nach Erlangung der Ordination oder Priesterweihe mindestens zwei Jahre in der Seelsorge oder im Schuldienst tätig waren, erhalten das Zeugnis über die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an Höheren Schulen, wenn sie in einer mündlichen Prüfung ihre Befähigung für den Religionsunterricht auf der Oberstufe und durch die schriftlichen Arbeiten unter Aufsicht sowie die mündliche Prüfung die Lehrbefähigung in einem Unterrichtshauptfach oder in zwei anderen Fächern nachweisen. Erstreben sie statt Religion ein anderes Fach für die Oberstufe, so haben sie dafür eine schriftliche Hausarbeit anzufertigen.

Die Gebühren betragen für die erste Prüfung und die Wiederholungsprüfung je 80,— DM, für jede Ergänzungs- und Erweiterungsprüfung 40,— DM. Für Verteilung der mündlichen Prüfung auf einen längeren als den vorgeschriebenen Zeitraum ist ein Zuschlag von 20,— DM für jedes Fach zu zahlen. Die Gebühren sind sofort bei der Meldung an die für das wissenschaftliche Prüfungsamt zuständige Kasse zu zahlen. Die Zulassung wird erst nach erfolgter Zahlung ausgesprochen. In Fällen besonderer Notlage kann der Vorsitzende Teilzahlung oder Stundung von Prüfungsgebühren bewilligen. Wird die Zulassung versagt, werden die eingezahlten Gebühren zurückerstattet. Tritt der Bewerber vor der mündlichen Prüfung zurück und weist nach, daß Krankheit oder andere außergewöhnliche Umstände ihn dazu zwingen, so ist ihm die Hälfte der gezahlten Gebühren zurückzuerstatten. In allen anderen Fällen bleiben die eingezahlten Gebühren verfallen, gleichviel, ob die Prüfung zu Ende geführt wird oder nicht.

B. Promotionsordnung für die Philosophische Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main

Die Philosophische Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main verleiht den akademischen Grad eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.) nur im normalen Promotionsverfahren nach ordnungsmäßigem Studium auf Grund einer vom Bewerber verfaßten und mit Genehmigung der Fakultät durch den Druck veröffentlichten Abhandlung (Dissertation) und nach Ablegung einer mündlichen Prüfung (Rigorosum).

Das Gesuch um Zulassung zur Promotion ist an die Fakultät zu richten und dem Dekan persönlich einzureichen. Im Gesuch sind der Titel der verfaßten Dissertation und die für die mündliche Prüfung gewählten Fächer (das Hauptfach und zwei Nebenfächer) anzugeben. Dem Gesuch sind beizulegen:

1. ein deutsch abgefaßter Lebenslauf, der namentlich auch über den Bildungsgang des Bewerbers Aufschluß gibt. Er muß die Namen der Hochschullehrer enthalten, bei denen der Bewerber gehört hat. 2. das Reifezeugnis des Bewerbers. 3. den Nachweis eines ordnungsgemäßen und gründlichen Fachstudiums an der Philosophischen Fakultät einer deutschen oder deutschsprachigen ausländischen Universität von mindestens acht Semestern, davon zwei an der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Durch Abgangszeugnis und Kollegbücher oder Verzeichnis der belegten Seminare, Übungen und Vorlesungen muß das ordnungsgemäße Studium in einem Hauptfach und mindestens zwei Nebenfächern nachgewiesen werden. 4. ein Führungszeugnis der zuständigen Universitätsbehörde oder, wenn der Bewerber über drei Monate exmatrikuliert war, ein polizeiliches Führungszeugnis. 5. eine Erklärung darüber, ob und mit welchem Erfolg der Bewerber sich bereits einer anderen Doktorprüfung oder einer sonstigen Hochschul- oder Staatsprüfung unterzogen hat. 6. Der Bewerber hat eine von ihm verfaßte Arbeit über ein selbstgewähltes Thema als Dissertation einzureichen. Ihr Gegenstand muß einem in der Fakultät vertretenen Wissensgebiete entnommen sein. Die Abhandlung muß wissenschaftlich beachtenswert sein und die Fähigkeit des Bewerbers zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit und angemessener Darstellung erweisen. Die Sprache der Dissertation ist Deutsch oder Lateinisch, über Zulassung anderer Sprachen entscheidet die Fakultät. Am Schlusse der Abhandlung hat der Bewerber anzugeben, welche Quellen und Hilfsmittel er für ihre Ausarbeitung benutzte, sowie ob und inwieweit er sich bei der Ausarbeitung fremder Hilfe bedient hat. Dieser Angabe ist die eidesstattliche Erklärung anzufügen, daß darüberhinaus keine weitere Beihilfe stattgefunden hat. 7. eine Erklärung darüber, ob die Arbeit schon einmal einer Fakultät oder einer anderen Stelle zur Prüfung vorgelegen hat und ob sie vorher ganz oder im Auszug veröffentlich worden ist. 8. die vom Bewerber bisher im Druck veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten. 9. eine Erklärung, daß dem Bewerber die Promotionsordnung bekannt ist. 10. eine Quittung der Universitätsquästur über die eingezahlte Gebühr.

Lateinkenntnisse werden für die Promotion vorausgesetzt. Sie sind, wie die für bestimmte Fächer erforderliche Kenntnis des Griechischen, durch das Reifezeugnis oder durch eine anerkannte Ergänzungsprüfung nachzuweisen.

Über die Annahme des Gesuches entscheidet nach der Prüfung der eingereichten Unterlagen der Dekan auf Grund der Bestimmungen. Die Zurücknahme eines Promotionsgesuches ist nur so lange zulässig, als nicht durch eine ablehnende Entscheidung über die Dissertation das Promotionsverfahren beendet, eine Umarbeitungsfrist für die Abhandlung gestellt wurde oder die mündliche Prüfung begonnen hat.

Werden auf Grund der eingereichten Unterlagen die Vorbedingungen zur Zulassung eines Bewerbers vom Dekan als erfüllt angesehen, so bestellt dieser die Gutachter zur Beurteilung der Dissertation, und zwar einen Referenten (in der Regel den Anreger der Arbeit) und einen Korreferenten. Beide Referenten legen der Fakultät ein begründetes Gutachten über die Dissertation vor. Die Fakultät kann die eingereichte Arbeit auf Vorschlag der Referenten zur Umarbeitung binnen einer bestimmten Frist zurückgeben, die ein Jahr nicht überschreiten soll und nur mit besonderer Genehmigung der Fakultät verlängert werden kann. Verstreicht die Frist, ohne daß die Arbeit von neuem eingereicht wird, so gilt sie als abgelehnt. Wird die Dissertation abgelehnt, so gilt damit die Doktorprüfung als nicht bestanden. Die abgelehnte Arbeit verbleibt mit allen Gutachten bei den Akten der Fakultät.

Nach Annahme der Dissertation durch die Fakultät wird der Bewerber zur mündlichen Prüfung zugelassen. Sie ist in der Regel binnen eines Jahres abzulegen. Den Termin setzt der Dekan nach Anhören des Bewerbers fest. Als Prüfungsfächer der Philosophischen Fakultät gelten diejenigen Fächer, für die ein planmäßiger Lehrstuhl besteht oder die in der planmäßigen Vertretung eines Faches als Untergebiete eingeschlossen sind. Nebenfächer müssen so gewählt werden, daß sie in einem sinnvollen Zusammenhang mit dem Hauptfache stehen und ein angemessenes Wissensgebiet sichern. Ungeeignete Zusammenstellungen kann die Fakultät ablehnen. Mit Genehmigung der Fakultät kann ein Nebenfach — in besonders begründeten Fällen auch zwei Nebenfächer — aus den anderen Fakultäten der Johann Wolfgang Goethe-Universität gewählt werden.

Die mündliche Prüfung dauert im Hauptfach mindestens eine Stunde, in den Nebenfächern im allgemeinen je eine halbe Stunde. In den historischen Hilfswissenschaften wird eine Stunde geprüft. Prüfer im Hauptfach ist regelmäßig der Anreger der Dissertation.

Das Ergebnis der mündlichen Prüfung wird in jedem Fach von dem Prüfer nach Rücksprache mit dem Beisitzer durch eine Note festgesetzt. Nach Abschluß der Prüfungen in den einzelnen Fächern berät der Prüfungsausschuß über das Gesamtergebnis. Wird die Prüfung im ganzen als bestanden gewertet, so wird für sie auf Grund der Einzelnoten eine Gesamtnote mit den Prädikaten „rite" (genügend), „cum laude" (gut), „magna cum laude" (sehr gut), „summa cum laude" (ausgezeichnet) festgesetzt.

Hat der Bewerber die Prüfung nicht bestanden, so darf er sich zur Wiederholung der ganzen Prüfung nicht früher als nach Ablauf eines halben Jahres und nicht später als nach Ablauf zweier Jahre melden. Ausnahmen kann die Fakultät zulassen. Die Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn bei einem Prüfer die Note „rite" nicht erreicht wurde. War das Ergebnis nur in einem Fache nicht genügend, so kann der Dekan nach Anhören des Prüfungsausschusses die Wiederholung auf dieses Fach beschränken. Eine mehr als einmalige Wiederholung der Prüfung ist ausgeschlossen. Erscheint der Bewerber zu dem für die mündliche Prüfung angesetzten Termin nicht, so gilt die Prüfung als nicht bestanden.

Nach erfolgter Promotion hat der Bewerber seine Dissertation in der von der Fakultät genehmigten Form unter Berücksichtigung der gewünschten Änderungen drucken oder in einer anderen geeigneten Form vervielfältigen zu lassen. Auf dem Titelblatt ist die Genehmigung der Fakultät zu erwähnen, auf der Rückseite des Titelblattes sind die Namen der Berichterstatter und das Datum der mündlichen Prüfung anzugeben. Die Revisionsbogen der Dissertation sind dem ersten Referenten zur Erteilung des Imprimatur vorzulegen. Am Schluß der Dissertation ist ein kurzer Lebenslauf anzufügen. Innerhalb eines Jahres nach dem Bestehen der mündlichen Prüfung hat der Bewerber die vorgeschriebene Anzahl von 150 Pflichtexemplaren seiner Dissertation der Fakultät abzuliefern. Auf Antrag kann diese Frist in besonders begründeten Fällen verlängert werden. Versäumt der Bewerber die ihm gestellte Frist, so erlischt für die Fakultät die Verpflichtung zur Aushändigung des Diploms unter Verfall der Gebühren. Mit der Ablieferung der gedruckten Pflichtexemplare der Dissertation an die Fakultät sind die Promotionsleistungen des Bewerbers erfüllt. Mit der Aushändigung des Diploms gilt die Promotion als abgeschlossen und beurkundet. Von diesem Tage an beginnt das Recht zur Führung des Doktortitels.

Die Fakultät kann Grad und Würde des Doktors der Philosophie in Anerkennung hervorragender Verdienste um Wissenschaft und Kunst ehrenhalber verleihen. Sie ist hierbei nicht an die Voraussetzungen der allgemeinen Promotionsordnung gebunden. Die Ehrenpromotion muß mindestens von zwei Mitgliedern der engeren Fakultät beantragt werden und erfordert den einstimmigen Beschluß ihrer stimmberechtigten Mitglieder. Sie erfolgt durch Überreichung des hierüber ausgefertigten Diploms, in dem die Verdienste des Promovierten hervorzuheben sind.

Die Gebühren für die Promotion betragen zur Zeit 200,— DM. Sie werden mit Einreichung des Zulassungsantrages fällig und sind bei der Universitätskasse für die Fakultät einzuzahlen. Wird die Abhandlung zurückgewiesen oder die mündliche Prüfung nicht bestanden, so wird dem Bewerber die Gebühr nicht zurückgezahlt. Für eine Wiederholungsprüfung sind nur 100,— DM zu zahlen. In Ausnahmefällen kann die Gebühr ermäßigt werden.

JURISTISCHE FAKULTÄT

Die derzeit geltenden Prüfungsvorschriften für die erste juristische Staatsprüfung sind im Erlaß des Hess. Min. d. Justiz zur Änderung der Juristischen Ausbildungsordnung von 1. September 1948 (Staatsanzeiger für das Land Hessen 1948, S. 470 ff.) sowie im RdErl. d. MdJ. v. 20. 6. 1953, JMBl. S. 47, enthalten. Für die Gestaltung des Studiums, insbesondere für den Erwerb von Leistungszeugnissen, Übungs- und Seminarscheinen usw. sind die Empfehlungen und Beschlüsse der Rechtswissenschaftlichen Fakultät zu beachten.

Ziel der Ausbildung ist es, für die Rechtspflege und die öffentliche Verwaltung einen rechtskundigen Nachwuchs zu erziehen, der mit dem Gesetz als Mittel der Rechtsordnung für das friedliche Zusammenleben der Menschen in ihrer staatlichen und überstaatlichen Gemeinschaft vertraut, von der Erkenntnis der Unteilbarkeit der Rechtsordnung getragen und sich bewußt ist, daß die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt im Namen des Volkes und für das Volk auszuüben sind.

Die erste rechtswissenschaftliche Staatsprüfung

Sie hat die Aufgabe, festzustellen, ob der Bewerber rechtswissenschaftlich soweit vorgebildet ist und soviel praktisches Verständnis besitzt, daß er für den Vorbereitungsdienst geeignet erscheint. Die erste rechtswissenschaftliche Staatsprüfung ist vorwiegend Wissenschaftsprüfung.

Vorbedingungen zur Zulassung zur ersten juristischen Staatsprüfung sind: Der Bewerber hat ein ordnungsgemäßes Studium der Rechte von mindestens 6 Halbjahren nachzuweisen. (Die Fakultät bemüht sich jedoch, im Zuge einer Reform des juristischen Studiums die Studiendauer auf 7 Semester zu erhöhen.) Der Bewerber soll möglichst Vorlesungen über sämtliche Fächer, auf die sich die erste juristische Staatsprüfung erstreckt, belegt und muß an wenigstens 6 mit schriftlichen Arbeiten verbundenen Übungen aus verschiedenen Rechtsgebieten teilgenommen haben, darunter auch an einer Übung auf dem Gebiete des Staats- und Verwaltungsrechts. Der Minister der Justiz bestimmt im Einzelfalle, ob ein Halbjahr eines anderen Studiums anzurechnen und ob eine Kriegsgefangenenhochschule einer ausländischen Hochschule gleichzuachten ist.

Übungen werden regelmäßig gehalten: a) für Anfänger 1. im Bürgerlichen Recht, 2. im Öffentlichen Recht; b) für Vorgerückte 1. im Bürgerlichen Recht, 2. im Handelsrecht, 3. im Strafrecht, 4. im Öffentlichen Recht, 5. im Zivilprozeß, 6. im Arbeitsrecht, 7. im Römischen Recht (Digestenexegese). An einer Übung für Vorgerückte im Bürgerlichen oder Öffentlichen Recht darf nur teilnehmen, wer die entsprechenden Anfängerübungen erfolgreich absolviert hat. Bedingung für die Teilnahme an einer Übung in Zivilprozeß ist der vorherige Erwerb eines Übungsscheines im Bürgerlichen Recht für Vorgerückte.

Vor den Übungen sollen die Vorlesungen aus dem Übungsgebiet gehört werden. Es sind dies:

a) 1. für die Übung im Bürgerlichen Recht für Anfänger
(Einführung in die Rechtswissenschaft)
(Privatrechtsgeschichte der Neuzeit)
BGB, Allgemeiner Teil
Schuldrecht, Allgemeiner und Besonderer Teil
Sachenrecht

2. für die Übung im Öffentlichen Recht für Anfänger
(Allgemeine Staatslehre)
(Verfassungsgeschichte)
(Verwaltungslehre)
Staatsrecht
Verwaltungsrecht
soweit als Sondervorlesungen gelesen auch: Polizeirecht, Verwaltungsgerichtsverfahren, Kommunalrecht.

b) 1. für die Übung im Bürgerlichen Recht für Vorgerückte
Familienrecht
Erbrecht

2. für die Übung im Handelsrecht
Handelsrecht
Gesellschaftsrecht
Wertpapierrecht

3. für die Übung im Strafrecht
Strafrecht, Allgemeiner und Besonderer Teil

DIE ZWILLINGE

Eine Reportage über die Kunstfehde in Heinzingen

(Die folgenden Ausschnitte beziehen sich auf den Streit der in der Bevölkerung Heinzingens um eine moderne Plastikgruppe entbrannte. Die Redaktion betont mit Nachdruck, daß es sich dabei einzig um die Geschehnisse in Heinzingen handelt und daß etwaige Parallelen zu Ereignissen und Personen andern Orts rein zufälliger Natur sind. Wir beginnen mit der Einweihungsrede des Oberbürgermeisters der Stadt:)

Exzellenz, Magnifizenz, — wir dürfen auch den Kommandanten unsrer neuen Garnison begrüßen (Beifall) — meine Damen und Herren!

Die Stadt Heinzingen, allenthalben bekannt und bewundert ob ihrer sprichwörtlichen Aufgeschlossenheit gegenüber den Künsten im Allgemeinen und trotz der offenen und heimlichen Opposition reaktionärer Kreise (Zwischenrufe: Pfui ... Bravo ...) ... reaktionärer Kreise — eine Hegerin jung aufsprießenden Kunstgutes, befindet sich in dieser feierlichen Stunde, die als ein Ruhmesblatt in die Annalen unsrer geliebten Stadt eingehen wird, in der glücklichen langersehnten Lage, Ihnen, verehrte Anwesende, sagen zu können: es ist so weit. (Beifall) Tief bewegt schreite ich der Enthüllung der „Zwillinge" von Gustav Nidelung-Gebhard entgegen, dem jüngsten Werk unsres geschätzten Bildhauers und Neubürgers, das durch seine zukunftsweisende Formgebung ebenso wie durch seine echte Zweckerfüllung, nämlich, wie Sie wissen und sehen als Bauakzent vor der Auffahrt zu unsrer neu errichteten Frauenklinik, beglückt. Es ist unser aller sehnlichster Wunsch — der auch aus dem Großtelegramm unsres verehrten Präsidenten spricht, der leider zu kommen verhindert ist: „Nur so weiter!", schrieb er in der ihm eigenen alemannischen humorvollen Kürze — (anhaltender Beifall), es ist unser aller Wunsch, daß auch dieses Kunstwerk beitragen möge zum Geist der Völkerverständigung, die uns allen innerstes Anliegen ist. Dieses im eigentlichen Sinne Mahnmal des Friedens und der Freiheit hat — wir leugnen es nicht — die Stadt viel Geld und meiner Fraktion viele Kämpfe gekostet. Gewiß es sind Stimmen laut geworden, die auf den schon seit langem überfälligen Erweiterungsbau des Schlacht- und Viehhofes hinwiesen, berechtigte Stimmen — doch wir sagen diesen unsren Gegnern, die wir achten und schätzen: der Tag ist nicht mehr fern, an dem auch diesem Bedürfnis abgeholfen werden wird. Doch nun wollen wir des Alltags Gram hinter uns zurücklassen ..... die Musen ..... Abendland ..... Hölderlin ..... Fanal der Freiheit .....

(Aus dem Bericht des führenden Kunstkritikers einer führenden Tageszeitung:)

Groß ist das Gezeter der Kulturmelancholiker hierzulande um eine echte Zeitaussage in der Kunst, um die Gefahr des elfenbeinernen Turms einer volksfremden introvertierten Kunst. Man sucht resignierend das zwingende ästhetische Korrelat heutiger Seinserfahrung. Hier ist es. Bei Nidelung-Gebhard. Gratulation. Der Chronist steht nicht an, zu bekennen, daß es diesem jungen Künstler (Jg. 1011) gelingt, wahrhaft kompromißlos unsere existenziellen Nöte, doch auch jene männliche unsentimentale Heiterkeit dieser Zeit zu orten und in Form zu bannen. „Zwillinge" nennt er seine Plastikgruppe — nicht ohne hintergründigen Humor, gleichwohl jeder manieristischen Verspieltheit fern. Wer vermag schon heute, die Schwierigkeiten, die das Problem „Gruppe" stellt, zu bewältigen? Gewiß, Nidelung ist kein Moore, nicht einmal ein Marini. Gleichwohl, er ist wer ..... Dynamische Bipolarität des Zwillinghaften ..... legt ungeahnte Daseinsdimensionen frei ..... Köstlich ..... Valery ..... Kristallin — doch sinnlich .....

(Die Plastikgruppe Nidelung-Gebhards löste lebhafte Stellungnahmen in der Bevölkerung Heinzingens aus, die als Heinzinger Kunstfehde weit über die Grenzen der Stadt von sich reden machten. Die heimlichen Verunzierungen dieses Kunstgegenstandes seitens subversiver Elemente wurden jedoch allgemein abgelehnt. Folgendes aus Leserbriefen an die Lokalzeitung:)

Die Zwillinge hatten uns noch gefehlt. Es ist unverzeihlich, ein solch schändliches Machwerk, das die Würde des Menschen mit Füßen tritt, als Kunst auszugeben und noch dazu öffentlichen Blicken zuzumuten. Wo bleibt das christliche Menschenbild? Was frommts, fürderhin meinen Schülern die hehren Kunstdenkmäler unsrer stolzen deutschen Vergangenheit in ihre jungen Seelen zu pflanzen, wenn auf ihrem Nachhauseweg sie die gräßliche Fratze der Antikunst lüsterlich angrinst? „Schlecht und gemein" sage ich mit Goethe („Faust. Der Tragödie zweiter Teil") und „Genug des grausamen Spiels" mit einem andern unsrer Dichterfürsten. Dies ist nicht das wahre Abendland. Dies sind nicht die Werte, die unsre Söhne und Schüler gegen den östlichen Vandalismus zu verteidigen freudig bereit sind. Dies nicht!

Heinrich Stemm, Studienrat

Ich bin rot geworden, als ich vor dem neuen Denkmal stand. Ich bin zwar eine einfache Hausfrau und verstehe nichts von Philosophie, aber was es darstellt, habe ich gemerkt. Ich habe doch schließlich Augen! Also soweit sind wir also heute schon. Pfui Teufel! Ich habe mich für den Künstler geschämt. Meine Freundin sagte, das ist ja öffentlicher Schmutz und Schund. Das stimmt. Und das ist sogar von der Stadt bezahlt worden und mein Sohn hat neulich Arrest erhalten, weil er mit Kreide etwas in den Schülerklo schrieb. Da wundert man sich, wenn alles Rock und Roll tanzt und dem Staat die unehelichen Kinder über den Kopf wachsen.

Berta Sedelmüller
Hausbesitzerswitwe

(Aus einer Fremdenführung durch die Kunstdenkmäler der Stadt Heinzingen unter der Leitung Archivrats Dr. Paulus):

Der Titel, „Die Zwillinge", meine Damen und Herren, will nicht beim Worte genommen werden, die frei schwingende Fantasie des heutigen Künstlers schafft und webt und sucht irgend eine beliebige Bezeichnung. Diese Plastik ist abstrakt und, Verehrteste, ist das etwas, das man so unbedingt ablehnen müßte? Ist dies nicht vielmehr die größte Huldigung dem die freie Assoziationskraft des Kunstgenießenden, der er sich schwerelos hingeben darf, tragen und treiben lassen, hinweg aus der Befangenheit der Realität? Ist das nicht ein steingewordener Traum, der die Gesetze der Schwerkraft, von Zeit und Raum, alle Bedingtheiten des Daseins hinter sich zu lassen gestattet? ..... Symbol der Offenheit ..... wenn Sie so wollen ..... Firmamentlosigkeit .....

(Weitere Leserbriefe:)

Endlich ein Kriegerdenkmal in heutigem Zeitstil, wenn auch der Titel verwirrt. Neuer soldatischer Geist verlangt auch neuen künstlerischen Ausdruck. Mit der alten Barrasideologie mußten auch die Monumente im wilhelminischen und Hitlerstil verschwinden. Wir bejahen das. Meine Kameraden und ich treten geschlossen hinter diese Kunstauffassung.

Dietrich Weddingen, Steubenbund

Quo usque tandem, frage ich, wie lange müssen wir noch zuschauen, wie unsre Steuergroschen gegen den Willen der Bürgerschaft vergeudet werden? Ich habe nichts gegen Kunst, aber das ist keine. Das wird den mühsam angekurbelten Fremdenverkehr im Keim zunichte machen. Weiß die Stadtverwaltung nicht, wohin mit dem Geld? Ich kann es ihr sagen. Ich habe deswegen schon mehrmals die Feder ergriffen. Es ist das alte Problem unsrer Stadt: es fehlt an öffentlichen Bedürfnisanstalten. Viele meiner Freunde sind mit mir einer Meinung, daß das so nicht weiter geht. Auch mein Schwager von auswärts sagte neulich als er wegen dem Geburtstag meiner Frau in meinem Hause anwesend war: „Wenn man in eurer Stadt spazieren geht, weiß man nie, wo man mal hin kann." Er will nicht mehr kommen. So wird der Zustrom von Fremden gedrosselt und das Familienleben zerstört. Das ist ein sozialer Notstand. Es ist höchste Zeit, daß die Plastiken verschwinden.

Georg Meyer, Rentner

Sehr geehrter Herr Nidelung-Gebhard, wenn es zutrifft, daß auf ihrer Plastik ein Kind dargestellt ist, das einer Ziege in den Bauch tritt, was wir nach langem Rätseln herausgefunden haben (schöne „Zwillinge", muß ich sagen!), dann werden wir Sie vor den Staatsanwalt bringen wegen Anstiftung und Verherrlichung der Tierquälerei. Sagen Sie nur nicht, Sie hätten diese Quälerei als warnendes Beispiel anprangern wollen, wir kennen solche fadenscheinigen Entschuldigungen. Daß Sie keine Beziehung zur Fauna haben, sehen wir schon daran, daß Sie nicht wissen, daß Ziegen nicht Krallen haben sondern Hufe. Oder sollte auch das eine jener Gehässigkeiten gegenüber der wehrlosen Tierwelt sein, die man heute so erschreckend oft antrifft? Die Tierwelt ist nicht mehr wehrlos. Wir erwarten Ihre Antwort.

Tierschutzverein „Lurch"
gez. Barth

(Erklärung des Künstlers Nidelung-Gebhard:)

I. Die Behauptungen meiner Gegner — ich will keine Namen nennen — die darauf abzielen, mich politisch zu difamieren, wonach ich im dritten Reich, dem ich innerlich immer fern stand, im Auftrag der Reichsregierung „unzählige" (!) Reliefs an Staatsbauten gestaltet hätte, sind eine Verleumdung. Ich habe lediglich im Auftrag der Reichskulturkammer einige Freiplastiken gearbeitet. II. Um den verwegenen Spekulationen von Seiten der ewigen Gestrigen, die in alles eine Bedeutung hineinlesen wollen und denen jedes Gespür für Kunst abgeht, Einhalt zu gebieten, sei gesagt, daß es sich bei dem runden Gefäß, das sich zwischen meiner Plastikgruppe „Die Zwillinge" befindet, weder um einen stilisierten Fußball noch um eine Totenurne zu Ehren der Opfer des Großstadtverkehrs, noch um ein Symbol der Fruchtbarkeitsgöttin Domana handelt, es ist vielmehr eine Blumenschale, die nichts mit meiner Plastikgruppe zu tun hat und trotz meines wiederholten Protestes bei der Stadtverwaltung von diesem ungeeigneten Ort noch nicht entfernt wurde.

Gustav Nidelung-Gebhard
Freischaffender Künstler

Empörend macht sich der alte Ungeist des Banausentums und die kunstdiktatorischen Gelüste der Menge in unsrer Stadt wieder breit. Die Vielen meutern gegen die moderne Kunst. Hier müssen wir Künstler solidarisch sein, wenn wir auch die Kunstrichtung Nidelung-Gebhards ablehnen. Wir müssen offen gestehen, daß mancher Künstler unsrer Zeit und Stadt dem Problem einer Plastikgruppe vor der neuen Frauenklinik (vor deren architektonischer Gestaltung wir auch etliche Bedenken nicht verhehlen können) besser gewachsen gewesen wäre. Nichts desto trotz stellen wir uns schützend vor unseren Kollegen. Nur sollten sich die Verantwortlichen der Stadtverwaltung künftig vor einer übereilten Vergabe von künstlerischen Aufträgen hüten. Dies schadet nur.

Städtischer Künstlerverband e. V.
Kümmel

Wundervoll, großer Künstler! Wundervoll, Nidelung-Gebhard! Hier haben wir sie, die Zwillinge, die Brüder gleichen Blutes, die sich innig umfangen! Das Symbol der Wiedervereinigung unsres lieben zerissenen deutschen Vaterlandes! Etwas avantgardistisch, aber schließlich müssen wir alle mit der Zeit gehen, und diesen unseren innigen Herzenswunsch nach Vereinigung mit unsren Brüdern und Schwestern im Osten ist ja leider erst in einer goldenen Zukunft Erfüllung beschieden. Mögen diese erhabenen Figuren, die sich stolz dem Himmel entgegen recken, ein Mahnmal sein für alle, nicht zu ruhen und zu rasten, bis unser Großdeutschland wieder in alter Größe erstanden sein wird, eine Leuchte unter den Völkern des Abendlandes. Gott mit uns.

Ottilie, Freifrau von Birkenau

Ist das Kunst? Das kann ich auch mit Hefeteig und es kauft mir keiner ab.

Fritz Breitinger, Bäckermeister

(Zum Abschluß zitieren wir Teile aus dem Artikel des Feuilletonredakteurs der schon erwähnten führenden Tageszeitung, eines anerkannten Strategen auf dem Felde der Kulturpolitik, dessen resumierende Stellungnahme zu der Heinzinger Kunstfehde wir wie er als das Letzte Wort betrachten dürfen.)

Begrüßen wir es, daß eine Stadtverwaltung mutig und mit Erfolg die Scylla und Charybdis unsrer Zeit, das kunstgängelnde Funktionärstum auf der einen Seite und das frivole, profitlerische Managemout der Kulturindustrie zu durchschiffen vermag. Wenn sie sich bewußt gegen den Strom der Zeit stellt, gegen den Konformismus der lauten und versnobten Kunstbeflissenheit. Gleichgültig, was dabei herauskommt. Allein dieser Haltung muß man ein Loblied singen. Wenn dabei aber noch ein Werk von der Aussagekraft und der seismographischen Sensibilität der „Zwillinge" von Gustav Nidelung-Gebhard zutage gefördert wird, so hat vor dieser künstlerischen und vor allen Dingen kulturpolitischen Leistung das Geschrei kurzsichtiger Banausen, deren Geschmackswurzeln tief in dem fadenscheinigen Humus der Makardzeit verankert sind, zu verstummen. Hier belfert die Restauration. Der behäbige Bürger sitzt vor

(Fortsetzung Seite 8)

Für den Betrag von **nur** 1,40 DM (Studenten und Schüler) oder 2,00 DM monatlich sehen Sie

im

Film-Studio

AN DER JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT

drei ausgewählte Filme der internationalen Produktion, die Ihren Ansprüchen genügen

ANMELDUNGEN VOR DEN VORSTELLUNGEN MITTWOCHS U. DONNERSTAGS 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 UHR

DAS FISCHER LEXIKON
ENZYKLOPÄDIE DES WISSENS

Jeder Band (340—360 Seiten) DM 3,30

Das Fischer Lexikon umfaßt in 34 selbständigen Einzelbänden das Wissen unserer Zeit nach dem letzten Stand der Forschung. Jeder Band enthält eine allgemeine Einleitung in das betreffende Wissensgebiet, die alphabetisch angeordneten enzyklopädischen Artikel mit den entsprechenden Stichwörtern (die in einem Register am Ende des Bandes lexikalisch auffindbar sind) und eine ausführliche Bibliographie. In fast allen Bänden zahlreiche Abbildungen.

Band 1: **DIE NICHTCHRISTLICHEN RELIGIONEN**
Verfaßt und herausgegeben von Professor Dr. Helmuth v. Glasenapp

Der bekannte Gelehrte schreibt u. a. über Ägyptische Religion · Babylonisch-assyrische Kulte · Bahai · Buddhismus · Chinesischer Universismus · Glaubensformen der Griechen und Römer · Hinduismus · Islam · Judentum · Manichäer · Primitive Stammesreligionen · Religiöses Leben bei den Germanen, Kelten und Slawen · Shintoismus · Yasiden · Zarathustrische Religion
[April 1957]

Band 2: **STAAT UND POLITIK**
Herausgegeben von Professor Dr. Ernst Fraenkel und Dr. Karl Dietrich Bracher

Hervorragende Politologen, Historiker, Soziologen, Juristen und Nationalökonomen behandeln u. a. Arbeiterbewegung · Ausnahmezustand · Bevölkerungspolitik · Demokratie · Diktatur · Feudalismus · Finanzpolitik · Gesellschaftstheorien · Gewerkschaft · Grundrechte · Imperialismus · Judenfrage · Kapitalismus · Kommunismus · Liberalismus · Nation · Parlament · Parteien · Revolution · Sozialismus · Staatstheorien · Verfassung · Völkerrecht · Wahlverfahren · Wehrpolitik [April 1957]

Band 3: **CHRISTLICHE RELIGION**
Herausgegeben von P. Oskar Simmel S. J. und Dr. Rudolf Stählin

Theologen beider Konfessionen schreiben u. a. über Apostel · Augustin · Bibel · Calvin · Christus · Dogma · Dreifaltigkeit · Ehe · Engel · Erlösung · Gebet · Gemeinde · Glaube · Gnade · Gott · Heilige · Kierkegaard · Kirche und Staat · Liebe · Liturgie · Luther · Maria · Mystik · Offenbarung · Ökumene · Orden · Ostkirche · Papsttum · Priestertum · Reformation und Gegenreformation · Scholastik · Seelsorge · Teufel · Theologie · Thomas von Aquin · Welt · Wunder · Zwingli [Juni 1957]

Band 4: **ASTRONOMIE**
Herausgegeben von Professor Dr. Karl Stumpff

Der bekannte Forscher und seine Mitarbeiter schreiben u. a. über Astronautik · Astrophysik · Doppelsterne · Expansion des Weltalls · Fernrohre · Fixsterne · Himmelsmechanik · Kalender · Kometen · Meteore · Milchstraßensystem · Mond · Parallaxe · Planeten und Satelliten · Radioastronomie · Sonne · Spektralanalyse · Stellarstatistik · Zeitmessung [August 1957]

Weitere Bände:

Musik · Philosophie · Psychologie · Internationale Beziehungen · Physik · Wirtschaft · Film, Funk Fernsehen · Biologie I und II · Literatur I und II · Medizin I, II und III · Bildende Kunst I und II · Technik I und II · Recht · Chemie · Soziologie · Geologie · Anthropologie · Sprachen · Mathematik · Historik · Geographie · Geophysik · Völkerkunde · Pädagogik

In jeder Buchhandlung · Prospekte direkt vom Verlag

Flexible Plastik-Einbände mit Goldprägung für jeden einzelnen Band des Fischer Lexikons sind zum Preise von DM 1,40 lieferbar

FISCHER BÜCHEREI
FRANKFURT AM MAIN · ZEIL 65-69

Dissonanzen

Mit „Dissonanzen" legt der Autor der „Philosophie der neuen Musik", des „Versuchs über Wagner" und der „Prismen" weitere vier musiktheoretische Abhandlungen vor, die diesmal ausschließlich charakteristischen Phänomenen zeitgenössischer Musik gewidmet sind: der Konsummusik, der diktierten Musik fürs Volk, der musikpädagogischen Musik und der neuesten Neuen Musik. Die ästhetische Thematik impliziert hier Gesellschaftliches unmittelbar — ästhetische und soziologische Analyse koinzidieren in der strengen Bemühung um die Sache selbst. Die Intention ist kulturkritisch, und was sie unbestochen — auch hier — verwirklicht, ist die ehedem in „Prismen" geforderte bestimmte Negation: Überwindung der Kultur mit ihren eigenen Mitteln. Kultur bewährt sich als Entlarvung der Kultur. Dem Blick, der da zusieht, zergeht die anscheinend unabänderliche Positivität in ihre eigene Nichtigkeit — und Hoffnung. Dem Ohr, das da hört, löst sich in Mißklang auf nicht nur, was als harmonisch klingendes wie harmonisch dem Betrieb integriertes Kulturgut sonst eingeht, sondern auch das, was als neutönerisch gewollter Mißklang Mode wird.

Die entscheidende Erfahrung, die hier einer ausspricht, dem es an ästhetischem Sensorium so wenig gebricht wie an der begrifflichen Kraft aufschließender Erkenntnis, ist die einer völligen Unangemessenheit von innerkünstlerisch erreichter Produktivkraft und dem ohnmächtigen Gebaren derer, die damit fertig werden wollen. Rezeptiv wie produktiv ziehen die die künstlerischen Gebilde zu sich herab, die zu sich hinaufzuziehen die Gebilde, so zu Kulturgütern entstellt, nicht mehr die Kraft haben. Und wo der musikalische Ausdruck der eigenen Zeit kundgegeben werden soll, zeigt er sich angemessen an die Regression der Menschen,

Ihr Friseur im Studentenhaus
Untergeschoß — Zimmer 12
Montag 13 bis 18 Uhr
Dienstag bis Freitag 8 bis 18 Uhr
Sonnabend 8 bis 17 Uhr
Verkauf sämtl. Toilettenartikel · Preisgünst. Bedienung

die die fortschreitende Uniformität des gesellschaftlichen Zustandes selber erzwang. „Phänomene künstlerischer Infantilität" sind die Befunde, die dem Autor weithin und traurig sich darstellen.

Den Analysen musikalischer Produktion stehen eindringlich solche der Rezeption gegenüber. Sie erweisen, daß sich gesellschaftlich verursachte „anthropologische Veränderungen" zugetragen haben. Das nicht mehr Zuhörenkönnen: das Unvermögen, verstehend sich dem künstlerischen Prozeß zu überlassen, produziert wieder musikalische Formen, die dem regredierten Hören: einem „Fluktuieren zwischen breitem Vergessen und jähem, sogleich wieder untertauchendem Wiedererkennen", einer universellen „Dekonzentration", geben, was sie einzig noch verträgt — Konsummusik im weitesten und engsten Sinne: gehörtes Nichtgehörtes. Proportional dem Schwinden einer produktiven Rezeption der Musik wird diese zum subjektlosen Ansich, das, wildgeworden, sich gegen Kunst und Menschen selber kehrt: „Das Reich des Musiklebens" wird „eines von Fetischen".

Dem entziehen sich auch Versuche der Besserung nicht wie der im Ostblock, die Musik vorgeblich nach gesunden Regulativen wiederherzustellen — in Wahrheit: nach kraß politischen Zwecken zu gängeln. Auch die radikale Moderne des Westens ist, vermöge der sie lockenden Vergötzung der Apparatur, durch Harmlosigkeit gefährdet und vermag gerade um ihrer Spezialisiertheit willen dem Gesamtprozeß ohne Gefahr eingeordnet zu werden. Und die musikalische Sing- und Jugendbewegung, sofern sie nicht durch völkische Sympathien als künstlerisch sich selbst ad absurdum führt, offenbart sich als problematisch bereits, wenn man ihr nur die eine einzige, unvergleichliche Bemerkung des Autors entgegenhält: „Dem Singen als einem Stück natürlichen, auf reale Situationen anstatt aufs objektivierte Kunstwerk bezogenen Verhaltens antwortet Scham. Das Sensorium weiß, wie weit die empirische Person und das ästhetische Subjekt auseinanderklaffen, und sträubt sich gegen den Schein, beide wären dasselbe — vielleicht weil die Idee solcher Identität um keinen Preis herabgewürdigt werden darf, indem man sie als erreicht vorspiegelt."

Solche Scham aber ist das Zeichen der Hoffnung mitten in der entkunsteten Kunst. Moritz Hauke

Theodor W. Adorno: Dissonanzen — Musik in der verwalteten Welt. Band 28/29 der Kleinen Vandenhoeck Reihe, Göttingen 1956, 125 Seiten.

Der DISKUS bringt in der Mai-Ausgabe eine Besprechung der ersten Bände des FISCHER-LEXIKONS.

DIE ZWILLINGE

(Fortsetzung von Seite 7)

seinem Fernsehschirm, neben sich das frigidairegekühlte Exportbier, das leise Summen seines Mercedes 220 noch im Ohr. Er will sich der tief lotenden und mit sezierender Unerbittlichkeit vorgenommenen Konfrontation des wesentlichen Kunstwerks entziehen, das da aus dem Mund des Dichters fordert: „Du mußt dein Leben ändern". Dies, wir wissen es und halten es in dieser saturierten Neo-Gründerzeit für bitter nötig — berührt Tabus der Vergangenheit, mühsam verdrängte Komplexe zieht es an — die neonausgeleuchtete Talmihelle unsres Wirtschaftswunderlands. Das wahrhaft neue Kunstwerk — und die „Zwillinge" stehen mitsamt der typischen Reaktion repräsentativ für die heutige Situation totaler Entfremdung — stellt den Einzelnen. Sein Anliegen ist es, eine echte Begegnung zu stiften. ..... Vereinsamung ..... Konsum ..... Gespräch ..... Heidefilmideologie ..... Spekulation ..... Wesen .....

F. F.

Peter Panurg

Zeitschriftenschau

Wir empfehlen unseren Lesern folgende Zeitschriftenartikel zur Lektüre:

Politik

Die studierende Jugend unter dem spanischen Regime.
Dionisio Ridruejo in Frankfurter Hefte. 1957, H. 3.

Gegen die Totalität gefeit. Der Jurist als Verteidiger der Freiheit und der Persönlichkeit.
Karl Oftinger in Deutsche Zeitung v. 16. 3. 57.

Wandlungen der kommunistischen Kulturpolitik.
Jürgen Rühle in Das Parlament v. 20. 2. 57.

Geschichte, Politik und totalitäre Ideologien.
Walther Hofer in Das Parlament v. 13. 2. 57.

Die Demokratie und ihr politischer Nachwuchs.
Erich Weber in Politische Studien. 1957, H. 83.

Ist das noch Kapitalismus?
C. A. R. Crosland in der Monat. 1957, H. 103.

Wer hat Deutschland geteilt?
Ernst Deuerlein in Die politische Meinung. 1957, H. 11.

Gibt es Sicherheit für Europa?
Otto Mischke in Die politische Meinung. 1957, H. 8.

Kultur

Die Krise des deutschen Films.
Kurt Joachim Fischer in Die politische Meinung. 1957, H. 10.

Der Film als Ausdruck der Gegenwartskultur.
Paul Heimann in Universitas. 1957, H. 4.

Über das künstlerische Werturteil.
Herbert Schrade in Universitas. 1957, H. 4.

Die Atombombe und die Vernunft der Menschen.
Julius Ebbinghaus in Studium Generale. 1957, H. 3.

Die Anatomie einer Wochenschau.
Hans Magnus Enzensberger in Frankfurter Hefte. 1957, H. 4.

Abhandlungen über das Problem des Schöpferischen.
In Studium Generale. 1957, H. 1.

Gestaltwandel des Mittelstandes.
René König in Universitas. 1957, H. 3.

Vom Elend der Schriftsteller.
Karl W. Böttcher in Frankfurter Hefte. 1957, H. 2.

Zwang und Freiheit zum Sozialleben.
Adolf Dortmann in Deutsche Universitätszeitung. 1957, H. 3.

Vom Wesen menschlicher Freiheit.
Wilhelm Luther in Das Parlament v. 10. 3. 57.

Wissenschaft

Das Kollektiv und der einzelne.
Karl Jaspers in Universitas. 1957, H. 2.

Allgemeine Systemtheorie. Wege zu einer neuen Mathesis universalis.
Ludwig von Bertalanffy in Deutsche Universitätszeitung. 1957, H. 5/6.

Meditationen zu einer Lebenslehre der modernen Massen.
Alexander Mitscherlich in Merkur. 1957, H. 3.

Logische Operationen.
Ekkehard Bink in Deutsche Universitätszeitung. 1957, H. 3.

Kosmos und System.
Hans Blumenberg in Studium Generale. 1957, H. 2.

Luise Pollinger
PAPIER · BÜROBEDARF · DRUCKSACHEN
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen
KOLLEG-BEDARF
Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke
Büro-, Zeichen- und Schulartikel
Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt
Frankfurt am Main, Bockenh. Landstr. 131
(nächst der Universität) Fernruf 77589

HERMANN SACK
Juristische Fachbuchhandlung
Frankfurt am Main
Friedberger Landstr. 27, in nächster Nähe des Gerichts
Die Bedienung im Fachgeschäft ist immer die beste

Ein Zimmer im 4. Stock

Von Herbert Heckmann

Heute ist der 7. September. Das Kalenderblatt welkt. Ich sitze im 4. Stock und schaue auf die Straße. Gegenüber eine Galerie matter Fenster; aus manchen wachsen Gesichter. Zuweilen huscht unten eine Gestalt vorüber, ein grotesker Punkt, der langsam auseinanderfließt. Die Uhr wandert um meinen Arm.

Das Zimmer ist gemietet. Die Tapeten wellen sich, die Flecken sind ein Gewirr von Tieren. Das Bild eines Generals hängt ernst über dem Bett: er grüßt eine Schlacht. Eine Pfauenfeder zittert am Spiegel — die bekannten Dinge — ein Hauch Staub, Altern, muffiger Geruch. Ein Klavier spielt.

Jedesmal, wenn ein Geräusch zu mir strömt, springe ich auf und haste zur Tür, reiße sie auf und beuge mich vor. Meistens ist es ein Nachbar, der ein Grinsen kaum verbergen kann. Es zuckt von den Lippen zu den Schläfen. Ich grüße von unten.

Jeden Nachmittag sitze ich in diesem Loch von 17—18 Uhr. Eine volle Flasche Whisky steht auf der Kommode: für einen Besuch. Ich erwarte Charly schon über ein Jahr, ein verdammtes Jahr mit kurzen und langen Tagen. Ich müßte ihn vergessen, um mir den Weg hierher zu sparen, die Straßen sind eng und voller Augen, flirrende Schatten, nebensächliche Grüße. Immer sitzt jemand vor dem Haus und bettelt. Er legt die Hände zusammen und wartet. Ich zahle ihn aus und eile die Treppe hinauf: er lacht hinter mir her, die Stufen fließen unter mir weg, dann stehe ich kopflos und aufgeregt zugleich vor der Tür, hineinlauschen, meine Hände tasten, es knarrt. Das Zimmer steht leer, nur die Flasche ist voll und die ist für Charly.

Ein Mädchen bleibt hinter mir stehen. Das Gehen zögert.

Die Zeit von 17—18 Uhr ist vollgepfropft mit Erwartungen: hoffen, Schritte ahnen, hin- und herschlürfen, den Kopf geduckt. Ich male Tiere in den Staub und lege die Füße auf den Tisch und wippe mit dem Stuhl auf und ab. Den General habe ich degradiert und an seiner Stelle das Bild eines Neufundländers gehängt: Billy, den ein Lastwagen vor 3 Jahren überfahren hat.

Und jetzt nachdenken.

Charly ist auf und davon. Wenn Sie wüßten, wie das gekommen ist, Sie würden mich verstehen, vielleicht auch meine Hoffnung, daß er wiederkommt. Ich poche auf den Tisch und sage „Herrein", scharre mit den Füßen und lache in die Stille. O Gott, man kann sich nicht selbst betrügen. Ich bin ein alter Mann und Charlys Vater, Betty ist auch schon gegangen, damals, als Charly zum erstenmal schrie.

Manche sagen, ich sei verrückt und sie tippen mit dem Finger gegen die Stirn und legen den Kopf schief und wenden sich ab, mit dem Rücken zu mir, ganz einfach um ihre Achse, und sie tuscheln: ihre Stimmen laufen mir nach.

Doch keiner sagt mir, wo Charly ist. Einmal hörte ich ein Gespräch als ich zwischen zwei Herrn im Bus eingeklemmt war, Charly sei endlich tot. Sie sagten Charly, wer sagt mir aber, daß es Charly ist. Wer? Manchmal erinnere ich mich auch, denke nach, aber das führt zu nichts. Die Hoffnung holt meine Gedanken ein. Ich sollte mich erkundigen. Es wird doch alles in dieser Welt festgelegt: ich kenne das alles und wenn ich geschickt frage, wird man mir alles sagen. Ein Herr mit einer Weste schaut über die Brille, „Mein Herr, leider." Ich werde seine Hand allein lassen, die er mir hinstreckt. Ich lasse mich nicht darauf ein.

Hoffentlich ist der Whisky kalt. Der Wind fließt durch die Vorhänge. Charly hatte sich diese Bude gemietet, sie liegt weit ab von dem Leben, das wir groß nennen. Sein Mädchen war einmal da und hat viel gelacht, den General auf den Kopf gestellt. Was Charly an ihr fand? Sie hat mich geküßt, trippelte ans Fenster. Später ging sie. Sie winkte von unten mit den Handschuhen: zwei weiße Tauben.

Ich schlürfte zurück zum Tisch und nahm eine Zeitung. Durch das offene Fenster floß die Straße, Kinder, Mädchen. Charly nimmt sich Zeit, er wird unterwegs sein, unpünktlich und nie um eine Ausrede verlegen und immer aufgehalten.

Ich werde mißtrauisch und werfe meine Zweifel über alle Dinge. Es hat mir noch keiner gesagt, Charly sei tot, als hätten sie Angst, ich würde zusammenbrechen. Ich gebe nichts auf Geschwätz.

Heute ist der 7. September und ich habe es immer noch in der Hand, Charly zu sehen.

Damals ging alles sehr schnell, daß ich nicht immer eine Erklärung dafür fand. Charly war wenig zuhause. Jeder redete von ihm und das war nicht gut. Die Welt ist über seinem Kopf zusammengeschlagen. Ich will versuchen, alles nach und nach zu erzählen, wie es geschehen ist. Es liegt auf der Zunge.

Es belastet, wenn man mit sich selbst redet. Ich stelle mir vor, jemand würde mir gegenüber sitzen, geduldig und mit übergeschlagenen Beinen, ein Zuhörer von Scheitel bis zur Sohle, mit soviel Nachsicht, wie sie die Welt braucht. Dann und wann würde er eine Zigarette rauchen, mit den Fingern auf den Tisch trommeln, auf- und abgehen, ohne Erwiderung. Meine Stimme tanzt vor mir herum. Er stimmt lächelnd zu. Ich bin allein und erzähle den Wänden.

. . . damals, wie gut ich mich entsinne, er stand an der Tür mit offenem Hemd. „Sie haben mich zum Direktor ernannt. Steh stramm: „Alter!" Er lachte nicht. Ich zerrte seine Hand zu mir hin und saß in meinem Schaukelstuhl. Charly hatte weiße Schuhe an. Er schwankte vor mir.

„Alter, alle meine Pläne sind jetzt Wirklichkeit geworden. Jetzt nur noch hoffen, daß es dabei bleibt: das ist nicht zum aushalten."

Er schlug mir auf die Schulter.

Tage später, ich habe damals viel getrunken, die Zeit bestand aus tausend Anlässen, kam er wieder. Er hatte Freunde mitgebracht. Ein Mädchen hing an seinem Arm. Sie setzte sich auf seinen Schoß. Charly lachte:

„Noch einmal jung, Alter?"

Ich wurde übermütig und zwinkerte ihr zu. Sie sprang auf und tänzelte zu Charly. Es wirbelte um mich herum. Durch allen Lärm schnitt Charlys Stimme. Später gingen sie. Charly blieb mit seinem Mädchen da. Ich saß bei ihnen, bis Schlaf über mich fiel. Sie liebten sich, aber Charly hat sie später weggeschickt. Er fürchtete ihre Zärtlichkeiten. Sie ist zu mir gekommen und hat geweint, barg das Gesicht in ihre Hände, wie es kleine Kinder tun, wenn sie nicht gesehen werden wollen. Ihr Leib war schwer. Sie setzte sich breitbeinig vor mich hin und legte die Augen wie Hände auf mich. Einige Zeit lebte sie in einer Dachkammer, die ich ihr eingerichtet hatte, dann stand das Zimmer leer.

Charly blieb lange weg, daß ich mir Sorgen machte. Dann hielt ich eine Karte von ihm aus Paris in den Händen.

Charly schwimmt oben. Einmal schickte er mir Geld. Ich habe es immer wieder gezählt, es knisterte durch meine Finger, es war Geld. Charly läßt mich nicht verkommen. Manchmal bekam ich Besuch, alte Freundinnen, die herumschwatzten, ich bräuchte eine Frau. Sie schlugen die Hände über ihren Kopf zusammen und strichen die Falten glatt.

„Lou hat wieder ein Kind." Ich weiß nicht, wer Lou ist, Gott verdamme mich, wenn ich es weiß. Gegenüber natürlich, die Rothaarige. Ich kann ihr keins mehr machen — es gluckerte in mir hoch. Ich lachte sie in die Flucht, stand noch in der Tür und winkte Abschied und ließ den Wind herein.

Manchmal kam Pete. Mit ihm kann man reden, er schweigt und schaut unter sich, ein flinkes Vogelgesicht. Er hat einen Hund, den er Gouverneur nennt, Haß gegen die große Welt. Er paßt nicht zu Pete und als einer das Tier vergiftete, saß Pete traurig auf meiner Treppe und zündete vor Zorn die Welt an und weinte. Er sagte mir später auch, mit Charly würde es kein gutes Ende nehmen. Er hatte einen neuen Hund devot und auf meine Katze aus. Wir bekamen deswegen Streit. Pete pfiff seinem Rassehund und schritt durch die Straße, daß jeder ihm nachblicken mußte. Er drehte sich noch einmal um und schrie: „Mit Charly wird es nicht gut gehen." Er zitterte vor Triumph. Ich lief mit der Faust hinter ihm her. — Dieser Bold.

Der gottverdammte Lump. Pete kam nicht wieder. Ich war allein. Manchmal kam eine junge Frau, die mir sauber machte. Sie schwieg mit gesenktem Kopf, als wäre es ihr verboten worden, mit mir zu reden. Sie hatte große Augen.

Eines Tages kreuzte Charly wieder auf. Eine große schwarze Limousine stand vor dem Haus. Die Lippen klebten mir aneinander. Er hatte ein Mädchen bei sich. Ich heiße Isabell. Charly sagte, er würde mich lieben, vielleicht werde ich ihm glauben. Sie schnippte mit dem Finger. Vielleicht.

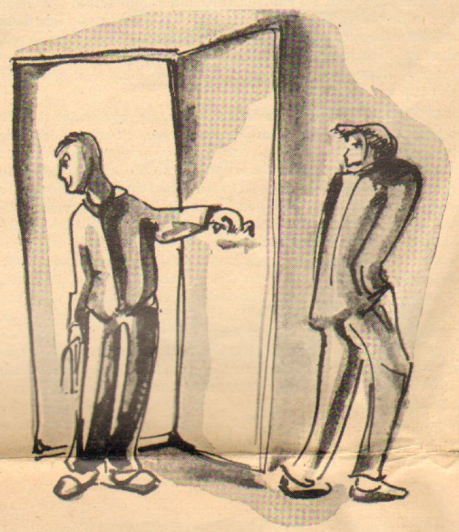
Dann waren wir zusammen, Charly und ich. Ich holte die Gitarre und zupfte. Charly klatschte Takt. Wir sangen. Immer ein Lied auf der Zunge und die Nächte sind lang:

Ein Leben lang und wach.

Der Regen wischte den Mond aus. Charly riß das Fenster auf. Ich machte mir Sorgen. Die Nacht war nahe. Ich spielte. „Laß die Weiber, Charly." Er pfiff durch die Zähne und wischte meine Bedenken aus, ganz einfach mit der Hand. Er hockte sich neben mich auf den Boden.

„Ich muß für einige Zeit verschwinden."

Meine Vorschläge fielen herab: er sollte wieder zu mir ziehen, mit einer Frau, den Kindern nach und nach. Charly schüttelte den Kopf. Quatsch, aber ich hielt es für das Vernünftigste und ein alter Mann hat Recht. Er stand noch einige Zeit mit dem Rücken an der Tür und schaute in den Regen, dann rannte er zu seinem Wagen. Der Motor gurgelte, es hupte, Räder flossen über Kies. Die Nacht kroch durch die offene Tür bis zu mir hin. Wo das alles noch hinführt. Eine kleine Hand voller Zukunft, die Schritte sind abgezählt, die durch den Tag gehen. Ich klimperte noch in die Stille, bis mir die Hand über die Saiten fiel. Das



Zeichnungen: Antje Sengpiel

Zimmer sprang auf und die Tür schaukelte im Wind. Charly ist gegangen.

Sie waren hinter ihm her. Unterschlagungen. Die Zeitungen lärmten. Pete stand am Zaun und warf mir seine Schadenfreude zu. Wem soll ich glauben? Ich setzte alles auf Charly. Der Tag kam bald, an dem er wieder vor mir stand. Jetzt geht es aufs Ganze. Er sagte nur das und ging unruhig durchs Haus. „Wenn jemand nach mir fragt, sag, du hättest mich Monate nicht gesehen." Er strich mir durch die Haare und ging mit schlacksigen Schritten.

Ich war oft betrunken und habe kein Talent für Geheimnisse, manchmal arbeitete ich im Garten, der hinter dem Haus wucherte, ohne etwas zu säen und stand und stand und stand gegen die Tür gelehnt und atmete und das ist alles.

Charly hatte Glück. Keiner konnte ihm etwas antun. Keiner. Ich sah ihn wieder mit seinem Mädchen. Sie tanzte auf den Strümpfen — die Gitarre lockte. Charly klatschte.

„Alter, jetzt sind wir aus dem Dreck heraus."

Tage darauf kamen einige Herrn zu mir. Sie stellten sich in die vier Ecken und schrieben meine Worte. Sie fragten mich über Charly aus. Ich weiß wenig und sagte nur immer wieder: „Charly macht Karriere." Sie gaben nicht auf und ich sagte die Wahrheit und schwor. Sie sahen mich an und lachten in mich hinein. Ich kenne das. Sie schlossen ihr Gesicht.

„Sie wollen es ihm nur nicht gönnen."

Ich rief es ihnen nach. Sie gingen hintereinander. Es war sehr wichtig. In der Nacht kam Charly zu mir und bat mich, seine Bude zu behalten bis alles vorbei wäre. Er gab mir die Adresse und versprach wiederzukommen. Er legte die Hand auf die Brust und reckte sich hoch. Später fiel er müde zusammen und ging. Er ließ die Tür offen. Seine Schritte ruhten auf der Treppe und ich konnte mein Herz hören und dann gingen sie über den Sand zum Tor und sie rannten und sie hörten nicht auf.

Wo das alles noch hinführt?

Jetzt sitze ich im 4. Stock und es dauert noch an. Sie lachten hinter mir her. Ich höre, sie stehn an der Treppe und grüßen, wie es sich gehört. Sie wollen mich sehen, wie ich auf Charly warte. Ihre Augen sind schnell und huschen weg, wenn ich sie hassen will.

Menschen fallen über die Straßen her. Der Abend schimmelt hinter den Dächern. Sie lachen zu mir herauf. Ich schrie über die Treppe hinab in ihre Gesichter. Sie schwinden. Sie können es nicht ändern, daß Charly Karriere macht.

Es ist schlimm, wenn man nur mit sich selbst redet. Das Fenster steht auf und die Pfauenfeder winkt. Ich stoße die Tür auf. Meine Schuhe sind leise.

ES, DAS SICH WINZIG GEZAGT

klein,
o klein,
radieselklein,
ja kieselklein.
worob klein?
ob Pein!
ob Pein
klein:
radieselklein,
ja kieselklein:
ob Pein!
wes Pein?
sein Pein!
gefragt
es sagt:
gezagt,
gezagt
ich mich
winzig
so
winzig.

O –

Emil Kop

Junge Leute mit alten Zöpfen

„Hier im Parlament bin ich keine Gnädige Frau, sondern Kollegin." Diese Lektion erteilte eine der ältesten Bundestagsabgeordneten, die frühere Berliner Oberbürgermeisterin Louise Schröder, vor gar nicht langer Zeit einem der jüngsten Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Der antwortete darauf unter Hohngelächter: „Ich hatte geglaubt, meine Hochachtung gegenüber einer älteren Kollegin durch diese Anrede zum Ausdruck bringen zu dürfen." Dieser Dialog spielte sich am 6. Juli 1956 während der großen Wehrpflichtdebatte des Bundestages ab. Der Zurechtgewiesene war der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Majonica aus Soest, Jahrhang 1920, früher Bundesvorsitzender der „Jungen Union".

Tatsache ist, daß die Anrede „Gnädige Frau" für weibliche Abgeordnete während der Plenarsitzungen im alten Reichstag nicht üblich war. Sie hat ihren Einzug in das deutsche Parlament erst nach dem Kriege im Zuge der allgemeinen Restauration gehalten und wird fast ausschließlich von den jüngeren Abgeordneten kultiviert, die damit ihre Parkettsicherheit unter Beweis zu stellen versuchen.

Wenige Stunden nach diesem Zwischenfall ereignete sich während derselben Debatte, die sich ja bis in die frühen Morgenstunden hinzog, etwas noch viel interessanteres. Am Rednerpult stand diesmal die Alterspräsidentin des Bundestages, Frau Dr. Dr. h. c. Lüders. Das Sprechen bereitete ihr sichtlich Mühe. Sie fühlte sich an diesem Tage offenbar nicht wohl. Am frühen Nachmittag hatte sie bereits eine Rede, die sie ursprünglich selbst halten wollte, von einem Fraktionskollegen vorlesen lassen. Ihren Appell für die Freistellung der letzten Söhne vom Wehrdienst sprach sie am späten Abend jedoch selbst. Die Rede war außerordentlich gut und da Frau Dr. Lüders nur sehr leise sprechen konnte, wäre es doch nun selbstverständlich gewesen, daß im Plenarsaal Totenstille und große Aufmerksamkeit geherrscht hätte, ganz besonders bei einer Rede der Alterspräsidentin.

Doch weit gefehlt. Man lachte, schwatzte, unterhielt sich, es herrschte ein babylonisches Sprachengewirr. Zweimal trat die beschämende Situation ein, daß der Präsident bei einer Rede der Alterspräsidentin zur Glocke greifen mußte, um der Rednerin Ruhe zu verschaffen. Die Abgeordneten standen teilweise in Grüppchen umher und hielten kleine Stehkonferenzen ab. Mitten im Saal stand eine Gruppe von rund fünf christlich-demokratischen Abgeordneten, die sich so laut unterhielt, daß einzelne Stimmen bis hinauf zur Pressetribüne zu vernehmen waren. Wortführer dieser lautstarken Gruppe war Ernst Majonica, der kurz zuvor noch geglaubt hatte, seiner „Hochachtung vor einer älteren Kollegin" durch die Anrede „Gnädige Frau" Ausdruck verleihen zu müssen. Ein weiterer Teilnehmer dieser Stehkonferenz war der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Willi Rasner aus Flensburg, ebenfalls Jahrgang 1920. Auch er hielt es nicht für nötig, der nur mit Mühe sprechenden Alterspräsidentin Gehör zu schenken, obgleich eines seiner Lieblingsworte das Wort „Courtoisie" ist. Er gebraucht es bei Geschäftsordnungsdebatten hin und wieder, wenn er an das Entgegenkommen seiner Kollegen appellieren möchte.

Das waren zweit harte Beispiele. Man könnte sie stundenlang durch weitere ergänzen, die, addiert, den Schluß zulassen: Die jungen Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind weder anders noch besser als schlechte Vorbilder aus früheren Zeiten. Sie haben auch keinen anderen oder besseren Stil. Im Gegenteil.

Hier ist natürlich der Einwand fällig: Konnte man das denn billigerweise erwarten? War das anzunehmen? Oh ja! Das hätte man nach der Katastrophe von 1945, dem Krieg, seinen Leiden und den nachfolgenden Jahren eigentlich erwarten können. — Über die teils sehr rauhen und abstoßenden Sitten im Reichstag, auch über die politischen Methoden dieser Zeit, ist oft geklagt worden. Der Reichstag hatte es sich selbst zuzuschreiben, wenn sein Ansehen im Volke mehr und mehr sank, so daß es Hitler später ein leichtes war, das ganze parlamentarisch-demokratische System überhaupt als faulig, morsch und korrupt abzutun.

Mit Fug und Recht hätte man daher von der neuen Politikergeneration der Kriegsgeneration des zweiten Weltkrieges, erwarten können, daß sie es anders macht. Man hätte erwarten können, daß die im Angesicht des Grauens der KZ-Lager Hitlers geschmiedete und mit Blut besiegelte innere Solidarität der Demokraten von der neuen, der Kriegsgeneration weitergepflegt wird. Man hätte erwarten können, daß die jungen Männer aus den Fehlern der alten von Weimar gelernt haben und Politik anders machen, sauberer, rechtschaffener, kameradschaftlicher, anständiger.

Alle diese Erwartungen und Hoffnungen haben, von den wenigen Ausnahmen abgesehen, getrogen. Die „jungen Leute" machen es nicht anders. Wird irgendwo im Bundestag eine krumme Sache lanciert, ein politischer Tiefschlag vorbereitet oder durchgeführt, so kann man sicher sein, daß ein oder mehrere jüngere Abgeordnete dahinterstecken, mindestens verwickelt sind. Der Tiefschlag Rasners gegen Wehner im Anschluß an die „Dagens Nyheter"-Veröffentlichung, für die sich das Blatt am folgenden Tage entschuldigte, war ein Beispiel dieser Art. Bei den Sozialdemokraten, bei den Freien Demokraten und beim BHE liegen die Dinge nicht anders.

Man hätte auch annehmen sollen, die jungen Abgeordneten pflegen einen neuen, modernen Geist, prägen einen neuen Typ des Abgeordneten, den Typ des bescheidenen und durch das Feuer eines großen Zusammenbruchs gegangenen Nachkriegsabgeordneten, den Typ des offenen, geraden, aufgeschlossenen und natürlichen jungen Volksvertreters. Auch das ist ein Irrtum. Wenn irgendwo im deutschen Parlament Eitelkeit, parfümiertes Spießertum, Verkrampftheit und Philistertum gepflegt, kultiviert und großgezogen werden, dann in den Kreisen der jungen Abgeordneten. Bis auf einige ganz wenige, die sich zu gleichen Teilen auf die SPD und CDU verteilen, kann man fast keinen dabei ausnehmen.

Durch den Krieg und die nachfolgende Zeit geläuterte, im Herzen wirklich junge und schwungvolle, von ideologischen Verkrampfungen freie Männer findet man dagegen fast nur unter den älteren Abgeordneten. Die Älteren sind in Wirklichkeit die jungen.

Mit der Anrede „Gnädige Frau" im Plenarsaal allein ist es jedenfalls nicht zu schaffen.

G. B.

Philosemiten und Antisemiten

Die israelischen Zeitungen haben von Ollenhauers Besuch in alltäglichem Ton berichtet; kein unfreundliches Wort fiel, die Atmosphäre war eine normale und darüber hinaus sogar freundliche. Dieser Augenblick, in dem ein prominenter deutscher Politiker mit Ben Gurion zusammen fotografiert wurde, erscheint mir geeignet, doch einmal darüber nachzudenken, wo wir heute stehen und welche Beziehungen wir zu diesem jüdischen Volk haben und haben möchten. Dies ist die Frage, vor die ich täglich hier in Israel als Studentin aus Deutschland gestellt werde, und ich glaube und hoffe, daß es auch eine wesentliche Frage für viele junge Deutsche, die nicht die Gelegenheit hatten, nach Israel zu fahren, ist.

Während meines Aufenthaltes sind mir drei Dinge immer deutlicher geworden: Obgleich ich so jung bin, daß mich alle Menschen hier, ohne nach der Vergangenheit meiner Familie zu fragen, für unschuldig erklären, gibt es für mich etwas wie ein Gefühl der Schuld und der Verantwortung für das, was in Deutschland geschehen ist. Zweitens hat sich das Gesicht Deutschlands durch Hitler so geändert, daß wir auch heute noch bei den Menschen, die nur das Deutschland vor Hitler kennen, den Eindruck erwecken, undemokratisch und totalitär zu sein. Wir haben uns zwar von Hitler entfernt, aber unsere Sprache und Normen werden doch noch manchmal durch die damalige Zeit bestimmt, ob wir oder unsere Familien Hitler abgelehnt haben oder nicht.

Der dritte Punkt schließt sich eng an diesen zweiten an. Der Antisemitismus ist uns so bekannt, so nahe, daß es uns kaum möglich ist, ohne Affekte zu begegnen. Ich möchte kleine Ereignisse erzählen, um diese Gedanken zu verdeutlichen.

Vorgestern besuchte ich ein junges Ehepaar, das Medizin studiert, und gerade von einem Besuch in der Jerusalemer Nervenheilstätte zurückkam. Die Eheleute besprachen die Fälle, die sie gesehen hatten, und erzählten mir, daß „seltsamerweise" ein großer Teil der Kranken sich einbilde, sie seien Hitler, und einen erstaunlichen deutschen Wortschatz besitzen oder sich angeeignet haben, um immer wieder Befehle geben zu können, obgleich sie sonst kaum fähig sind, deutsch zu sprechen, da sie hauptsächlich aus Polen kommen.

Vor einigen Wochen war ich mit Studenten im Konzert, als letztes Werk wurde Schönbergs „Die Überlebenden des Warschauer Ghettos" gespielt. Der Text war hebräisch, nur die Befehle der Gestapo wurden deutsch gesungen. Vor mir saß eine Frau, die bei jedem dieser Befehle zusammenzuckte. Die israelischen Studenten diskutierten am nächsten Tag aufgeregt darüber, ob eine solche Aufführung richtig sei.

Zu Beginn des Ulpans (Sprachschule für Neueinwanderer) ist es Sitte, daß jeder einen kleinen Abriß der Geschichte seines Herkunftlandes gibt. In fast allen diesen Berichten tauchte immer wieder eine Abwandlung dieses Satzes auf: „Eigentlich kann man nicht sagen, daß es in ... uns schlecht ging, bis dann 19 ... die Deutschen kamen, dann wurde meine ... verschleppt und wir flohen." Nachdem es sich dann herumgesprochen hatte, daß ich aus Deutschland komme, wurde dieser Satz von einem auf den anderen Tag abgeändert, er lautete von dieser Zeit an: „... als dann die Nazis kamen ..." Ein Einwanderer aus Polen, der besonders viel erlebt hatte, fühlte sich sogar dazu veranlaßt, an den Anfang seines Berichtes eine Definition dessen zu stellen, was er als Nazi und dessen, was er als Deutschen bezeichnet.

Ich lese im Augenblick den Jahrgang 1945 der deutschsprachigen israelischen Zeitung. In der ersten Januarausgabe fand ich Todesanzeigen von zwei mir befreundeten Familien, die etwa folgenden Wortlaut haben: „Wir geben unseren Freunden bekannt, daß wir soeben die Nachricht über England erhielten, daß unser Vater in Ausschwitz verstorben ist." Unterschriften XX, irgendwo in Polen, XX, Tel Aviv, XX, irgendwo in Deutschland." Es wurde mir sehr schwer, am darauffolgenden Tag, diese Familien zu besuchen, um mit ihnen darüber zu diskutieren, ob es richtig sei, daß in Schönbergs Werk die Befehle in deutscher Sprache gesungen wurden.

Ich glaube diese wenigen Beispiele genügen, um zu zeigen, daß unsere Sprache, unsere Lieder, unsere Art uns zu bewegen, ja manchmal nur unser Aussehen, Erinnerungen hervorrufen kann, von denen wir nichts mehr wissen wollen. Aber wir leben in dieser Sprache und sehen manchmal sehr deutsch aus, wir spüren den Zusammenhang und fühlen uns vielleicht deswegen mitverantwortlich, obgleich man von einer persönlichen Verantwortlichkeit im üblichen Sinne nicht sprechen kann. Ich hatte zufällig Gelegenheit, mit Deutschen hier im Lande zu sprechen, und ihnen allen ist es so gegangen, daß sie dieses Gefühl von Schuld nicht loswerden können, angesichts ihrer Erlebnisse und vielleicht gerade, weil man uns nicht mit Haß begegnet.

Für den zweiten Punkt, „Hitler in uns", möchte ich nur zwei kleine Beispiele bringen. Mir erzählte eine israelitische Freundin vor einigen Tagen, daß sie sowohl bei mir, als auch bei einem anderen jungen Deutschen, den sie nach dem Sinaikrieg im Ausland traf, feststellen mußte, daß wir nicht mehr eine gemeinsame deutsche Sprache sprechen. Sie ist 1934 aus Deutschland ausgewandert. Der junge Deutsche, den sie im Ausland traf, war augenscheinlich von dem Sieg der Juden über die Ägypter tief beeindruckt. Er gab seine Bewunderung folgendermaßen kund: „Ihr Israelis seid wirklich — Mordskerle —, daß ihr ohne Rücksicht auf Verluste im Sinai die russischen Tanks einfach so abgeknallt habt — wie nichts! „Dieses Beispiel mag besonders kraß sein, für mich hat sich aber folgende Frage gestellt: Wie viele Deutsche hätte, wenn sie diesen Satz der Anerkennung ihres eigenen Volkes gehört hätten, ein solch tiefes Entsetzen über die Wortwahl gepackt, wie es bei dieser Frau der Fall war, so daß sie viele Wochen später wieder darauf zurückkam? „Abknallen, abschießen, vergasen, Mordsangst, Mordskerl, eine feine Schießerei, Bombenglück, Hundeangst" Worte, die man auf der Straße hört, und die Menschen aus der Zeit der Weimarer Republik Entsetzen einjagen, während wir sie nicht gerade vornehm finden, aber uns daran gewöhnt haben.

Nach dem Sinaikrieg erzählte ich einem deutschen Touristen die Geschichte eines israelischen Offiziers. Dieser Offizier gab an der Front einem israelischen Soldaten den Befehl, auf flüchtende Araber zu schießen, die sie gerade gefangengenommen hatten. Der Soldat schoß nicht, und antwortete auf die Frage des Offiziers; warum soll ich sie töten, sie können uns doch nicht mehr schaden, da sie entwaffnet sind." Später, als der Kampf vorbei war, bedankte sich der Offizier bei seinem Untergebenen, daß er so vernünftig gehandelt hatte. Mein deutscher Zuhörer begann, ehe ich noch recht geendet hatte, „ja aber ...", ja ich weiß, Disziplin, Gehorsam, Pflicht, im Krieg, aber ist es nicht doch vielleicht unendlich wesentlich, daß man selbst im Krieg Mensch bleibt? „Aber wo kämen wir hin, wenn jeder Soldat anfängt zu handeln, wie er es für richtig hält." Vielleicht gäbe es in Deutschland wirklich ein Chaos, wenn das geschähe, aber versuchen sollten wir wenigstens, die Vorteile solcher Anschauungen zu erkennen.

Zum dritten: Nachdem ich mir immer wieder über meine Reaktion und die der Israelis Gedanken gemacht habe, wenn jemand „antisemitische" Witze erzählte, bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß es bei uns Deutschen mit Bezug auf die Juden nur zwei Gruppen von Menschen gibt, entweder Philosemiten oder Antisemiten. Beide Gruppen sind mit Vorurteilen belastet, und es ist deshalb beiden nicht möglich, dem jüdischen Menschen gerecht zu werden. Diese Tatsache spüren alle Israelis, sogar die „Sabres", die im Land geboren sind und denen deshalb Deutschland ein Land wie jedes andere ist. Wenn sie dann mal nach Deutschland kommen, begegnen sie entweder Menschen, die sie mit einer unnatürlichen Freundlichkeit behandeln, die sie belastet und die ihnen peinlich ist, oder sie treffen solche, die zwar nicht unbedingt grob sind, bei denen sie aber befürchten müssen, daß die in der Tasche geballte Faust ungeduldig wird, weil sie nicht zuschlagen darf.

Da aber diese zweite Gruppe in den verschiedensten Abstufungen noch immer besteht, ist es für die erste besonders schwer, der Forderung gerecht zu werden, dem Juden ohne irgendwelche Vorurteile entgegen zu treten. Sie glaubt dann, den Juden verteidigen zu müssen, indem sie alle Eigenarten bei ihm leugnet, obwohl er zu einem ganz normalen Volk gehört, das sehr eigene und harte Wege gegangen ist, die natürlich eigene Eigenschaften bei den Menschen entwickelt haben.

Ich glaube, auch wenn wir uns irgendwie schuldig fühlen, sollen wir nicht Mitleid haben, sondern gerade dann sollten wir zunächst mal versuchen, objektiv zu erkennen, was Judentum ist. Dann werden wir auch nicht jedes Abweichen von unserer eigenen Lebensform negativ werten und deshalb gar beim jüdischen Volk leugnen. Denn, wenn wir uns selbst als Norm setzen, gehen wir ja auch von einem der vielen antisemitischen Standpunkte aus.

Eva Beling

Keine Reise ohne **Postsparbuch**

Foto WAGNER wenn es auf Qualität ankommt
BOCKENHEIMER WARTE · RUF 77 16 57

Gegründet: 1909
Jahrzehntelang der Universität Frankfurt am Main verbunden steht Ihnen immer das
Haus der Bücher
PETER NAACHER
FRANKFURT AM MAIN
Steinweg 3 (An der Hauptwache)
mit seiner
Buchhandlung für Universitätswissenschaften
Bockenheimer Landstraße 133 (bei der Universität)
Telefon 687644, 96641/43
für Ihre Bücherwünsche zur Verfügung.
Unterrichten Sie sich bitte unverbindlich über Ihre Studienliteratur

Briefe an die Redaktion

Umgefallen

Durch Zufall kam mir hier die Februar-Nummer Ihrer Zeitung in die Hand mit dem ausgezeichneten Artikel: Werkprofessoren, den man wohl nur unterschreiben kann. Einer Korrektur bedarf er wohl nur auf Seite 10, wenn mit „der kühnen Spekulation" etwa gemeint sein soll, daß persönlichere Beziehungen zwischen Professoren und Studenten einen stärkeren Widerstand gegen den Nationalsozialismus bedeutet hätten. Ich war im Sommersemester 1933 im 7. Semester und kann aus eigener Erfahrung eigentlich nur sagen, daß gerade die Professsoren uns durch ihre Haltung irregemacht haben. Ein großer Teil war bereits zwischen dem 30. Januar und dem am 15. Mai 1933 beginnenden Sommersemester umgefallen. Die Gründe dafür sind sicher wo anders zu suchen. Das Abgleiten der Studentenschaft in den Nazionalsozialismus ist aber sicher nicht eine Folge der fehlenden menschlichen Bindung zwischen Professoren und Studenten gewesen. Führendes Vorbild in dieser Hinsicht waren uns nur sehr wenige Professoren!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. F. W. Bayer

Kein Verein

Die studentischen Korporationen an der Universität Frankfurt sind es seit Jahren gewohnt — und es hat ihnen mehr genutzt als geschadet — daß bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen sie Stimmung gemacht wird. Die Leserzuschrift „Abgeben" im zweiten Februar-Heft des DISKUS ist wieder einmal in besonderem Maße geeignet, Mißverständnisse über das eigentliche Wesen der studentischen Korporationen zu verbreiten.

Zunächst sei einmal grundsätzlich festgestellt, daß eine Korporation kein Verein ist, was nämlich Herr Ludwig geflissentlich übersehen hat. Das bedeutet im Normalfall, daß man sich nur einmal im Leben entschließt, einer Korporation beizutreten. daß man eine Korporation nicht wechseln kann wie einen Verein, daß man überhaupt nur aus zwingenden Gründen wieder austreten kann.

Man kann auch nicht, wie bei einem Verein, den Austritt erklären, sondern nur erbitten. Der Convent hat dann, wenn die Gründe triftig sind, den Austritt zu gewähren. Können die Gründe nicht als triftig anerkannt werden, so muß dem Kommilitonen damit der Vorwurf gemacht werden, sich aus eigenem Verschulden um die Freundschaft mit den Bundesbrüdern nicht genügend bemüht zu haben. Dieses eigene Verschulden wird dann in der Form des Austritts zum Ausdruck gebracht.

Für Füxe (Herr Ludwig war offenbar noch Fux) gibt es zwei Formen des Austritts; die Fachausdrücke heißen „abgegeben", wenn die Gründe als triftig und „als unbrauchbar abgegeben", wenn die Gründe als nicht triftig erkannt wurden. Zur Annahme eines Antrages auf Abgabe als unbrauchbar ist außerdem 2/3-Mehrheit des Burschenconventes notwendig.

Aus gegenseitiger Achtung haben die Korporationen eines Hochschulortes und darüber hinaus innerhalb ihres akademischen Verbandes die Vereinbarung getroffen, keinen Kommilitonen aufzunehmen, dem einmal der ehrenvolle Austritt aus einer anderen Korporation nicht gewährt wurde. Auch hat die Erfahrung gezeigt, daß solch ein Kommilitone sich kaum ein zweites Mal in eine solch festgefügte Gemeinschaft einordnen könnte. Darum teilen die Korporationen einander mit, wem und in welcher Form der Austritt gewährt wurde. Diese Mitteilungen werden grundsätzlich nicht kommentiert oder begründet und werden streng vertraulich behandelt, d. h. man nimmt sie zur Kenntnis und spricht nicht mehr darüber.

Daraus ergibt sich schon von selbst, was die Strafen bis zum Ausschluß, die der Covent verhängen kann, sind und sein wollen: Sie sind nur von Interesse für eine beschränkte Gruppe von Korporationen. Sie schließen keinerlei Werturteil ein, ob der Betreffende ein ehrenwerter Mensch sei oder nicht, sondern sie drücken nur aus, ob er für den engen Rahmen einer Korporation, in diesem Fall einer schlagenden, geeignet, also „brauchbar" ist, oder nicht.

Wenn Herr Ludwig in bewundernswert lässiger Arroganz diese rein internen Dinge an die Öffentlichkeit zerrt, so kann er damit den Eindruck nicht ganz vermeiden, als wolle er auf diese Weise nun seine Minderwertigkeitsgefühle abreagieren.

H. D. Mueller

LICHTPAUSEN
schnell, preiswert, erstklassig.
Botendienst - - - -
Die Photocopie Gesellschaft
WESTENDSTR. 47 Tel. 73241

De gustisus . . .

Ich lese seit längerer Zeit Ihre Zeitschrift, wenn auch nicht regelmäßig, so doch mit Interesse.

Ich bin mir darüber klar, daß für ihren Inhalt in vieler Hinsicht das Goethe-Wort gilt, vom Most, der sich absurd gebärdet. Dagegen ist sicher nichts einzuwenden. In der letzten Nummer haben Sie sich jedoch auf der letzten Seite, die offenbar den Humor repräsentieren soll, Dinge geleistet, die man auch bei großem Wohlwollen nur als in hohem Maße geschmacklos bezeichnen kann. Ganz besonders denke ich dabei an die von Ihnen mit den Unterschriften „Werkstudent" und „Korpsstudent" versehenen Holzschnitte. Auf der Seite vorher rechnet Ihr Chefredakteur, Herr W. Schaffernicht, etwas lehrhaft mit einem Herrn Piwitt ab, dem er u. a. vorwirft, er habe „eine lächerliche Bemerkung aus dem Repertoir politischer Unfairneß entlehnt". Sie werden kaum behaupten können, daß das, was Ihnen auf der letzten Seite als Humor eingefallen ist, weniger unfair ist, als die Angriffe, die Herr P. gegen einen politischen Gegner gerichtet hat.

Mit verbindlichem Gruß Heinrich Stiege

Sehr geehrter Herr Direktor Stiege!

Doch, wir behaupten nach eingehender Selbstbefragung, daß unsere Bildseite nicht unfair war. Denn die Zielscheibe unseres Faschingsulks — und mehr sollte es nicht sein — waren wir Studenten selbst. Wir Studenten, die zum Teil Werkstudenten, zum Teil korporiert, zum Teil sogar beides sind. Von außen sehen sich solche Dinge naturgemäß ärger an, als sie innerhalb der betreffenden Gruppe gemeint und empfunden werden.

Sie dürfen uns sicher glauben, daß sich eventuell Verärgerte sehr schnell und vernehmlich gemeldet hätten, wenn sie den Ulk nicht als Ulk aufgefaßt hätten.

Bestimmt haben Sie aber recht mit dem absurden Goethe-Most. Deshalb bleiben wir auch immer für jede Kritik dankbar, besonders wenn sie von der älteren Generation kommt, die damit ein Interesse bekundet, das wir allzuoft vermissen.

Was meine Zeilen an Herrn Piwitt angeht, so glaube ich, daß mir in diesem Falle nichts anderes übrig blieb, als „lehrhaft" zu sein.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
W. Schaffernicht

Rektorenkonferenz fordert:

„Ohne Verzug entscheidende Schritte!"

„Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat sich in einer Sitzung am 13. März 1957 mit den Vorschlägen befaßt, die in der letzten Zeit zur Wissenschaftsförderung und zur Förderung der Studenten gemacht worden sind.

Die Rektorenkonferenz betont noch einmal, daß ohne Verzug entscheidende Schritte getan werden müssen, um die deutschen Universitäten und Hochschulen instand zu setzen, ihre Lehraufgaben zu erfüllen und den vollen Anschluß an den internationalen Stand der Forschung zu erreichen oder zu behalten. Sie ist der Auffassung, daß durchgreifende Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Not der Studentenschaft und eine Überwindung des Werkstudententums unabdingbarer Bestandteil der geplanten Maßnahmen sein müssen.

1. Die Rektorenkonferenz begrüßt deshalb zunächst, daß von verschiedener Seite die Initiative ergriffen wurde, um in einem Wissenschaftlichen Zentralrat oder Deutschen Wissenschaftsrat eine Organisation zu schaffen, die eine Planung des Wiederaufbaues oder Ausbaues der wissenschaftlichen Anstalten in Deutschland ausarbeiten soll. Die Lösung dieser Aufgabe erfordert sowohl wissenschaftliche Sachkenntnis wie verwaltungsmäßige Erfahrung. Infolgedessen ist es von entscheidender Wichtigkeit, daß in einem einzigen einheitlichen und neu geschaffenen Gremium von Sachverständigen, Gelehrte, Beamte der staatlichen Wissenschaftsverwaltung in Bund und Ländern sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens als Sachverständige gleichberechtigt zusammenwirken, ohne an Weisungen gebunden zu sein. Diesem Gremium muß durch die äußere und innere Unabhängigkeit seiner Mitglieder, sowie dadurch, daß es im Zusammenwirken der staatlichen Verwaltung und der Selbstverwaltung der Wissenschaften berufen wird, eine hohe moralische Autorität verliehen werden. Jede Aufspaltung in mehrere Sachverständigengremien wirkt nach Auffassung der Westdeutschen Rektorenkonferenz dem Ziele entgegen.

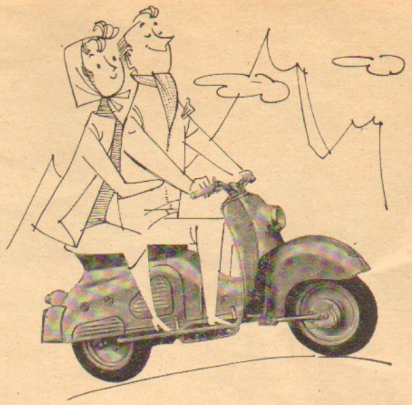
2. Unabhängig von der Organisation des Wissenschaftlichen Zentralrates sollten schon im Haushaltsjahr 1957 zusätzliche Bundesmittel für die Studentenförderung, für die Ergänzung der Bibliotheken, für die apparative Ausstattung und zur Beschleunigung des baulichen Aufbaues der Hochschulen bereitgestellt werden. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat für die genannten Sachzwecke zusätzliche Mittel in Höhe von DM 240 Mill. (ohne Studentenförderung) erbeten.

3. Hinsichtlich der Studentenförderung kann nach Auffassung der Westdeutschen Rektorenkonferenz nicht einspurig vorgegangen werden. Entsprechend den 1955 in Bad Honnef gefaßten Beschlüssen müssen vielmehr Mittel für die direkte Förderung durch Stipendien, für die mittelbare Förderung durch den Ausbau von Mensen und Wohnheimen und für den Ausbau der Studenten-Darlehnskasse bereitgestellt werden. Mit der Verwirklichung des Honnefer Modells muß nach Maßgabe der verfügbaren Mittel begonnen werden. Die Stipendienmittel müssen nach Prüfung der individuellen Verhältnisse, den Leistungen und der Bedürftigkeit entsprechend vergeben werden. Mit dem Aufbau des Stipendienwesens muß eine Beschränkung des Werkstudententums Hand in Hand gehen. Die gesamten Mittel für die Studentenförderung sollten übertragbar und gegenseitig deckungsfähig sein.

Die Rektorenkonferenz hält es für entsprechend wichtig, daß für die Verwendung der bereitgestellten Mittel klare und einheitliche Richtlinien erlassen werden. Sie wiederholt ihren Vorschlag, diese Richtlinien durch das Kuratorium des Deutschen Studentenwerks ausarbeiten zu lassen."

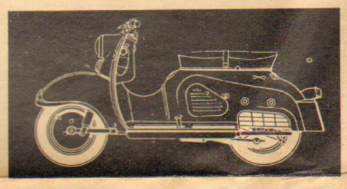
gez. Coing
(Prof. Dr. H. Coing)

Für Studierende
Vorzugspreis mtl. DM 2,90
Deutsche Zeitung
und Wirtschafts Zeitung
In den Semesterferien portofreier Versand an die Heimatanschrift
Bestellungen und kostenlose Probenummern beim AStA
VERLAG CURT E. SCHWAB G. M. B. H. · Stuttgart W · Silberburgstraße 193



Eine Leistung,
die man sich leisten kann

Groß sind die Anschaffungswünsche heutzutage. Wie leicht übernimmt man sich bei ihrer Realisierung! Oft wird dann aus einer gepriesenen Entlastung eine drückende Sorge.
Nicht so beim Kauf einer Bella! Sie bietet mehr als sie kostet, ist robust und nahezu unverwüstlich.
Stets sind Bella-Fahrer Herren der Technik und der Zeit, nicht ihre Diener. So ist die formschöne Bella eine Leistung, die man sich wirklich leisten kann.



Bella 150 ccm 7 PS, Bella 200 ccm 10 PS

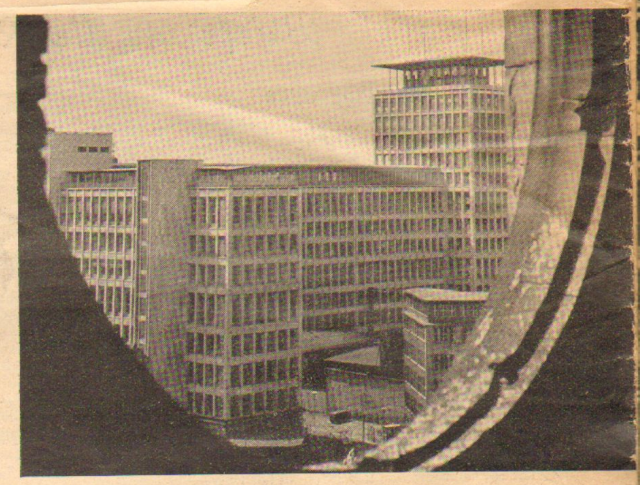
Starke und wirtschaftliche Zündapp-Zweitaktmotore in bekannt gutem Fahrwerk, unter vorbildlicher Karosserie. Schon ab DM 375,— Anzahlung.

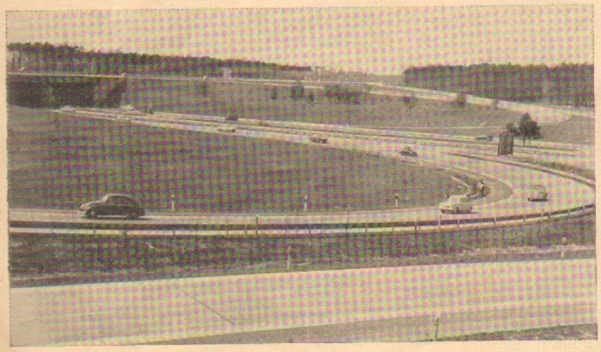
ZUNDAPP-WERKE G.M.B.H. NÜRNBERG - MÜNCHEN · WERK NÜRNBERG

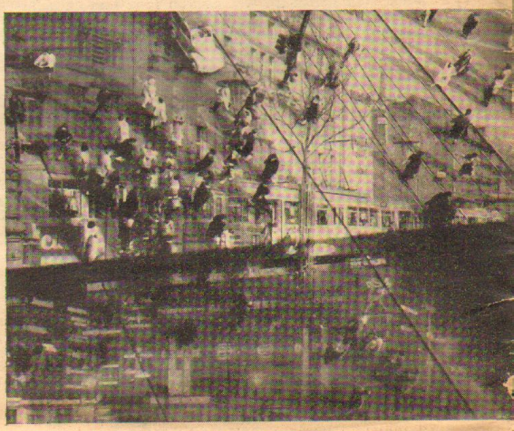
In dieser Ausgabe finden Sie einen Prospekt des **Betriebswirtschaftlichen Verlages Dr. Th. Gabler, Wiesbaden.** Wir empfehlen ein aufmerksames Studium.

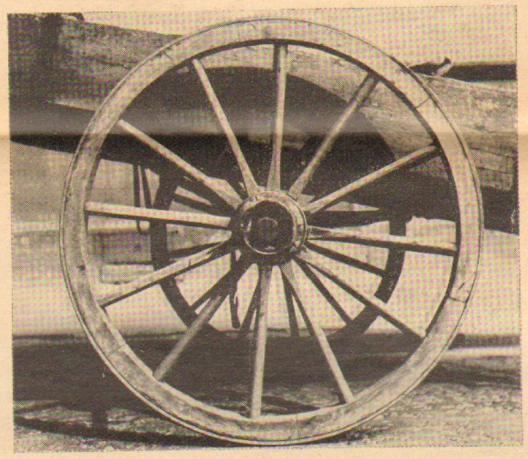
10 weltberühmte JAZZ CLASSICS
JETZT GEHÖRT IHNEN DIE WELT DES JAZZ AUF UNSERER LANGSPIELPLATTE
darunter: Jelly Roll Blues, Honeysuckle Rose, Basin Street Blues etc
Mit folgenden Stars:
COLEMAN HAWKINS
Art Tatum
EDDIE CONDON
SIDNEY BECHET
Erroll Garner
DIZZY GILLESPIE
TEDDY WILSON
PEE WEE RUSSELL
JACK TEAGARDEN
Charlie Parker
MITWIRKEND: Rex Stewart, Red Norvo, Flip Phillips, Milt Hinton, Bill Harris, Chuck Wayne, Buck Clayton, Sid Catlett, Howard McGhee, Barney Bassett, Jo Jones, Bobby Hackett, etc
Lang Spiel 33 U/min.
DM 8,95
Sie erhalten sie KOSTENLOS zur Hörprobe
Durch dieses einzigartige Angebot wollen wir Sie in die faszinierende Welt des wahren Jazz einführen und Ihnen zugleich den Beweis der künstlerischen und technischen Vollendung unserer Langspielplatten bringen. Wir schicken Ihnen die Langspielplatte mit allen 10 Jazz Classics umsonst ins Haus und nur dann, wenn Sie von dieser tiefgefühlten Musik wirklich begeistert sind, zahlen Sie nur DM 8.95 plus 0.75 Versandspesen; andernfalls schicken Sie uns die Sendung einfach binnen 3 Tagen zurück und schulden uns keinen Pfennig.
Interpretiert von den nebengenannten größten Jazzkünstlern offenbaren sie Ihnen jede Aera und jeden Stil, selbst die ganze Geschichte des Jazz. Hier ist wirklich die erträumte Möglichkeit, Ihre Jazz-Plattensammlung anzulegen. Wir senden Ihnen gerne kostenlos die 1 iste der schon erschienenen Jazztone Platten. Bitte besuchen Sie uns in:
Damit Sie unser Sonderangebot recht schnell besitzen, senden Sie bitte den Gutschein noch heute an Jazztone Society G. m. b. H., Frankfurt am Main, Grüneburgweg 9
Plus! Mit den 10 Jazz-Meisterwerken erhalten Sie die reichillustrierte Abhandlung „Musik - Jazz genannt" eine fesselnde Übersicht dieser so oft mißverstandenen Musik und ihrer Interpreten
Musik-Jazz
HÖRPROBEN-GUTSCHEIN
Ich bestelle hiermit „ 10 all time JAZZ CLASSICS" zum niedrigen Einführungspreis von nur DM 8,95 zuzügl. Versandspesen. Bei Nichtgefallen gebe ich die Sendung innerh. 3Tagen zurück
Name
Ort
Straße
57/311

ZENTREN

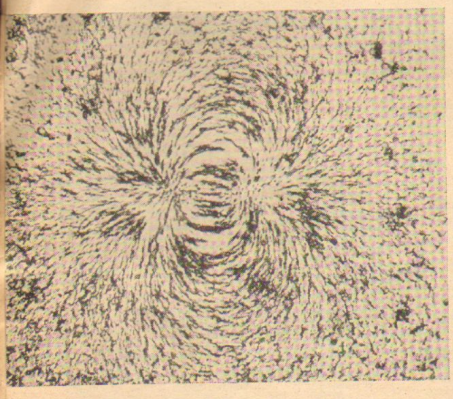


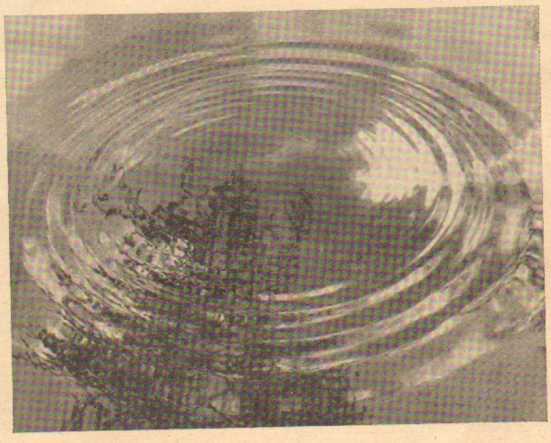


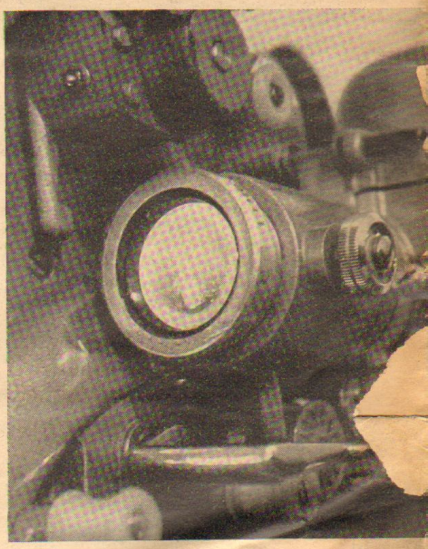


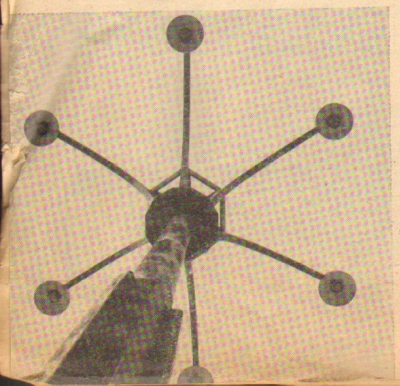


ZENTREN









ZENTREN

Bilder:
Günter P. Schötzel